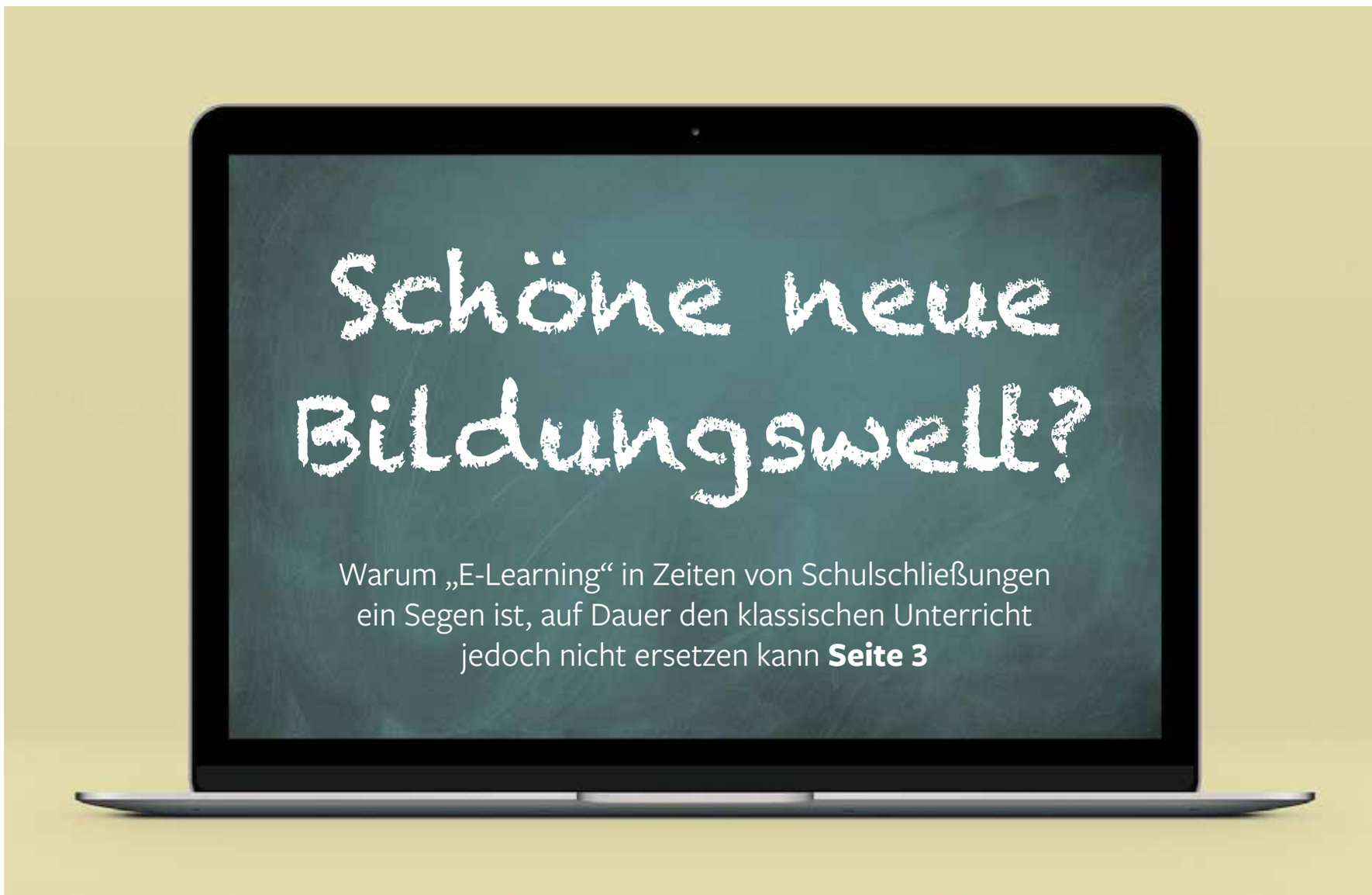
Solidarität Französische Corona-Patienten in deutschen Krankenhäusern Seite 12

Preußische Allgemeine

Nr. 16 · 17. April 2020 | Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt | Einzelverkaufspreis: 2,90 €



FOTOS: MAURITIUS, MARIJA ILJINITSCHNA ULJANOWA

AUFGEFALLEN

Zahlen und Konsequenzen

Nach Wochen der Mutmaßungen über die reale Gefahr des Coronavirus gewinnt die Wissenschaft allmählich fundierte Erkenntnisse dazu.

Im rheinischen Gangelt – von wo sich das Virus sehr wahrscheinlich über das Land verbreitete – untersuchte der Bonner Virologe Hendrick Streeck in einer repräsentativen Stichprobe die Ausbreitung von SARS-CoV-2 und kam in einem Zwischenbericht zu der Erkenntnis, dass die Sterblichkeit der Infizierten bei 0,37 Prozent liegt – und somit wesentlich niedriger als die von der Johns Hopkins University ermittelte Rate von 1,98 Prozent.

Parallel dazu sorgte vor Ostern der Hamburger Rechtsmediziner Klaus Püschel in mehreren Interviews für Aufsehen. Püschel hatte Dutzende Verstorbene mit einer Corona-Infektion daraufhin untersucht, woran sie tatsächlich gestorben sind. Seine Erkenntnis: Von 50 untersuchten Personen war keine einzige ohne ernsthafte Vorerkrankungen.

Diese Zahlen können nicht bedeuten, die verhängten Maßnahmen zur Verringerung der Virusausbreitung einfach fallen zu lassen. Sowohl Streeck als auch Püschel betonen, wie wichtig die Kontaktsperren waren, um die Zahl der Infektionen in einem erträglichen Rahmen zu halten.

Gleichwohl stellt sich die Frage, ob es angemessen ist, weiterhin ein ganzes Land im Stillstand zu halten, wenn die Gefahr geringer ist als befürchtet. Die Bürger haben sich in der Krise vorbildlich verhalten. Nun ist es an der Zeit, ihnen schrittweise und maßvoll ihr altes Leben zurückzugeben. *neh*

FINANZEN

Die Krise legt die fehlerhafte Konstruktion des Euro offen

Mögen sie über „Corona-Bonds“ auch streiten: Beim starren Festhalten an der Einheitswährung sind die Euro-Regierungen im Irrtum vereint

VON HANS HECKEL

Wegen bandenmäßigen Missbrauchs sah sich die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gezwungen, die Corona-Soforthilfe an geschädigte Unternehmen kurzfristig auszusetzen. Kriminellen war es gelungen, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen die für Firmen oder Selbstständige gedachten Gelder für sich abzuzweigen.

Dass Subventionen missbräuchlich abgeschöpft werden, geschieht leider häufig. Doch was hier unter klarem Bruch der Gesetze passiert ist, versuchen einzelne Regierungen der Euro-Zone im großen Stil auf ganz legale Weise zu etablieren: Sie wollen unter dem Druck der Pandemie-Krise an das Geld der Steuerzahler anderer Staaten, und zwar in bislang nie gekanntem Ausmaß sowie dauerhaft und am besten ohne Bedingungen. Doch damit würde das Königsrecht der demokratischen Parlamente der Geberländer, Deutschland voran, nämlich das Haushaltsrecht, praktisch abgeschafft – und damit ein Kernbestandteil der Demokratie. Die Deutschen müssten zahlen, ohne dass ihre Volksvertreter dies verhindern oder auch nur steuern könnten.

Vorerst konnten die Zielländer dieses Ansinnens, angeführt vom Regierungschef der Niederlande, Mark Rutte, derlei Forderungen abwehren. Doch selbst in Deutschland wollen die Freunde grenzenloser Umverteilung nicht verstummen, die weiterhin auf eine zweite Chance für die sogenannten „Corona-Bonds“ hoffen.

Bei allem Verdruss über die „gierigen“ Partner im Süden der Euro-Zone, von denen Italien besonders offensiv mit der Forderung nach dem Geld anderer Länder auftritt, darf eines nicht vergessen werden: Wie schon vor rund einem Jahrzehnt tritt hier abermals die Fehlkonstruktion einer Einheitswährung ins Rampenlicht, die am Ende nur Verlierer kennt. Dennoch sind alle Regierungen, die nun über „Corona-Bonds“ streiten – ob dagegen in Den Haag, Wien oder Berlin oder dafür in Rom, Paris oder Madrid –, in dem Irrtum vereint, diese Währung um buchstäblich jeden Preis erhalten zu wollen.

Ebenso wie während der Finanz- und Euro-Krise um 2010 hindert der Euro die traditionellen Weichwährungsländer auch in der Corona-Krise daran, das zu tun, was sie vor der Währungsunion immer taten, wenn ihre Wirtschaft in Schieflage geriet: die eigene Valuta abzuwerten. Stattdessen bleibt ihnen nur, durch massive Schuldenanhäufung ihr Land immer tiefer in die roten Zahlen zu treiben, oder auf Hilfszahlungen der einstigen Starkwährungsländer zu pochen – wie jetzt im Gewande der „Corona-Bonds“.

Die ehemaligen Starkwährungsländer wie Deutschland, die Niederlande und Österreich sollen dann sowohl für die exorbitanten Schulden der Südländer geradestehen als auch durch astronomische Transferzahlungen für deren Probleme aufkommen. Entlarvend ist, dass diese Querfinanzierung auch während der vielen Jahre des Aufschwungs nach der Finanzkrise, der nun abrupt abgewürgt wurde, nicht aufgehört hat. Der Euro musste auch über all die guten Jahre immer wieder durch Eingriffe der EZB „gerettet“ werden. Zudem musste die Zinspolitik so gestaltet werden, dass Italien und Co. ihre Schuldenlast überhaupt tragen konnten, was zur massiven Enteignung deutscher, österreichischer oder niederländischer Sparer führte.

Kanzlerin Angela Merkel soll bass erstaunt gewesen sein über die Aggressivität, mit der Italiens Premier Giuseppe Conte sie wegen der angeblich mangelnden Solidarität Deutschlands angegangen ist. Doch Contes Erregung ist verständlich, denn wirtschaftliche Fehlkonstruktionen treten meist erst in der Krise in ihrem ganzen Ausmaß zutage – sei es das falsche Geschäftsmodell einer Firma, sei es ein waghalsiges Währungs-Experiment wie der Euro. Die Wirtschaftskrise nach der Corona-Pandemie könnte laut Experten alles in den Schatten stellen, was Europa in Friedenszeiten seit 1932 erlebt hat. Es wäre also Zeit, endlich die Frage zu stellen, wie lange wir an der von Grund auf fehlerhaften Konstruktion des Euro noch festhalten wollen.

IN DIESER AUSGABE

Politik
In der Corona-Pandemie schwindet das Interesse an grünen Themen
Seite 4

Kultur
Was tun, wenn gerade nichts zu tun ist? – Zum Beispiel Klassiker lesen
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Allenstein rechnet infolge der Pandemie mit Zunahme der Arbeitslosenzahlen
Seite 13

Leben
Am Gedenktag des hl. Georg feiern die Schankwirte den Tag des deutschen Bieres
Seite 21

Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer neuen Webseite paz.de

4 191814 302902 16
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Medizingeschichte Wenn sich Geschichte auch nicht wiederholt, so bieten historische Erfahrungen mit Pandemien doch interessante Lehren für den Kampf gegen COVID-19

„Lieber lächerlich aussehen, als tot sein!“

Womit in den USA beim Kampf gegen die Spanische Grippe gute Erfahrungen gemacht wurden

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als in der Antike die ersten großen Pandemien ausbrachen, glaubte man, sie seien die Folge giftiger Ausdünstungen des Bodens und deren Verbreitung durch Luftströme. So hatte es der berühmteste Arzt des Altertums Hippokrates von Kos in seiner Miasmen-Theorie gelehrt. Dementsprechend ineffektiv fielen dann auch die hierauf aufbauenden Maßnahmen zur Seucheneindämmung aus, wie sie noch im 1348 vom französischen König Philipp VI. in Auftrag gegebenen „Pariser Pest-Gutachten“ genannt wurden: Als probatestes Mittel überhaupt galt das Verbrennen aromatischer Substanzen.

Strikte Kontaktsperren

Instinktiv unternahm man aber weitere Schritte, die sich bald als sehr viel wirksamer erweisen sollten und im Prinzip heute noch genauso zielführend sind, was zum sukzessiven Siegeszug der Theorie der Ansteckung durch Krankheitskeime im Zuge von Mensch-zu-Mensch-Kontakten beitrug. Die hatte der italienische Arzt Girolamo Fracastoro zu Beginn des 16. Jahrhunderts formuliert.

So sorgte die rigide Schließung aller Grenzen Polens durch König Kasimir I. dafür, dass sein Reich von der verheerenden Pest-Pandemie des 14. Jahrhunderts weitestgehend verschont blieb. Zeitgleich begannen Hafenstädte wie Venedig und Ragusa, die Besatzungen einlaufender Schiffe für 40 Tage (italienisch: quaranta giorni) in speziellen Lazaretten zu isolieren. Daraus entstanden der Begriff und die dann bald überall geübte Praxis der Quarantäne.

Allerdings kam es während der eine Million Tote kostenden Influenza-Pandemie von 1889 bis 1895, der sogenannten Russischen Grippe, zur Rückbesinnung auf die Miasmen-Theorie. So versuchten die Engländer der Krankheit Herr zu werden, indem sie ihre Häuser mit Schwefel und Kampfer ausräucherten. Verantwortlich hierfür war der Glaube, die Krankheit resultiere daraus, dass der Ostwind den Staub getrockneter Leichen von Asien bis zu den britischen Inseln geweht habe.

Während der darauffolgenden Spanischen Grippe, die vor 100 Jahren an die 50 Millionen Menschen tötete, wurde dann erneut auf Quarantäne und Kontaktverbote gesetzt – Maßnahmen, die sich jedoch unter den Bedingungen des Ersten Weltkriegs vielfach nicht umsetzen ließen. Wo das aber möglich war, zeigten sie ihre enorme Wirksamkeit. Das veranschaulicht sehr schön ein innerameri-kanischer Vergleich. In der US-amerikanischen Stadt Philadelphia gab es noch zu Beginn der Pandemie eine große Militärparade, die 200000 Menschen anlockte. In der Woche darauf starben 5000 an der Grippe. Dahingegen verhängte St. Louis beizeiten strikte Kontaktsperren. Dort lag die Zahl der Grippetoten nur bei der Hälfte des amerikanischen Durchschnittswertes. Andere Metropolen in den USA erzielten Erfolge mit Aufrufen zum vermehrten Händewaschen und Tragen von Mundschutzmasken. Die New Yorker Gesundheitsbehörde prägte dazu den Slogan: „Lieber lächerlich aussehen, als tot sein!“

FOTO: MAURITIUS

Wahnsinn: Trotz der Spanischen Grippe fand in Philadelphia am 28. September 1918 eine große Militärparade statt

Tragen von Mundschutzmasken

Das Wissen um die Effektivität vieler Maßnahmen von 1918 bis 1920 ging indes wieder verloren, wie der Ausbruch der Asiatischen Grippe 1957/58 zeigt. Diese forderte allein in Deutschland 30000 Menschenleben. Dennoch gab es kaum Schulschließungen, und die Radiosender empfahlen statt banalster Hygienemaßnahmen das „Gurgeln mit Wasserstoffsuperoxid“ und die Einnahme „formalinfreisetzender Tabletten“.

Kurzporträts

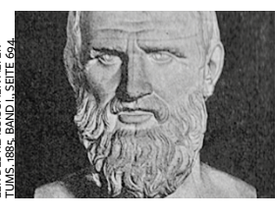


FOTO: BAUMEISTER: DENKMÄLER DES KLASSISCHEN ALTERTUMS, 1885, BAND I., SEITE 644

Der berühmte griechische Arzt **Hippokrates von Kos** (ca. 460–370 v. Chr.) erklärte die Entstehung von Seuchen mit giftigen Ausdünstungen des Bodens

FOTO: SCHLOSS VERSAILLES

König **Philipp VI.** von Frankreich (1293–1350) gab 1348 ein Gutachten bei der Medizinischen Fakultät von Paris über den Umgang mit der Pest in Auftrag

FOTO: NATIONAL GALLERY

Girolamo Fracastoro (1477–1553) publizierte 1546 in „De Contagione“ seine Theorie über die Krankheitsübertragung durch unsichtbare Keime (Seminaria)

JOHANN GEORG II.

Sachsens weitsichtiger Kurfürst

In Mittelalter und Früher Neuzeit gab es Herrscher, die auf Seuchen und Pandemien mit Maßnahmen reagierten, die prinzipiell heute noch als Vorbild dienen können. Einer dieser Weitsichtigen war der sächsische Kurfürst Johann Georg II. Als im April 1680 die Pest von Wien nach Dresden verschleppt wurde, befahl er dem Rat der Residenzstadt diverse einschneidende Schritte, mit denen es gelang, den „Schwarzen Tod“ zügig einzudämmen. Hierzu gehörte das Verbot aller Menschenansammlungen, die Schließung der Märkte und Wirtshäuser sowie das Untersagen jeglichen Alkoholkonsums, weil der unvorsichtig mache. Außerdem mussten die Straßen penibel reingehalten werden.

Infizierte durften ihre Unterkünfte nicht verlassen oder landeten in speziellen „Siechhäusern“. Verdachtsfälle kamen dahingegen in einem „Probierhaus“ in Quarantäne. Und wer seinen nunmehr erforderlichen Gesundheitspass fälschte, um das zu vermeiden, konnte mit dem Tode bestraft werden.

Wandernde Handwerksburschen, fahrendes Volk und Bettler erhielten keinen Zugang mehr zur Stadt, deren Tore sich zeitweise zugenagelt präsentierten. Gleichzeitig ordnete Johann Georg II. die Aussetzung des Handels mit dem benachbarten Königreich Böhmen an.

Zwei junge Männer aus Dresden namens Andreas Meyer und Thilo Schumacher versuchten all dem zu entgehen, indem sie sich trotz der geltenden Verhaltensvorschriften heimlich in das Fürstentum Lüneburg absetzten. Dort wurden die beiden Quarantänebrecher am 14. August 1681 auf Befehl der Regierung von Celle verhaftet und vom Hofmarschall des Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg, Georg Christoph von Hammerstein, zu einer drastischen Strafe verurteilt. Nach drei äußerst realistisch inszenierten Scheinhinrichtungen durch Verbrennen, Ertränken und Erhängen erfuhren Meyer und Schumacher, dass man sie nach diesem „zum Tode Erschrecken“ noch „scharf“ auspeitschen und dann des Landes verweisen werde. *W.K.*

VERSCHWÖUNGSTHEORIEN

Was man lieber nicht wiederholen sollte

Teils bewusst, teils unbewusst wurden Unschuldige zu Sündenböcken gemacht

Bevor die Wissenschaft entdeckte, dass Infektionskrankheiten aus der Übertragung von Bakterien und Viren resultieren, kursierten allerlei abenteuerliche Theorien über die Entstehung von Seuchen und die Möglichkeiten zu ihrer Verhinderung oder Eindämmung.

Judenpogrome in Europa

So galt während der Cyprianischen Pest von 250 bis 271 Blickkontakt als mögliche Ansteckungsursache. Und zur Zeit des „Schwarzen Todes“ hieß es, die Krankheit werde durch die Schönheit junger Mädchen angezogen. Die von den europäischen Herrschern des Mittelalters konsultierten „Experten“ wiederum meinten, die Pest gehe auf eine ungünstige Konstellation der Planeten Mars, Jupiter und Saturn zurück.

Während der Großen Pest von London 1665/66 wurde das Rauchen von Tabak als effektives Gegenmittel gepriesen, was auch für Kinder galt. Als 1910 in der Mandschurei die erste schwere Pest-Epidemie seit dem Mittelalter auftrat, hielt man die Verwendung von ausländischen Geldscheinen und Münzen sowie minderwertigen Opiums für die Wurzel des Übels.

Hetze gegen Deutsche in den USA

Der unsinnige Aberglaube zeitigte nicht selten gravierende soziale Auswirkungen. Erinnert sei beispielsweise an die Judenpogrome in weiten Teilen Europas als Folge des Gerüchtes, die Juden hätten die Pest-Pandemien durch Giftmischerei und die gezielte Verseuchung von Brunnen ausgelöst. Vergleichbar hysterisch ging es in den USA während der Spanischen Grippe zu: Nun kursierten Lügen über von Deutschen infizierte Konserven. Und der Chef der Gesundheitsabteilung der kriegswichtigen Emergency Fleet Corporation, Oberstleutnant Philip Doane, verkündete am 17. September 1918: „Für deutsche Agenten wäre es ganz einfach, den Krankheitserreger in einem Theater oder einem anderen Ort, wo viele Menschen versammelt sind, freizusetzen. Die Deutschen haben Epidemien in Europa gestartet. Es gibt keinen Grund, warum sie mit Amerika behutsamer umgehen sollten.“

> „Die Deutschen haben Epidemien in Europa gestartet. Es gibt keinen Grund, warum sie mit Amerika behutsamer umgehen sollten“
>
> **Oberstleutnant Philip Doaneme**
> Leiter der Health and Sanitation Section of the Emergency Fleet Corporation

Entsprechende Tendenzen zu politisch motivierten Schuldzuweisungen zeigen sich nun auch während der gegenwärtigen Corona-Pandemie. Mal sollen beispielsweise Personen aus Deutschland das Virus nach Norditalien gebracht haben, mal US-Militärs nach China. In Lateinamerika gelten westliche Touristen derzeit als die Krankheitsüberbringer schlechthin und werden zunehmend angefeindet. Insofern könnte die Evakuierung deutscher Reisender, zu der das Auswärtige Amt aber oft nicht in der Lage ist, genauso Leben retten wie die Schutzmaßnahmen hierzulande. *W.K.*

Bildung in Zeiten von Corona

Die meisten der derzeit geschlossenen Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen halten mit digitalen Lernmethoden einen Notbetrieb aufrecht. Auf Dauer kann dieses „E-Learning“ jedoch den klassischen Unterricht keinesfalls ersetzen

VON JOSEF KRAUS

Probates Mittel in der Krise, auf Dauer jedoch nur als Ergänzung zur klassischen Schule empfehlenswert: digitales Lernen zu Hause *Foto: imago images*

In Zeiten wie diesen, in Corona-Zeiten also, ist das „Netz“, sind digitale Medien ein Segen. Zunächst – und vordergründig. Auf das „Und später?“, auf die Folgen und die Kollateralschäden kommen wir ebenfalls rasch zu sprechen.

Beginnen wir mit dem „Segen“ digitaler Medien in „Corona-Zeiten“: Hunderttausende von Berufstätigen, die nicht im realen Vis-à-Vis mit anderen Menschen interagieren müssen und in dieser Hinsicht auch gesundheitlich privilegiert sind, agieren vom „Home-Office“ aus. Großeltern und Enkel, die sich derzeit meiden sollen, können miteinander nicht nur telefonieren, sondern „skypen“, „Bildanrufe“ tätigen, die neuesten „Kunstwerke“ und Basteleien per Bild austauschen und so weiter. Nur mit dem Austausch des von Oma so prächtig gekochten Lieblingsgerichts der Enkel klappt es nicht. Kindern und Jugendlichen, die nicht ins Freie gehen und sich nicht mit Freunden treffen können, bieten die digitalen Medien Möglichkeiten zur Echtzeit-Kommunikation und zum Vertreiben von ätzender Langeweile. Per Skype kann der reale, gefährliche Besuch eines Angehörigen im Krankenhaus ins Netz verlegt werden. Sogar Arztkonsultationen können – gegebenenfalls verbunden mit einem Blick in den Rachen – ins Netz verlegt werden. In Italien können – traurig, aber wahr – Angehörige auf diesem Weg von einem Sterbenden Abschied nehmen.

Einstieg in die „Big-Brother“-Gesellschaft?

Die Risiken und Gefahren wollen wir nicht verschweigen, auch wenn man angesichts der akuten Lage davon nichts wissen will: Eltern, für die es als Beschäftigte im Handel, in der Pflege oder bei Polizei und Bundeswehr kein Home-Office gibt, können sich via Netz quasi als „Big Brother“ im wahrsten Sinn des Wortes ein Bild davon machen, was die zu Hause Alleingelassenen gerade anstellen, oder sie können mittels GPS-Tracking den Aufenthaltsort ihrer Kinder orten. Recht und gut? Das gläserne und an der elektronischen Nabelschnur gegängelte Kind also! Es droht dies zu einem Einstieg in einen „Big-Brother“-Termitenstaat zu werden. Siehe Südkorea: Dort können via GPS Corona-Infizierte verortet und notfalls zur Raison gebracht werden. Gesundheitsminister Spahn hat bereits ähnliche Überlegungen im Kopf.

Angesichts der Schulschließungen infolge der Corona-Pandemie wurde der ausgefallene Unterricht vielfach ins Netz verlegt, um einen Totalausfall zu vermeiden. Das ist, zumal für Schüler, die im späten Frühjahr oder im frühen Sommer ihre Abschlussprüfungen vor sich haben, durchaus wichtig. Und tatsächlich bemühen sich die Einzelschulen, viele Einzellehrer, die Rundfunk- und Fernsehsender, die Schulbuchverlage um ein Bildungs- und Unterrichtsangebot für Schüler. Dass Entsprechendes auch in der beruflichen Bildung und an den Hochschulen stattfindet, ist selbstverständlich; hier kommt als Vorteil hinzu, dass es um ältere Heranwachsende geht, die sehr „netzaffin“ sind und mit den digitalen Möglichkeiten in der Regel vernünftig umzugehen wissen.

Verschiedene Bildungskanäle

Wie aber schaut ein digitales „Home Schooling“ aus? Es erfolgt teilweise per E-Mail, über verschiedene Messenger-Dienste oder schuleigene Portale, in die sich die Kinder und Jugendlichen einloggen können. Oder über Youtube-Videos, die Lehrer – unterrichtend vor leeren Klassen – als 45-Minuten-Einheiten aufnehmen und ins Netz stellen. Oder „life“ über Skype-Tele-Unterricht – einschließlich Interaktion vonseiten der Schüler in Richtung Lehrer, wenn Schüler etwa eine bestimmte Geometrie-Kurvendiskussion im Bild dem Lehrer – diesmal ohne Rotstift ausgestattet – vorzeigen sollen. Oder, oder, oder .... Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

Doch was hier wie das Hohelied auf das „E-Learning“ daherkommt, ist keines. Allein hinsichtlich der Masse kann es das nicht sein. Durch die Schließung von bundesweit 42000 Schulen mit ihren rund elf Millionen Schülern fallen nämlich derzeit pro Woche rund 15 Millionen Unterrichtsstunden aus. Digitales „Home Schooling“ also? Wir sollten nicht ganz beiseitelassen, dass bei weitem nicht alle elf Millionen Schüler zu Hause die entsprechende Hard- und Software verfügbar haben, dass es hier ein erhebliches soziales Gefälle gibt, und dass bei einem misslingenden „Handling“ mit der Software ganze Familien in Aufregung und ins Chaos gestürzt werden.

Fragwürdige Visionen

Aber auch davon abgesehen, kündigt sich hier ein bedenkliches Modell von „Bildung“ an, das sich über „Corona“ hinaus fortsetzen könnte. Denn die Schulschließungen könnten denjenigen – gerade auch den Nutznießern in der IT-Industrie – Nahrung geben, die schon seit Jahren meinen, Bildung müsse digitalisiert werden. So als müsse es jetzt nach dem „Nürnberger Trichter“ des Jahres 1647 nun einen digitalen Lerntrichter geben. Tatsächlich sind ja schon lange vor „Corona“ inflationär entsprechende Visionen im Umlauf: „Edutainment“, „Home Learning“, „just-in-time-knowledge“, „knowledge-machines“, „instant-learning“, „learn-line“, „Multimedia-Learning“, „multimedialer Lernspaß“, „Online-learning“, „Tele-learning“, „virtuelles Klassenzimmer“ und so weiter. Statt „Brave New World“ („Schöne neue Welt“), wie der 1932 erschienene Roman von Aldous Huxley hieß, „Brave New School“ sozusagen!

Dabei müsste Bildungspolitiker und Pädagogen etwas anderes bewegen, vor allem die Frage, ob der junge, verkabelte oder WLAN-mäßig vernetzte Multimedia-Mensch ab einem gewissen Stadium des Informationskonsums überhaupt noch die Fähigkeit besitzt, zwischen faktischer und virtueller Realität zu unterscheiden, oder ob er nicht –weil Computer ja keine Welt außerhalb der eigenen kennen – bereits einer höchstselektiven „Windowisierung“ von Wirklichkeit ausgesetzt ist. So gesehen, darf und sollte gerade Schule den Mythos der Informationsgesellschaft entzaubern. Von „Wissensgesellschaft“ kann man ja wohl nicht sprechen, weil das in Zeiten eines allgegenwärtigen Niedergangs von Bildung ein Euphemismus wäre.

Der Philosoph und Dichter Günther Anders (1902–1992), der sich zeit seines Lebens und Schaffens mit der schwindenden Humanität infolge der technischen Modernisierung des 20. Jahrhunderts befasste, würde mit Blick auf die digitalen Medien zudem vor einer Ikonomanie, vor einer Bildsucht, warnen. Diese Warnung präzisiert Anders in seiner Essay-Sammlung „Die Antiquiertheit des Menschen“ von 1956 bzw. 1980. Darin belegt er mit Blick auf das Fernsehen (um wieviel mehr erst geltend bei digitalen Medien): „Alles Wirkliche wird phantomhaft, alles Fiktive wird wirklich.“

Rückkehr zum klassischen Unterricht

Wir müssen jedenfalls aufpassen, dass wir unsere jungen Menschen nicht zu Infokraten trimmen, die von Häppchen-Informationen beherrscht werden, sondern die Kommunikation als etwas Menschliches und nicht als etwas Technisches erfahren und praktizieren. Sonst könnte das Ergebnis multimedialer Vernetzung eine Art Kasper-Hauser-Syndrom sein. Die Corona-Einschränkungen lassen grüßen.

Der klassische Unterricht im Lehrer-Schüler-Gespräch muss deshalb zum frühest möglichen Zeitpunkt nach einem Abflachen der „Corona-Kurven“ wieder im Zentrum schulischen Lernens stehen. Ja, es geht in der Schule um Vis-a-vis-Kommunikation, und es hat schon seinen Sinn, wenn ein Schüler – grimmig, staunend, gelangweilt oder ungläubig – in das Gesicht eines Lehrers und nicht auf einen Bildschirm schaut. Der Lehrer weiß darauf zu reagieren, der Computer nicht. Ein sogenanntes elektronisches Klassenzimmer dagegen wäre ein verarmtes, steriles Klassenzimmer. In ihm gingen Information und Unterhaltung zudem eine fragwürdige Allianz ein.

> Es hat schon seinen Sinn, wenn ein Schüler – grimmig, staunend, gelangweilt oder ungläubig – in das Gesicht eines Lehrers und nicht auf einen Bildschirm schaut. Der Lehrer weiß darauf zu reagieren, der Computer nicht

Mehr als das „Handling“ von Technik

Gewiss gehört die Fähigkeit zum Umgang mit neuen Informationsgeräten und -kanälen heute zu den notwendigen Kulturtechniken. Im Vordergrund der sogenannten informationstechnischen Grundbildung darf aber nicht das technische „Handling“ stehen. Sonst würde damit etwas gefördert, was Günther Anders lange vor der Digitalisierungswelle als das Dasein eines kollektiv vereinzelten Massen-Eremiten bezeichnet hatte. Der 2011 verstorbene Apple-Mitbegründer Chef Steve Jobs und Microsoft-Gründer Bill Gates wussten sehr wohl, warum sie ihren Kindern Tablets und Smartphones vorenthielten. Zudem fehlt es bis zum heutigen Tag weltweit an Beweisen für eine positive Wirkung digitalen Lernens – trotz intensivsten Bemühens der Digitaleuphoriker.

Unter'm Strich: „online“ oder „offline“ – Welche Schule brauchen wir? Hier die Antwort – auf die wir uns gegen alle Nutznießer und Trittbrettfahrer der Digitalisierung von Schule nach der Wiedereröffnung unserer Schulen besinnen müssen: Wir brauchen weniger „online“ und mehr „offline“, damit die Digitalisierung nicht zur Lern- und Entwicklungsblockade für junge Menschen wird und damit unsere jungen Leute bei aller Euphorie um „Digital natives“ nicht zu digitalen Naivlingen werden.

● **Josef Kraus** war von 1987 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes und von 1991 bis 2014 Mitglied im Beirat für Fragen der Inneren Führung des Bundesministers der Verteidigung. Zu seinen Büchern gehört „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt. Und was Eltern jetzt wissen müssen“ (Herbig 2017).

MELDUNGEN

ICE nach Schlesien

Berlin – Die Kohleländer Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen haben sich auf eine Liste von Verkehrsprojekten geeinigt. Im Zuge des Ausstiegs aus der Kohleverstromung will die Bundesregierung diese Verkehrsprojekte in einem Maßnahmengesetz festschreiben und auch finanzieren. Als wichtigstes Projekt für die Lausitz wurde eine rund 200 Kilometer lange ICE-Trasse von Berlin über Cottbus nach Görlitz vereinbart. Inklusive des sächsischen Streckenanteils will der Bund dafür 1,6 Milliarden Euro bereitstellen. Weitere 400 Millionen Euro sind für eine Wartungsbasis für ICE-Züge veranschlagt, die in Cottbus entstehen soll. Die neue ICE-Strecke soll eine schnelle Verbindung zwischen Cottbus und Görlitz sowie dem Großflughafen BER schaffen. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hatte bereits 2018 vorgeschlagen, eine ICE-Verbindung zwischen Berlin und Breslau einzurichten. *N.H.*

Scharfe Kritik an Maßnahmen

Hamburg – Der Chef der Hamburger Rechtsmedizin, Prof. Klaus Püschel, hat die Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 als „völlig überzogen“ verurteilt. Püschel, der die Hamburger Corona-Toten obduziert, sagte, kein einziges Opfer sei ohne schwere Vorerkrankungen gewesen. Das Virus sei lediglich der letzte, manchmal gar nur der „allerletzte Tropfen“ gewesen, der zum Tode geführt habe: „Alle, die wir bisher untersucht haben, hatten Krebs, eine chronische Lungenerkrankung, waren starke Raucher oder schwer fettleibig, litten an Diabetes oder hatten eine Herz-Kreislauf-Erkrankung“, sagte der 67-Jährige laut „Focus“. Der Vergleich mit Italien ist laut Püschel unangebracht, da wir in Deutschland „keine italienischen Verhältnisse“ hätten: „Wir haben ein gutes Gesundheitssystem, und ich bin überzeugt, dass wir die Pandemie gut beherrschen können.“ Es gebe für den Raum Hamburg daher keinen Grund für Todesangst, so Püschel. *H.H.*

Krise nützt Radfahrern

Berlin – Was sonst aufgrund langwieriger Genehmigungsverfahren jahrelang dauern kann, lässt sich im Zuge der Corona-Krise blitzschnell umsetzen. So nutzt der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg die Situation, um mehr Platz für Radfahrer zu schaffen. Betroffen davon sind Hauptstraßen wie die Petersburger Straße, wo zwischen Bersarinplatz und Landsberger Allee breitere provisorische Radwege auf beiden Seiten eingerichet wurden, oder auch die Gitschiner Straße in Kreuzberg. Dort wurden zwischen der Zossener Straße, Lindenstraße und Böcklerstraße zusätzliche Radfahrstreifen eingerichtet. Dafür fielen neben Autofahrstreifen auch Parkplätze weg. Zur Begründung führte die Berliner Verwaltung an, dass während der Epidemie dafür gesorgt werden müsse, dass Radfahrer den Mindestabstand zueinander halten können. Die Entscheidungen seien rechtssicher, da Vorschriften, die schon vor der Krise galten, dabei eingehalten würden. *MRK*

Bestätigte ungewollt den Vorwurf, die Grünen seien eine weltfremde Schön-Wetter-Partei, mit seinem Rat an Hotelbetreiber, die Corona-bedingte Schließung ihrer Häuser für den Austausch alter Ölheizungen zu nutzen: Der Bundesvorsitzende der Grünen Robert Habeck. *Foto: imago images/ZUMA Wire*

GRÜNE

In der Corona-Krise

Im Angesicht der existenzgefährdenden Pandemie schwindet das Interesse an Themen wie Klima

VON PETER ENTINGER

Erst knapp ein Jahr ist es her, da wurde die 16-jährige Schwedin Greta Thunberg zur Ikone der Klimabewegung. In Deutschland erreichten die Grünen Rekordwerte und die Frage, ob ihr Vorsitzender Robert Habeck 2021 Bundeskanzler werden könnte, war nicht nur eine rhetorische.

Peinliche Patzer Robert Habecks

Doch in der Corona-Krise ist vieles anders. Vor zehn Monaten sahen mehrere Demoskopen die Grünen bei der sogenannten Sonntagsfrage vor der CDU/CSU, derzeit liegt die Union mit bis zu 20 Prozentpunkten vor Robert Habecks Partei, die sich mit der SPD ein längst vergessen geglaubtes Duell um den zweiten Platz liefert.

Die zweite Parteivorsitzende Annalena Baerbock gibt sich noch gelassen. Corona wecke Ängste, erklärte sie gegenüber der linksalternativen „taz“. „Dass sich viele Menschen in so einer Krise hinter der Regierung versammeln, ist nur natürlich und nachvollziehbar.“

Doch ganz so einfach ist die Sache nicht. In immerhin elf von 16 Bundesländern regieren die Grünen mit, in Baden-Württemberg stellen sie mit Winfried Kretschmann den Ministerpräsidenten. Doch auch der Vorzeige-Grüne bleibt in Zeiten der Corona-Krise merkwürdig defensiv. Die Schlagzeilen in Sachen Ausgangsbeschränkungen und Wirtschaftshilfen bestimmten Unionspolitiker wie Bayerns Ministerpräsident Markus Söder oder der bis dato nahezu unbekannte saarländische Regierungschef Tobias Hans. Zudem unterliefen dem Talkshow-Dauergast und Medienliebling Habeck peinliche Patzer. Seine Aussage, dass die zwangsgeschlossenen Hotels die Zeit nutzen sollten, um auf eigene Kosten die alte Ölheizung auszutauschen, wurde ihm äußerst übelgenommen.

Ernste wirtschaftliche Probleme

Die Grünen profitierten in den vergangenen Monaten von einer ausgesprochen guten wirtschaftlichen Lage Deutschlands, von einer uneinigen CDU, einer schon länger kriselnden SPD sowie von einer FDP, die nach wie vor ihren Markenkern sucht. „Die Grünen haben die Klimaproteste als zentrales Thema, die AfD die Einwanderungsdebatte. Davon profitieren beide Parteien, weil es Alleinstellungsmerkmale sind. Dort vermutet der Wähler besondere Kompetenzen“, hatte der Parteienforscher Oskar Niedermayer vor einem Jahr analysiert.

Aber bereits im vergangenen Dezember, also Monate vor der Corona-Krise, hatte er die Grünen gewarnt. Es bestehe die Gefahr, dass sie mit dem Ruf nach Verboten und rabiaten, sprich teuren Klimaschutzmaßnahmen potenzielle Wähler verschrecken: „Durch das vom Grünen-Vorstand geforderte Klimapaket könnten sich immer mehr Leute fragen, ob sie noch grün wählen wollen, wenn sie dadurch dramatisch zur Kasse gebeten werden“, sagte er damals dem Nachrichtenmagazin „Focus“.

Noch sind die genauen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Pandemie nicht zu erfassen. Aber sicher scheint zu sein, dass Themen wie Windenergie oder Kohlendioxidausstoß nicht die sein werden, die das Wahlvolk in den kommenden Monaten sonderlich bewegen und deren Wahlverhalten maßgeblich bestimmen.

> Die Grünen sind bis zu 20 Prozentpunkte hinter die Union zurückgefallen

Trittin plädiert für „weiter so“

Der Alt-Grüne und frühere Bundesumweltminister Jürgen Trittin fordert unterdessen einen besonders radikalen Kurs. In der Krise dürften nicht die falschen Schlüsse gezogen werden. 2009, als das weltweite Finanzsystem stark angeschlagen war, hatte die Bundesregierung mit der Abwrackprämie die Automobilwirtschaft ankurbeln wollen. Dadurch habe Deutschland ein „überholtes System mit Verbrennungsmotoren“ am Leben gehalten. „Wenn der Staat Unternehmen mit Milliarden Euro hilft, muss er darauf achten, dass falsche Strukturen nicht künstlich verlängert werden“, sagte er der „taz“. Seine Empfehlung: Die Partei solle nicht von ihren Kernforderungen nach Energiewende und einer gemeinsamen europäischen Finanzpolitik – Corona-Bonds inklusive – abrücken. Das Motto müsse lauten: „Die Grünen können Krise“.

CORONA

Die Politik reagierte viel zu spät

Viele alternative Medien bestreiten lieber die Pandemie, als deren Ursachen zu untersuchen

Während einige Leitmedien mit zweifelhaften Zahlen und Berichten die Angst vor dem Coronavirus noch weiter anheizen, ist bei einigen Alternativmedien das Gegenteil zu beobachten. Weit verbreitet sind auch generelle Zweifel, dass die Coronavirus-Pandemie wirklich gefährlicher als eine normale Grippewelle ist. Viel Verbreitung fanden im Internet etwa Videos Wolfgang Wodargs. Der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete und Lungenarzt sprach Mitte März von einer „Corona-Virus-Epidemie, die wir angeblich haben“.

Über ihrer Fixierung auf einen vermeintlichen „Corona-Schwindel“ entgeht den alternativen Medien, dass es nicht zuletzt an einem massiven Versagen der Politik liegt, wenn sich die Deutschen nun quasi einem mehr oder weniger strengen Hausarrest unterwerfen müssen. Denn hätten die für Katastrophenschutz zuständigen Landespolitiker beispielsweise die Pandemieübung LÜKEX 07 und die Pandemie-Risikoanalyse des Robert-Koch-Instituts von 2012 angemessen ausgewertet, würde jetzt kein Mangel an Desinfektionsmitteln und Schutzmaterialien bestehen.

„Harmloser als eine Grippe“

Katastrophenschutzexperten der Berliner Feuerwehr hatten beispielsweise nach der Auswertung von LÜKEX 07 dem damals amtierenden rot-roten Wowereit-Senat den Kauf und die Einlagerung von zwölf Millionen FFP2-Atemschutzmasken empfohlen. Stückpreis seinerzeit: 45 Cent. Die damals nicht angeschafften Schutzmasken müssen nun panisch zu den aktuellen Weltmarktpreisen zusammengekauft werden. Jede neue Schutzmasken-Lieferung aus China bietet Politikern nun die Möglichkeit, sich als „Macher“ in Szene zu setzen.

Die unterlassene Vorsorge wird durch einen Mangel an Urteilsfähigkeit massiv verschärft. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sprach beispielsweise noch am 27. Januar davon, der Virus sei „harmloser als eine Grippe“. Noch am 30. Januar ließ Spahn wissen, er „verstehe die ganze Hektik nicht“.

„Aufmerksame Gelassenheit“

Im Kontrast zu Spahns „aufmerksamer Gelassenheit“ steht das Vorgehen Taiwans. Das Land reagierte bereits am 31. Dezember auf die ersten Epidemiemeldungen aus Festlandchina mit Gesundheitskontrollen bei Einreisen und zügigem Testen. Anders als den Deutschen blieb den Bürgern Taiwans als Ergebnis des schnellen Handelns ihrer Regierung ein wochenlanger „Lockdown“ erspart.

Norman Hanert

PANDEMIE-BEKÄMPFUNG

„Keine neue Berliner Mauer“

Jagd auf Ferienhaus-Besitzer nimmt groteske Züge an – Asylsucher genießen Sonderstellung

VON NORMAN HANERT

Zur Epidemie-Eindämmung haben Innenminister und Landräte die Freizügigkeit der Bürger einfach per Verwaltungsakt drastisch eingeschränkt. Verwaltungsgerichte kassieren allzu rigide oder stümperhaft abgefasste Regelungen inzwischen wieder ein.

Besonders forsch ging der Landrat von Ostprignitz-Ruppin bei den Absperrmaßnahmen zu Werke. Als einziger in Brandenburg erließ der dortige Landrat Ralf Reinhardt (SPD) ein Verbot sämtlicher touristischen Reisen in den Kreis. Wie es in der entsprechenden „Allgemeinverfügung“ hieß, gilt das Verbot auch für Kurzaufenthalte am Wochenende oder an einzelnen Tagen.

Ausdrücklich genannt wurde dabei auch der Aufenthalt in eigenen Wochenendhäusern. Gegen das Einreiseverbot hatten zwei Berliner vor dem Potsdamer Verwaltungsgericht geklagt, die ihren Zweitwohnsitz in dem Landkreis haben. Das Gericht sprach den Klägern das Recht zu, nach Ostprignitz-Ruppin zu reisen. Reaktion: Mit Wirkung zum Karfreitag hob der Landkreis schließlich selbst das Einreiseverbot auf. Von Brandenburgs Landesregierung waren bislang eher moderate Töne zu hören.

Rigide Maßnahmen: Polizei in Mecklenburg-Vorpommern kontrolliert Einhaltung der Reisebeschränkungen *Foto: pa*

Gericht bremst übereifrigen Landrat

Der Krisenstab der Landesregierung teilte etwa am 23. März mit, dass eine Reisebeschränkung nicht vorgesehen sei. Auch dürften Berliner, die in Brandenburg ein Wochenendhaus besitzen, das Domizil weiterhin aufsuchen. Vor Ostern bekräftigte Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) nochmals diesen Kurs: „Kleine Ausflüge kann jeder machen – auch nach Brandenburg.“

Stübgen sagte weiter, wenn sich alle maßvoll verhielten, brauche es keine Abschottung: „Wir haben uns bewusst dafür entschieden, Brandenburg nicht nach Berlin hin abzuschotten oder eine neue Berliner Mauer zu bauen.“ Nach Angaben des Innenministers gab es vom Landkreis Ostprignitz-Ruppin sogar eine Anfrage nach Polizeikräften, die das Einreiseverbot kontrollieren sollten. Potsdam erteilte dem jedoch eine Absage.

Eine ähnlich scharfe Regelung wie der Landrat von Ostprignitz-Ruppin hatte zuvor schon die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern erlassen. Auch Schwerin verbot sämtliche touristischen Reisen auf dem Landesgebiet.

Das Vorgehen der Behörden führte zu einer unschönen Entwicklung. Für Berliner, die sich an der Ostseeküste oder an Mecklenburgs Seen Ferienhäuser zugelegt haben, ist es naheliegend, die Corona-Krise nicht in der Millionenstadt, sondern in ländlicher Abgeschiedenheit zu überstehen. Die Idylle auf dem Lande entpuppte sich allerdings in einigen Fällen als Albtraum. Nach dem Einreiseverbot sahen sich die Betroffenen nämlich mit Besuchen von Ordnungsämtern oder Bürgermeistern konfrontiert, die sie zur „Ausreise“ aufforderten.

Nicht nur die Einschränkung der Bewegungsfreiheit in Deutschland weckt Erinnerungen an den Mauerstaat DDR: Die Verwaltungsakte haben auch eine moderne Form des Denunziantentums aufleben lassen. In Berlin wird beispielsweise nicht nur die Polizei bei ihren Kontrollen auf Verstöße gegen die Coronavirus-Regelungen aufmerksam. Nach Mitteilung der Polizei gehen auch Hinweise von Privatpersonen ein, die auf weiterhin geöffnete Geschäfte oder Menschengruppen in Parks aufmerksam machen wollen. Dabei hätten „längst nicht alle Hinweise einen polizeilichen Einsatz zur Folge“, so eine Mitteilung der Polizei. Mit anderen Worten: Die Ordnungshüter werden offenbar auch mit zahlreichen „Tipps“ von Anschwärzern konfrontiert.

Linke drohen mit Mai-Krawallen

Eine echte Herausforderung wird für die Berliner Polizei der 1. Mai darstellen. Innerhalb der linksextremen Szene sind nämlich Bestrebungen zu erkennen, trotz Corona-Epidemie auch in diesem Jahr eine große 1.-Mai-Demonstration zu veranstalten. In einem Aufruf heißt es: „Nicht die Polizei, nicht der Senat von Berlin und auch nicht die Bundesregierung entscheide, ob der 1. Mai in Berlin stattfindet, sondern wir selbst.“

Trotz Kontaktverbot hatten sich bereits am Freitag, dem 3. April, vor einer Moschee in Berlin-Neukölln hunderte Personen versammelt. Dem Imam der Moschee, Ordnungsamt und Polizei war es dabei nicht gelungen, die Abstandsregel durchzusetzen.

Im Kontrast zur drastischen Einschränkung der Freizügigkeit in Deutschland steht das Vorgehen der Behörden bei Einreisen aus dem außereuropäischen Ausland. Erstaunlicherweise verkündete Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) erst Anfang April ein Ende der Flugverbindungen aus dem Iran, der seit Wochen als Hochrisikogebiet gilt. Irritierend ist auch das Vorgehen bei einreisenden Personen, die Asyl fordern. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums erklärte in der Regierungspressekonferenz am 18. März in Bezug auf Asylanträge an den Außengrenzen des Schengen-Raums, dass es „keine Verfahrensänderung“ gebe. Dies bedeutet, dass diese Personen von den Einreisebeschränkungen bislang ausgenommen sind.

BRANDANSCHLÄGE

Terror gegen AfD-Politiker setzt sich fort

Autos, Wohnungen und Veranstaltungslokale sind Opfer einer andauernden Serie von Übergriffen

Am Montag, den 6. April, in den frühen Morgenstunden ging der Wagen des Parlamentarischen Geschäftsführers der Berliner AfD-Abgeordnetenhaus-Fraktion, Frank-C. Hansel, in Flammen auf. Damit setzte sich eine Serie von terroristischen Anschlägen gegen Berliner AfD-Politiker fort.

In der Nacht zum 10. März brannte das Auto des kommissarischen AfD-Landesvorsitzenden Nicolaus Fest. Unbekannte schlugen am Haus des innenpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, Gottfried Curio, zwei Fenster ein und schmierten Pöbeleien an die Hauswand. Eine Anfrage der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ergab, dass ihre Partei am häufigsten Opfer politisch motivierter Gewalt geworden ist. Am 2. März war in Sachsen auf das Auto des AfD-Bundesvorsitzenden Tino Chrupalla ebenfalls ein Brandanschlag verübt worden. Auf der linksextremen Homepage „Indymedia“ ist die Bilanz dieser Aktivitäten dokumentiert: „29. 2. Der AfD-Veranstaltungsraum ‚Staatsreparatur‘ am Bahnhof Lichterfelde Ost wurde mit Farbeiern beworfen. 10.3. Das Auto von Nicolaus Fest (Abgeordneter der AfD im EU-Parlament und AfD-Landesvorstand) ist in Charlottenburg ausgebrannt, 10.3. Eingeschlagene Scheiben und Farbe am Wohnhaus des Bundestagsabgeordneten Gottfried Curio.“

Taten im Internet gefeiert

Und weiter heißt es auf der linken Netzseite: „10.3. Beim Restaurant Maestral in Reinickendorf wurden die Scheiben eingeworfen, 12.3. Die Kneipe ‚Heidelbeere‘ am Heidelberger Platz hat einen neuen Anstrich bekommen, weil die Betreiber_innen Nazi-Versammlungen Unterschlupf gewähren, 13.3. Parallel wurden die AfD-Landesgeschäftsstelle in Charlottenburg und die NPD Bundeszentrale in Köpenick angegriffen, 21.3. Beim Neuköllner AfD/JA-Aktiven Julian Potthast wurden die Scheiben eingeworfen, 25.3. Das Steakhaus Torero (Rudow), wo sich die Neuköllner AfD trifft, ebenfalls kaputte Scheiben, 1.4. Das Auto der Lichtenberger AfD-Verordneten Marianne Kleinert in Falkenberg ausgebrannt, 5.4. Erneut die Bibliothek des Konservatismus (Charlottenburg) eingehämmert.“

Auch der Anschlag auf Hansels Wagen wird auf der Seite gefeiert: „6.4. Der Jaguar von Frank Hansel (AfD Geschäftsführer im Berliner Abgeordnetenhaus und AfD-Landesvorstand), der vor seinem Wohnhaus in Schöneberg geparkt war, wurde dem Feuer übergeben.“ So prahlt die linksextreme Szene mit ihrer Serie von Übergriffen offen im Internet.

Die Angreifer machen keinen Unterschied zwischen rechten und gemäßigten Vertretern der attackierten Oppositionspartei. Hansel beispielsweise tritt als entschiedener Kritiker des thüringischen AfD-Chefs Björn Höcke auf. Er wurde schon vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus Zielscheibe linksextremer „Aktivisten“. Über einen Lautsprecher auf einem Fahrzeug skandierten Linke vor Hansels Wohnung Parolen, Beschimpfungen und Drohungen.

Der Attackierte will sich jedoch nicht einschüchtern lassen: „Die breite Solidarität auf allen Ebenen der Partei aus allen Winkeln der Republik, die mir heute auf den verschiedenen sozialen Medien zuteilwurde, tut wirklich gut.“

Frank Bücker

● KOLUMNE

Denunzianten

VON VERA LENGSFELD

In den Tagen vor Ostern bot Berlin ein ungewohntes Bild. Die Friedrichstraße war wie leergefegt, am Ku’damm sah es nicht anders aus. Anscheinend halten sich viele Berliner an die Verbotsregeln. Allerdings kommt eine erschreckende Blockwart-Mentalität von besorgten Bürgern zum Vorschein. Die Polizei wird förmlich überhäuft mit Anzeigen wegen vermuteter Verstöße gegen die Kontaktsperre. Privatleute denunzierten auf allen Kanälen mit Hinweisen ihre Mitbürger, teilte die Berliner Polizei auf eine Anfrage mit.

Viele dieser Meldungen sind gegenstandslos. Aber es gibt offensichtlich ein tiefsitzendes Bedürfnis mancher Menschen, andere zu überwachen, anzuschwärzen oder zu verpetzen. Ist das ein Überbleibsel der Verformung der menschlichen Psyche durch zwei Diktaturen? „Längst nicht alle Hinweise haben einen polizeilichen Einsatz zur Folge“, konstatiert die Polizei. Sie hat aber zusätzliche Arbeit damit, die zahlreichen Anzeigen zu prüfen.

Es wächst nicht nur der Hang zur Denunziation, sondern auch der zum Betrug. Die reichlich ausgeschütteten Corona-Hilfen laden skrupellose Glücksritter dazu ein, sich zu bedienen. Nach der Vereinigungskriminalität, bei der die Grauzonen staatlicher Subventionen betrügerisch ausgenutzt wurden, entsteht jetzt anscheinend eine Corona-Kriminalität. Inzwischen ermittelt das LKA. Aber anders als in NRW wird die Auszahlung in Berlin nicht gestoppt. Wie viele Verfahren wegen Subventionsbetruges aktuell genau laufen, wurde bisher nicht mitgeteilt. Innerhalb von wenigen Tagen zwischen Ende März und Anfang April flossen für 150000 Selbstständige, Freiberufler und kleine Unternehmen in der Hauptstadt Zuschüsse in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Ein Großteil geht nicht in die Wirtschaft, sondern in die freie Kulturszene, die ihre mangelnde Dankbarkeit mit immer neuen Forderungen nach noch mehr Förderung demonstriert. Sich nach Verdienstmöglichkeiten in der Krise umzusehen, ist für viele Berliner keine Option.

● MELDUNG

Kirchen: Mehr Austritte

Die Kirchen in Berlin und Brandenburg verzeichnen weiterhin zahlreiche Austritte. Die Evangelische Kirche in Berlin hat im vergangenen Jahr nach vorläufigem Stand 12196 Austritte verkraftet. Absolut sank die Zahl der Mitglieder der Evangelischen Kirche von 558992 auf 534036 Mitglieder ab. 2014 waren es noch 611800 Mitglieder. Die römisch-katholische Kirche musste 2019 zudem 8719 Austritte hinnehmen. Sie kommt jetzt noch auf 326095 Kirchensteuerzahler. Der Schrumpfungsprozess hat sich damit noch beschleunigt. Im Vergleich zum Vorjahr 2018 nahm die Zahl der Kirchenaustritte bei den beiden großen Landeskirchen in Berlin um etwa 20 Prozent zu. Die Pressestelle der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO): „Der Rückgang der Kirchenmitgliedszahlen ist sehr schmerzlich“ Als Ursache wird unter anderem der demografische Wandel ausgemacht. *F.B.*

MELDUNGEN

Gefahr durch Waldbrände

Tschernobyl – Seit über anderthalb Wochen brennt es im Umland des vor knapp 34 Jahren explodierten Reaktorblocks des Kernkraftwerks Tschernobyl in der Ukraine. Obwohl zirka 300 Einsatzkräfte der Feuerwehr mit Löschflugzeugen und Hubschraubern versuchen, die Flammen zu bekämpfen, ist noch kein Durchbruch in Sicht. Satellitenaufnahmen zufolge sollen 2400 Hektar Wald innerhalb des Sperrgebiets brennen, Greenpeace schätzt die Fläche des Brandes jedoch auf bis zu 20000 Hektar. Selbst in der 100 Kilometer entfernten Hauptstadt Kiew macht sich Brandgeruch breit. Obwohl die Behörden versichern, dass die Werte der Radioaktivität im Normbereich lägen, wurden in der Bevölkerung Erinnerungen an die Reaktorkatastrophe wach. Zuvor hatte Jegor Firsow, der Leiter der Umweltbehörde, mitgeteilt, dass im Zentrum des Feuers die Messwerte oberhalb der Norm lägen. Verantwortlich für den Brand ist vermutlich Brandstiftung. Die Polizei verdächtigt einen 27-Jährigen, das Feuer gelegt zu haben. *MRK*

Jagd auf Corona-Tests

Tel-Aviv – Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat nach Angaben der „Times of Israel“ den Auslandsgeheimdienst Mossad mit der Beschaffung von Tests zur Bestimmung des Corona-Virus beauftragt. Laut dem Bericht hat der Mossad inzwischen bereits 100000 Coronavirus-Tests nach Israel gebracht. Der Dienst soll das Material in einem arabischen Land beschafft haben, zu dem Israel keine diplomatischen Beziehungen unterhält. Die genaue Herkunft des Testmaterials wird bislang geheim gehalten. Um die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus zu verhindern, setzt Israel auch seinen Inlandsgeheimdienst Schin bet ein. Netanjahu erteilte dem Nachrichtendienst den Auftrag, Mobiltelefone zu kontrollieren und Bewegungsprofile der Bürger zu erstellen, um Kontakte und Aufenthaltsorte von Corona-Infizierten abzuklären. Der Geheimdienst nutzt dabei sogar Fahndungsmethoden, die auch im Anti-Terrorkampf angewendet werden. *N.H.*

Impfstofftests ab Juni

Nowosibirsk – Im Wettlauf um einen wirksamen Corona-Impfstoff versucht Russland an der Spitze mitzuwirken. In einem Forschungszentrum namens Vektor nahe Nowosibirsk, in dem bereits zu Sowjetzeiten an biologischen Waffen geforscht wurde und in dem seither Viren wie Ebola und Pocken untersucht werden, sollen in Kürze drei Impfstoffe, die bisher bei Tierversuchen gute Ergebnisse zeigten, an Menschen getestet werden. 180 Freiwillige wurden aus 300 Bewerbern ausgewählt. Ab Ende Juni soll eine erste Phase der klinischen Tests stattfinden. Laut Rinat Maxjutow, dem Leiter des staatlichen Forschungszentrums, könne man mit den Tests an Menschen auch schon im Mai beginnen, wenn das Gesundheitsministerium sein Einverständnis erteile. *MRK*

Hat mehr Respekt vor dem Virus als ihr Präsident: Gläubige am Palmsonntag in einer katholischen Kirche im weißrussischen Aschmjany *Foto: action press*

CORONA-BESTREITER

Die das Virus nicht „sehen“ wollen

Weißrusslands und Nordkoreas Staatsführer ergreifen keine Schutzmaßnahmen gegen die Pandemie

VON BODO BOST

Nachdem US-Präsident Donald Trump und sein brasilianischer Amtskollege Jair Bolsonaro eingesehen haben, dass es ihnen bei den nächsten Wahlen gefährlich werden könnte, wenn sie weiterhin die Gefährlichkeit des Virus bestreiten, gibt es nur noch zwei Staatschefs, die es weiterhin tun. Das Problem möglicherweise nicht wiedergewählt zu werden, haben diese beiden nicht, denn in ihren Ländern gibt es keine Wahlen.

Weißrusslands Staatschef Alexander Lukaschenko muss weder Abwahl noch Putsch fürchten, er steht an der Spitze seines Landes seit über einem Vierteljahrhundert. Ungeachtet von Corona läuft das Leben in seinem Land ohne irgendwelche Beschränkungen normal weiter. Verantwortlich dafür ist „der letzte Diktator Europas“. Sein Wort ist in Weißrussland Gesetz. Eine Pressefreiheit existiert dort genauso wenig wie eine Oppositionspartei. Kritische Stimmen werden nicht geduldet.

Lukaschenko spielt die Gefahr durch Corona herunter. Er spricht von einer Psychose in der westlichen Welt. Statt sich der Krise anzunehmen, geht er lieber zum Eishockey und lässt sich von den Zuschauern bejubeln. Er sehe keine Viren, sagt der 65-Jährige.

Lukaschenko sieht keine Viren

Während das Corona-Virus den Fußball europaweit zum Stillstand gebracht hat, spielt die Wyschejschaja Liha, so der Name der höchsten Spielklasse des Landes, ganz normal weiter – in vollen Stadien. Die Unvernunft des Diktators und seines Verbandschefs wird sogar belohnt. Neue TV-Verträge mit Israel, Indien und China sowie ein Zuwachs an Sportwetten sorgen für sprudelnde Einnahmen. Der weißrussische Fußball erlebt einen Boom, dank Corona. Die fußballbegeisterte Welt stürzt sich jetzt auf dieses Land. Der weißrussische Verbandschef hat die Saison ohne Bedenken am 19. März eröffnet.

Kein Wunder, dass in diesem 9,5 Millionen Einwohner zählenden Land kaum auf Corona getestet wird und dass es deshalb nur wenige gemeldete Corona-Fälle gibt. Aber die Tendenz ist auch hier steigend. Kim Jong-uns Demokratische Volksrepublik Korea ist der wohl letzte Staat der Erde ohne einen einzigen bestätigten Covid-19-Fall, sogar der Vatikan mit nur etwas mehr als 1000 Einwohnern hat schon zwei. Doch viele bezweifeln die offizielle Darstellung Nordkoreas. Das liegt nicht zuletzt an der geografischen Lage des Landes zwischen den beiden Corona-Epizentren Südkorea und China.

> Lukaschenko und Kim Jong-un brauchen nicht zu fürchten, aufgrund des Bestreitens der von Corona ausgehenden Gefahren nicht wiedergewählt zu werden. In ihren Staaten gibt es keine Wahlen

Zwar ist die Grenze zum südlichen Nachbarn als Systemgrenze dicht. Aber für die Grenze zur Volksrepublik China gilt das nicht. Zwischen den beiden sozialistischen Bruderstaaten herrschen rege Handelsbeziehungen und ein Schmuggel, welcher sich schwer überwachen lässt.

Ist Nordkorea wirklich verschont?

Im März hatten US-Militärs einen fast vollständigen sogenannten Lockdown des nordkoreanischen Militärs festgestellt, sprich keine Flugzeuge flogen, keine Raketen starteten und auch Truppenbewegungen gab es wohl kaum, so als ob das ganze Militär sich in Quarantäne befände.

Sowohl die USA als auch die Republik Korea betrachten dies als Indiz für Covid-19-Fälle im nordkoreanischen Militär. Südkoreanische Medien berichteten unter Berufung auf Quellen im Nordteil des Landes, es habe mehrere Hundert Erkrankungen gegeben. Unabhängig bestätigen lässt sich das nicht. Nordkorea selbst streitet das ab.

WANDERUNGSSTRÖME

Migranten gehen wieder heim

Corona schreckt Asylsucher von einer Einwanderung nach Italien oder Spanien ab

Wenn ein Migrant sich freiwillig auf den Weg macht, dann tut er das in der Annahme, dass es ihm am Zielort seiner Wanderung besser ergeht als an deren Ausgangsort. Für das Ausmaß von Migration ist deshalb nicht nur entscheidend, wie abstoßend der Herkunftsort, sondern auch wie anziehend der Zielort ist. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von Push-Faktoren (vom englischen „push“, drücken) und Pull-Faktoren (vom englischen „pull“, ziehen).

Da Europa im Allgemeinen sowie Italien und Spanien im Besonderen von Corona überdurchschnittlich betroffen sind, hat die Anziehungskraft, die von Europa im Allgemeinen sowie Italien und Spanien im Besonderen auf potenzielle Migranten ausgeht, stark gelitten. Und zwar so sehr, dass sich immer mehr abzuzeichnen scheint, was jahrzehntelang nicht möglich schien und nie in Erwägung gezogen wurde, nämlich dass Migrationsströme sich auch wieder in umgekehrte Richtung bewegen könnten.

Epizentren von Corona

Nachdem im südlichen Mittelmeer das Schleusergeschäft fast vollkommen zum Erliegen gekommen ist, weil kaum noch ein Migrant nach Italien will, erwartet Libyen jetzt die Rückkehr vieler Tausender gestrandeter schwarzafrikanischer Migranten in ihre Heimatländer. Neue Migrantenkarawanen werden nicht mehr in die beiden von Milizen kontrollierten Landeshälften gelassen. In Libyen haben die Behörden bereits darauf hingewiesen, dass gestrandete afrikanische Migranten im Notfall nicht in libysche Krankenhäuser aufgenommen werden. Dies hatte in den Migrantenlagern für eine Panikstimmung gesorgt. Viele schwarzafrikanische Armutsmigranten haben jedoch nicht das Geld für die Rückfahrt.

Ähnlich ist es in Spanien, dem weltweit am zweitstärksten von der Pandemie betroffenen Land. Vor den zwei spanischen Enklaven in Nordafrika, in denen wie im Mutterland die Corona-Pandemie grassiert und es bereits erste Tote gibt, war es schon seit Jahren nicht mehr so ruhig wie in den letzten Wochen. Marokko fürchtet jetzt sogar ein Übergreifen der Pandemie von den Enklaven auf das eigene Land und hat daher seine Grenzen zugemacht.

In Spanien wie in Italien ist es zwar weiterhin möglich, Asyl zu beantragen, aber die Gesundheitssysteme dieser Länder sind angesichts der Pandemie weitgehend zusammengebrochen. Ein wichtiges Motiv für die Migration in diese Staaten, nämlich die Aussicht auf ein sichereres Leben, ist damit weggefallen. *B.B.*

FEINDLICHE ÜBERNAHMEN

Die Deutschland-AG im Schlussverkauf

Bundesregierung will das Außenwirtschaftsgesetz eiligst ändern, um wegen der Corona-Krise unter Druck geratene deutsche Unternehmen zu schützen

VON NORMAN HANERT

FOTO: IMAGO/ARNULF HETTRICH

Die chinesische Flagge hängt schon vor der Firmenzentrale: Droht Daimler nach der Corona-Krise eine Übernahme?

Deutsche Firmen, die infolge der Corona-Krise finanziell geschwächt sind, können leicht zum Ziel feindlicher Übernahmen werden. Die Große Koalition will Firmenübernahmen aus dem Ausland deshalb stärker kontrollieren und gegebenenfalls auch verhindern.

Ungewöhnlich schnell kommt derzeit in Berlin eine Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes in Gang. Am 8. April hat das Bundeskabinett eine von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier vorgeschlagene Änderung angenommen. Mit der Novellierung soll bei Investitionen aus Nicht-EU-Staaten künftig geprüft werden, ob durch den Kauf von Unternehmen die öffentliche Ordnung oder Sicherheit „voraussichtlich beeinträchtigt wird“.

In der bisherigen Fassung der Regelung war enger formuliert von einer „tatsächlichen Gefährdung“ die Rede. Zudem sieht Altmaiers Vorstoß auch vor, dass meldepflichtige Unternehmenskäufe im Bereich kritischer Infrastruktur und weiterer ziviler Sicherheitsbereiche künftig solange schwebend unwirksam sind, bis eine Unbedenklichkeitsbescheinigung erteilt wird. Altmaier will mit der Änderung besonders deutsche Firmen im Bereich der Grundversorgung mit Bedarfsgütern, der Telekommunikation, der Medizin und der Herstellung von Schutzausrüstung vor Übernahmen schützen.

Auch Verkehrsminister Andreas Scheuer wies darauf hin, dass es ein weltweites Interesse an deutschen Unternehmen gebe, auch in den Bereichen Mobilität und der Infrastruktur. Vor dem Hintergrund des weitgehenden Stillstands des Wirtschaftslebens durch die Pandemie warnte Scheuer: „Wir haben nicht nur einen viralen Angriff. Wir könnten auch einen Wirtschaftsangriff danach erleben.“

Mehr Schutz vor Übernahmen

Bereits im März hatte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder vor einem Ausverkauf der deutschen Wirtschaft in der Corona-Krise gewarnt. Söder sagte sogar, es müsse mit „allen Mitteln“ gegen Übernahmeangebote aus dem Ausland vorgegangen werden. Altmaiers Vorstoß taugt trotz der schnellen Umsetzung allerdings nicht als Rettungsanker, um deutsche Unternehmen generell vor einem breiten Ausverkauf zu schützen: Die geplante Verschärfung erstreckt sich nämlich nur auf einige Branchen, die als besonders sicherheitsrelevant definiert wurden.

Die Corona-Krise hat allerdings eine Vielzahl von Unternehmen zu einem potenziellen Ziel von feindlichen Übernahmen gemacht. Allein die börsennotierten Unternehmen in Deutschland haben in den letzten Wochen viele Milliarden Euro an Börsenwert verloren. Zudem leiden viele Unternehmen an Umsatzeinbrüchen und einem Mangel an Liquidität.

Für Investoren aus China, aber auch für angelsächsische Beteiligungsgesellschaften, bietet sich damit die einmalige Gelegenheit, sich zu Schnäppchenpreisen in deutsche DAX-Konzerne, technologisch gut aufgestellte Mittelständler oder zukunftsträchtige Start-ups einzukaufen.

Als ein Übernahmekandidat wird derzeit immer öfter der deutsche Autobauer Daimler genannt. Die Aktien des Stuttgarter Unternehmens haben seit Anfang 2018 mehr als zwei Drittel an Wert verloren. Durch allgemeine Probleme der Automobilbranche und die Corona-Krise ist der Börsenwert mittlerweile so niedrig, dass er regelrecht zu einer Übernahme aus Fernost einlädt, so die Einschätzung des „Manager Magazins“.

Bereits seit 2018 ist der chinesische Milliardär Li Shufu der größte Einzelaktionär bei Daimler. Li Shufu, Eigentümer des Autobauers Geely, hat seinem Konzern bereits die schwedische Traditionsmarke Volvo einverleibt. Der niedrige Börsenwert von Daimler würde es nun erlauben, sich die Mehrheit bei Daimler zu einem Schnäppchenpreis zu sichern.

Zu denjenigen, die annehmen, dass Li Shufu seinen Einfluss ausbauen will, gehört auch der Autoexperte Ferdinand Dudenhöffer: „Das ist ein Industrieinvestor, der ein industrielles Konglomerat aufbauen will. Wie viele Anteile das Unternehmen genau erwerben wird, ist offen. Wahrscheinlich sind aber 51 Prozent, dann kann Li Shufu die langfristige Strategie der Stuttgarter bestimmen.“

51 %

Anteile am Daimler-Konzern könnte sich der Chinese Li Shufu, der schon heute der größte Einzelaktionär des Stuttgarter Unternehmens ist, bei einer möglichen „Killer-Akquisition“ einverleiben.

Im Fall von Übernahmen droht den Unternehmen nicht nur, dass Technologie und Produktideen ins Ausland abfließen. Mit den niedrigen Aktienkursen vieler deutscher Unternehmen könnte es zunehmend auch zu „Killer-Akquisitionen“ kommen. Gemeint sind Firmenübernahmen durch Konkurrenten, bei denen es darum geht, die aufgekauften Unternehmen komplett zu schließen. Der Zweck solcher „tödlicher Übernahmen“ ist es, die Marktanteile von Wettbewerbern zu übernehmen und damit langfristig höhere Preise durchsetzen zu können.

ZOOM VIDEO COMMUNICATIONS

Krisengewinnler im Zwielicht

Wie hält es der von Corona profitierende Anbieter von Videokonferenzen mit Datenschutz und Sicherheit?

Zoom war ursprünglich ein speziell auf Unternehmen ausgerichtetes Programm, das hochauflösende Videokonferenzen und virtuelle Meetings ermöglicht. Konferenzen, die bis zu 40 Minuten dauern, sind kostenfrei. Um eine Sitzung durchzuführen, benötigt man lediglich einen Moderator, der per Link eine unbegrenzte Anzahl an Nutzern einladen kann.

Im Zuge der Corona-Krise wuchs die Nutzerzahl von zehn Millionen im Dezember auf 200 Millionen im März. Es wuchs aber auch die Kritik an dem US-amerikanischen Anbieter von Fernkonferenzdiensten.

Die New Yorker Generalstaatsanwältin Letitia James hat in der vergangenen Woche wegen der Datenschutz- und der Datensicherheitspraxis des Unternehmens Untersuchungen gegen Zoom Video Communications eingeleitet.

Microsoft im Nacken

In den sozialen Netzwerken macht „Zoombombing“ die Runde, bei dem Fremde in Videokonferenzen eindrangen und teilweise Teilnehmer auf das Übelste beleidigten. Dieses Problem konnte Zoom relativ zeitnah mit virtuellen Warteräumen lösen.

Weitere und weitaus schlimmere Probleme wie die mangelhafte Verschlüsselung und unsachgemäßer Umgang mit sensiblen Daten kann Zoom nicht in Windeseile abstellen. Doch die Zeit drängt. Microsoft bietet für sein Freizeitprogramm Skype neue Eigenschaften an und empfiehlt sich mit seinem „virtuellen Klassenzimmer“ namens Teams als seriöse Alternative zu Zoom.

Mit Erfolg: In den USA haben erste Bundesstaaten die Nutzung von Zoom für den virtuellen Unterricht untersagt und die Nutzung von Teams empfohlen. Der Unternehmer und Milliardär Elon Musk, Besitzer des Automobilherstellers Tesla und des Raumfahrtunternehmens SpaceX, hat Zoom mittlerweile per Anordnung von den Firmen-Rechnern verbannt. Auch die Raumfahrtbehörde NASA, einer der größten Kunden von SpaceX, zog nach.

Längst ist die Debatte auch in Deutschland angekommen. „Solange es dem Unternehmen nicht gelingt, die Vorwürfe zu entkräften, kann man Zoom nicht als Videokonferenzdienst empfehlen“, sagte der digitalpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Tankred Schipanski (CDU), dem „Handelsblatt“.

Zoom nicht mehr empfohlen

In der Firmenzentrale im kalifornischen San Jose wächst die Nervosität. Geleitet wird Zoom Video Communications von dem gebürtigen Chinesen Eric Yuan.

Als in seiner Heimat die Corona-Pandemie ausbrach, öffnete er seinen Dienst für chinesische Nutzer, ohne die Sicherheitsbestimmungen anzupassen. Das könnte sich als fataler Fehler erwiesen haben. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Drehkreuz Leipzig boomt

Leipzig – Während weltweit Airports wegen des Rückgangs im Luftverkehr nur noch im Minimalbetrieb laufen, herrscht am Flughafen Halle/Leipzig reger Flugbetrieb. Wie auf anderen Flugplätzen sind auch dort die Passagierflüge ausgesetzt, allerdings läuft der Frachtverkehr uneingeschränkt weiter. Bereits vor der Corona-Krise hatten Frachtflieger einen Großteil der Flugbewegungen am Flughafen an der Grenze zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt ausgemacht. Mit seinem Angebot an Frachtflügen in Richtung China profitiert Halle/Leipzig aktuell stark von den Lieferungen medizinischer Schutzausrüstungen von Asien nach Europa. Der Flughafen ist eines von weltweit drei Luftfahrt-Drehkreuzen des Logistikkonzerns DHL. Laut einem Bericht der „Deutschen Verkehrs-Zeitung“ erwägt auch der Online-Händler Amazon den Standort in Mitteldeutschland zu einem Drehkreuz für die Frachtflieger von Amazon Air zu machen. *N.H.*

Polen verlangt Garantien

Berlin – Polens staatliche Luftfahrtholding PGL ist von dem bereits beschlossenen Kauf des deutschen Ferienfliegers Condor zurückgetreten. Die Muttergesellschaft der polnischen Fluglinie LOT hatte den Kauf von finanziellen Garantien abhängig gemacht, die einer vollständigen Absicherung des Geschäfts durch den Bund gleichgekommen wäre. Die Bundesregierung soll als Alternative zum Verkauf nach Polen nun eine vorübergehende Verstaatlichung von Condor erwägen. Der Verkaufsprozess könnte wieder aufgenommen werden, wenn sich die Lage auf dem Luftfahrtmarkt bessert. Condor war seit Mitte März in Aktionen des Auswärtigen Amtes eingebunden, mit denen Deutsche zurückgeholt wurden, die während der Corona-Pandemie im Ausland festsaßen. Derzeit transportiert Condor mit Frachtflügen Mundschutzmasken von China nach Deutschland und führt Sonderflüge für osteuropäische Erntehelfer durch. *N.H.*

Euro wird stark abwerten

Köln – Der frühere Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, fürchtet infolge einer weiteren Schulden-Vergemeinschaftung in der Eurozone steigende Inflationsraten und eine Abwertung des Euro gegenüber anderen Währungen wie dem Dollar und gegenüber Gold. Mayer, der heute die Denkfabrik der Vermögensverwaltung Flossbach von Storch in Köln leitet, erwartet, dass sich die Befürworter von „Corona-Bonds“ in der Euro-Zone früher oder später durchsetzen werden. Damit wäre für Italien und andere das Tor zur schrankenlosen Verschuldung auf Kosten anderer, etwa Deutschlands, geöffnet. An den Märkten würde dies dazu führen, dass der Euro an Wert verliert, so Mayer in der „Wirtschaftswoche“. In einem anderen Artikel hält Mayer es in diesem Falle sogar für möglich, dass der Euro auf das Stabilitätsniveau der Währung eines Schwellenlandes wie Mexiko absinkt. *H.H.*

KOMMENTAR

Verkehrte Fronten

ERIK LOMMATZSCH

Krisen treiben oft seltsame Blüten. Dies gilt auch für Corona. Auffällig ist in diesen Tagen und Wochen eine gewisse Anzahl von Stimmen, deren Tonlage so gar nicht zu dem passt, was noch kurz zuvor von ihnen zu vernehmen war.

Da wäre beispielsweise Heribert Prantl, studierter Jurist, langjährig tonangebend bei der „Süddeutschen Zeitung“ und nicht bekannt dafür, gegen die rot-grüne Gesinnungslage anzuschreiben. In einer Videokolumne zu den Vorgängen um die Wahl von Thomas Kemmerich zum thüringischen Ministerpräsidenten im Februar äußerte er etwa: „Am Tag von Erfurt ist aus der wehrhaften eine ehrlose Demokratie geworden.“ Oder: „Der Rücktritt war bitterlich notwendig. CDU und FDP hatten sich in das dreckige Spiel der AfD hineinziehen lassen, vielleicht hatten sie es auch aktiv mitgespielt.“

Bezüglich des Begriffs der Demokratie oder gar der Verfassung hat der Kommentator hier offenbar das eine oder andere durcheinandergebracht.

Aus unerwarteter Richtung

Die Corona-Krise, landläufig eher verbunden mit gesundheitlichen Problemen, scheint bei Herrn Prantl nun eine Art geistige Heilung bewirkt zu haben. Ganz neue Linien finden sich da in einem Anfang April veröffentlichten NDR-Kommentar. So beklagt er, die „Bürgerrechte, die Grundrechte, die Freiheitsrechte wurden und werden in einem hohen Tempo und beispiellos umfassend ausgesetzt“. Schulen, Kirchen, Gaststätten, Geschäfte seien geschlossen, die Bewegungsfreiheit aufgehoben, das Recht auf Eigentum suspendiert, es gebe Kontaktverbote und Kommunikationssperren.

Prantl stellt fest: „Und es gibt kaum Protest dagegen und keine Demonstrationen; Letztere sind ja verboten. Es ist schlimmer, als man sich das in der noch jungen Bundesrepublik ausmalte, in der Zeit als … gegen die Notstandsgesetze demonstriert wurde. Demonstrieren – das konnte man damals, das tat man damals.“ Hier habe sich eine Streitkultur entwickelt, jetzt passiere das Gegenteil, nun „verschwinden Kritik und Protest“.

Völlig zu Recht sagt Prantl: „Was eigentlich Irrsinn ist, gilt nun, wegen Corona, als sinnhaft, als alternativlos, als absolut geboten. Das Virus hat nicht nur Menschen befallen, sondern auch den Rechtsstaat. Der Ausnahmezustand, der Notstand lugt nicht mehr nur um die Ecke, er ist da.“ Man nenne ihn eben nur „Shutdown“, das klinge gefälliger. Und dies alles auf „schwacher rechtlicher Grundlage“. Verwundert zeigt er sich, wie dies alles hingenommen wird.

All diese Feststellungen sind nicht wirklich originell, sie wurden auch schon andernorts getroffen. Originell ist aber, dass sie der Feder beziehungsweise dem Mund von Prantl entströmen. Bis vor Kurzem wollte er doch selbst gern noch festlegen, für wen bestehende Gesetze gelten und wer trotz Verfassungskonformität ein „dreckiges Spiel“ betreibt.

Der Sinneswandel ist nicht auf Prantl beschränkt. Juli Zeh, Bestsellerautorin, ebenfalls Juristin, ehrenamtliche Richterin am Brandenburger Verfassungsgericht, die selbst gern politisch Stellung nimmt, äußerte sich unter anderem im Jahr 2019 zu der „Erklärung 2018“. Der Aufruf wandte sich gegen illegale Masseneinwanderung und rief zur Wiederherstellung der rechtsstaatlichen Ordnung auf. In den Augen von Juli Zeh hatten sich hier allerdings lediglich „rechte Intellektuelle“ zusammengeschlossen, „eine weitere Radikalisierung“ sei eingeleitet worden.

In der gegenwärtigen „Krise“ ruft die Autorin nun plötzlich selbst nach der Wiederherstellung von rechtsstaatlicher Ordnung – einer Ordnung, die offenbar doch einen gewissen Wert hat. Der Deutschlandfunk zitiert aus einem Interview, in dem die Schriftstellerin beklagte, bedenklich finde sie derzeit Tendenzen, die Bürger durch eine „Bestrafungstaktik“ einzuschüchtern. Zudem habe sie gesagt, „zurzeit werde tief in die Grundrechte der Bürger eingegriffen, ohne dass die Rechtsgrundlage geklärt wäre.“

Erstaunliches auch von ganz anderer Seite. Die „Junge Freiheit“ redet neuerdings Strafverschärfungen für „Corona-Sünder“ das Wort. Ende März hieß es: „So müssen nun alle die Konsequenzen tragen, weil einige wenige nicht in der Lage sind, drei Wochen nicht auszugehen.“ Selbst aus der AfD kommt Kontrollunterstützung. Denn um nichts anderes als Staatsüberwachung würde es sich bei einem „Corona-Immunitätsregister“ handeln, für das sich der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Leif-Erik Holm ausgesprochen hat.

Rufe zur Freiheit, Rufe zur Einschränkung – im Zeichen von Corona aus unerwarteten Richtungen.

Wo andere handeln, macht er sich die Haare schön: Grünen-Chef Robert Habeck zu Ostern auf seinem Instagram-Account.
Foto: Instgram / Robert Habeck

LEITARTIKEL

Eine Partei auf Normalmaß

RENÉ NEHRING

Eine Krise wie die Corona-Pandemie hat auch ihr Gutes. Denn sie schärft den Blick für das Wesentliche – und sie offenbart, was beziehungsweise wer weniger wichtig ist, als es im Alltag oft den Anschein hat.

Auf die Politik übertragen gilt dies derzeit für kaum eine Gruppierung so sehr wie für die Grünen. Nachdem die Partei bei der letzten Bundestagswahl 2017 mit 8,9 Prozent der Stimmen als kleinste Fraktion in den Deutschen Bundestag eingezogen war, wurde sie von den Medien nicht etwa entsprechend ihrer gesunkenen Bedeutung weniger berücksichtigt, sondern – zumal von den öffentlich-rechtlichen Kollegen – in einem einzigartigen Ausmaß hofiert, um nicht zu sagen: „gehypt“.

Vor allem nach der Wahl der Doppelspitze Annalena Baerbock und Robert Habeck im Januar 2018 gab es kaum noch eine Tagesschau- oder Heute-Sendung und kaum noch eine Talkshow, in denen nicht einer von beiden zu Gast war oder für einen Kommentar hinzugeschaltet wurde. Ohne Widerspruch der Moderatoren durfte Baerbock mit schriller Stimme ihre eigenen Ansichten verkünden und die Meinungen der politischen Wettbewerber abkanzeln. Und Habeck konnte – ebenfalls ohne kritische Einwände – seine Ansichten zu den großen Fragen der Zeit verkünden. Nicht wenige Journalisten träumten bereits vom ersten grünen Bundeskanzler.

Umso auffälliger nun das laute Schweigen der Grünen in der Corona-Pandemie. Natürlich sind Krisen fast immer Zeiten der Exekutive. Während die Regierungen Hilfsmaßnahmen verkünden und somit Handlungsfähigkeit demonstrieren können, ist die Opposition zum Ausharren am Rande gezwungen. Und während auf die Lippen der Regierenden die Kameras und Mikrofone der Berichterstatter sowie die Augen und Ohren der Bürger gerichtet sind, wird von der Opposition zumeist erwartet, auf Kritik an den Verantwortlichen zu verzichten und in den Tagen der Not zusammenzustehen. Die einzige Ausnahme wäre ein Totalausfall der Regierung, doch das ist derzeit nicht der Fall.

> Kein grüner Politiker, der den Menschen in dieser Zeit Orientierung gibt

Andererseits stellt sich die Frage, ob die Grünen im Deutschland des Jahres 2020 überhaupt noch eine Oppositionspartei sind? Denn anders als AfD, FDP und Die Linke regieren sie mit ihren Koalitionsbeteiligungen in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen in elf von 16 Bundesländern mit. Auf mehr kommen auch die Union und die Sozialdemokraten nicht. Um so erstaunlicher ist das derzeitige Schweigen von Habeck, Baerbock & Co: Kein grüner Bundespolitiker oder Landesminister vor den Mikrofonen, der den Menschen in dieser Zeit großer persönlicher Einschnitte Orientierung gibt.

Dass es dafür gar nicht so sehr auf ein Regierungsamt ankommt, zeigt der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach, der mit seiner spröden Stimme zwar immer kurz davor ist, seine Zuhörer in den Schlaf zu reden, in der Sache jedoch Kompetenz ausstrahlt und mit den Experten aus der Wissenschaft auf Augenhöhe diskutieren kann. Wer von den Grünen ist dazu in der Lage? Laut Website der Bundestagsfraktion heißt deren gesundheitspolitische Sprecherin übrigens Maria Klein-Schmeink. Schonmal gehört?

So entlarvt die Corona-Krise so manche Inszenierung der jüngsten Zeit – und setzt verklärte Akteure in ein realistischeres Licht. Bezogen auf die Grünen zeigt sich, dass sie auch 40 Jahre nach ihrer Gründung eine Partei der wenigen Themen sind; ein Bündnis der Besserverdienenden in einer Wohlstandsgesellschaft, die anderen gern Enthaltsamkeit vom Überfluss predigt – und in Stunden echter Bewährung kaum etwas zu sagen hat.

Die Bürger haben offenkundig ein feines Gespür dafür. In jüngsten Meinungsumfragen fiel Bündnis 90/Die Grünen hinter die seit Jahren schwächelnden Sozialdemokraten zurück. Von einem Bundeskanzler Robert Habeck spricht derzeit niemand.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Ein möglicher Krisen-Profiteur

Die Briten haben gerade ganz andere Sorgen, als sich Gedanken um den neuen Vorsitzenden der Labour-Partei zu machen. Die Pandemie hält die Insel fest im Griff. Als dann auch noch Premier Boris Johnson wegen Corona im Krankenhaus war, ging die Nachricht völlig unter, dass **Keir Starmer** zum Nachfolger des charismatischen Oppositionsvorsitzenden Jeremy Corbyn gewählt wurde.

Dabei könnte Starmer von der Krise politisch profitieren. Durch die nach dem wirtschaftlichen Stillstand absehbar ansteigende Arbeitslosigkeit könnte Labour bei vielen Wählern wieder plötzlich so attraktiv werden, wie es die Partei seit 15 Jahren nicht war. So lange ist Labour in der Opposition, wobei Corbyn die Partei mit seinem radikalen Links- und widersprüchlichen Brexit-Kurs bei den Unterhauswahlen im vergangenen Dezember mit dem schlechtesten Ergebnis seit 1935 vollends an die Wand gefahren hat.

Der 57-jährige Starmer, der als EU-Befürworter für ein zweites Brexit-Referendum warb, wird die Partei zukünftig wieder mehr in der politischen Mitte verankern. Er selbst stammt aus einer südenglischen Arbeiterfamilie, schaffte es aber dank guter Noten als Jurastudent bis an die Elite-Universität von Oxford. Anschließend arbeitete er für eine große Londoner Anwaltskanzlei für Menschenrechte. Bevor er in die Politik ging und seit 2015 für Labour im britischen Parlament sitzt, war er von 2008 bis 2013 Direktor der britischen Generalstaatsanwaltschaft, wofür er 2014 geadelt wurde und sich seither Sir Keir nennen darf – seine Eltern hatten ihn nach dem Gründer der Labour-Partei, Keir Hardie, benannt.

FOTO: IMAGO IMAGES/ IMAGES

Neuer Labour-Chef: Keir Starmer

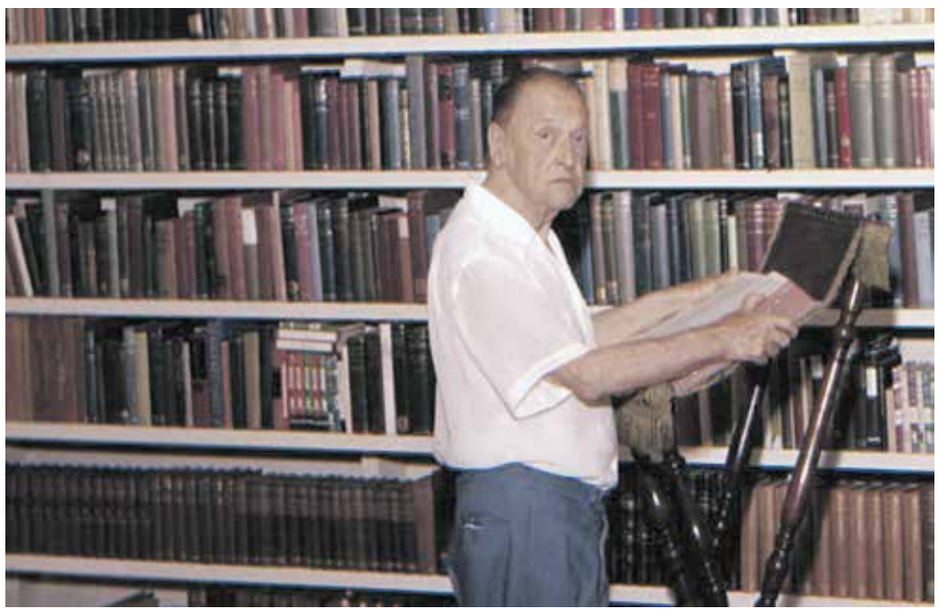
Vor den Wahlen war Starmer Schattenminister für den Brexit unter Corbyn. Jetzt muss er erst einmal aus dem Schatten von Corona treten. *Harald Tews*

Endlich Zeit für Lektüre

Was tun in den Wochen des Nichtstuns? Vielleicht einmal ein paar alte englische Klassiker ausgraben

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Der weitgereiste britische Schriftsteller William Somerset Maugham (1874–1965) beginnt seine Erzählung „Honolulu“ mit dem Satz: „Der kluge Mensch reist nur in Gedanken.“ Man sollte darin kein Paradoxon sehen, denn jede Medaille hat bekanntlich zwei Seiten. Es lohnt sich, diesen Hinweis wörtlich zu nehmen und in Zeiten geschlossener Buchhandlungen und Bibliotheken die – sofern noch vorhanden – verstaubten Bücher von Somerset Maugham sowie anderer großartiger englischer Erzähler des Zeitraums spätes 19. bis Mitte 20. Jahrhundert aus dem eigenen Bücherregal zu holen und wieder zu lesen oder neu zu entdecken.



Fast vergessene Klassiker: William Somerset Maugham in seiner Bibliothek; Daphne du Maurier (unten l.), Thomas Hardy (unten r.) *Fotos: imago/Leemage (2), action press*

Für diese alten Meister gilt, was man bei der Gegenwartsliteratur oft vermisst: Es öffnet sich ein weiter Raum – die Reise kann beginnen. Einige Namen seien an dieser Stelle genannt: „Dschungelbuch“-Autor Rudyard Kipling (1865–1936), John Galsworthy (1867–1933), Schöpfer der monumentalen „Forsyte-Saga“, die neuseeländische Erzählerin Katherine Mansfield (1888–1923) sowie der durch den Roman „Wiedersehen mit Brideshead“ noch heute bekannte Arthur Evelyn Waugh (1903–1966). Die wichtigsten der ins Deutsche übersetzten Werke dieser Autoren sind im Internet bei Ebay, Amazon oder Booklooker bestellbar.

Nutzen wir also die verordnete Häuslichkeit und blicken mit den englischen Klassikern zurück in eine untergegangene Epoche, die noch vom Gentleman-Ideal und der Wahrung von Standesunterschieden geprägt war, während sich die Globalisierung bereits unaufhaltsam ihren Weg bis in die entlegensten Winkel der Erde bahnte. Die Berichte der Literaten über menschliche Verhaltensweisen wurden nicht nur zur puren Unterhaltung verfasst. Mit ihrer Gesellschaftskritik, der Behandlung existenzieller Fragen und einer bisweilen bitteren Ironie oder Satire ergeben sich Parallelen zu zeitgenössischen Texten. Vertreten sind auch rein humoristische Darstellungen mit ihrem typisch englischen Humor.

Manches erinnert an heutige Verhältnisse. Feinsinnig schildert Daphne du Maurier (1907–1989) in ihrem Roman „Die Parasiten“ von 1949 die Entwicklung einer Patchwork-Familie. Drei Halbgeschwister, zwei Schwestern und ein Bruder, begleiten ihre Eltern, ein berühmtes Künstlerehepaar, auf ihren jährlichen Tourneen durch viele Länder und Kontinente. Der gefeierte Sänger und seine Ehefrau, eine begnadete Tänzerin, sind tragischerweise außerstande, ihren Kindern emotionalen Rückhalt zu bieten.

Ersatzweise bilden die Geschwister – künstlerisch ebenfalls hochbegabt – eine unverbrüchliche Einheit, die sie bis in die mittleren Jahre ihres Erwachsenenalters durchträgt. In dem Moment, als die Handlung einsetzt, wird die Gemeinschaft der Geschwister durch eine Intervention gestört, und es muss sich nun zeigen, wer von den Dreien sich als „echte“ Persönlichkeit und stark genug für ein autarkes Leben erweist.

Subtile Katastrophen

Die subtil psychologisierende Handlung wird in Rückblenden erzählt. Anders als in ihren unter anderem von Alfred Hitchcock verfilmten Werken mit schauerromantischen Effekten („Rebecca“, „Die Vögel“ und „Dreh dich nicht um“, Filmtitel in der Regie von Nicolas Roeg: „Wenn die Gondeln Trauer tragen“) zeigt die Autorin in diesem Familiendrama ihre modernen, zeitbezogenen Anliegen.

Wie du Maurier war auch William Somerset Maugham bis ins hohe Alter als Romancier, Erzähler und Dramatiker überaus produktiv. Zu seiner Zeit zählte er zu den bedeutendsten Schriftstellern der Welt. Insgesamt veröffentlichte er 78 Bücher, darunter etliche Erzählungen, in denen er seine Reiserlebnisse verwertete. In seinen faszinierenden Südsee-Geschichten sind Engländer und Amerikaner als Kolonialverwalter und Geschäftsleute die Hauptfiguren, während die einheimischen Menschen nur als Statisten in einer traumhaften Landschaft in Erscheinung treten.

In „Regen“ entlarvt der Autor einen fundamentalistischen Missionar als fanatische Persönlichkeit. Gespannt verfolgt man dessen wachsende Einflussnahme auf eine Frau, die zufällig mit ihm in einem Küstenort zusammentrifft.

„Auf vorgeschobenem Posten“ handelt von einem englischen Snob, der sein Erbe verprasst hat und notgedrungen einen Posten als Kolonialverwalter in Malaysia angenommen hat. Der einzige Landsmann in der kleinen Siedlung an der Lagune verachtet ihn wegen seiner steifen Förmlichkeit. Jedoch hat der Protagonist in der neuen Umgebung Eigenschaften entwickelt, die den Leser immer mehr für ihn einnehmen. Indessen beschwört sein Gegenpart durch sein brutales Verhalten gegenüber den Einheimischen eine Katastrophe herauf.

In der englischsprachigen Welt ist er mindestens ebenso berühmt wie Charles Dickens: Thomas Hardy (1840–1928), dessen bekannteste Werke wie „Tess von den d’Urbervilles“ oder „Herzen in Aufruhr“ zum festen Kanon der britischen Literatur gehören. Auch Hardy war ein moderner Typus, dem es um das Aufbrechen von Konventionen in einer Zeit des Umbruchs ging. Wer jetzt Aufmunterung braucht, sollte sich seinen frühen, weniger bekannten Romanen zuwenden. Empfohlen sei der 2015 verfilmte, herrlich detailreiche Roman „Am grünen Rand der Welt“ aus dem Jahr 1874.

SEUCHEN-BESTSELLER

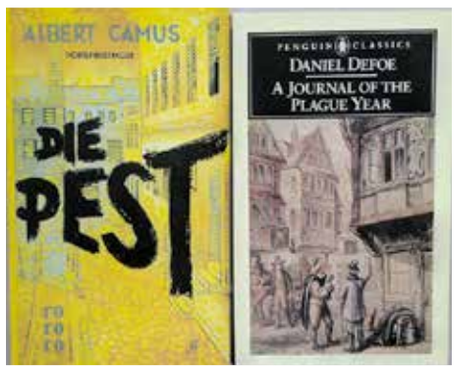
So viel wert wie Toilettenpapier

Albert Camus’ Roman „Die Pest“ ist in diesen Tagen so viel wert wie eine Rolle Klopapier. Das ist keineswegs despektierlich gemeint. Ähnlich wie die Leute in den Supermärkten um jede Packung des begehrten Abwischpapiers kämpfen, reißen sich die Leser in Corona-Zeiten um den 1947 erschienenen Roman.

Die Nachfrage nach dem Buch, das es in Frankreich wieder in die Bestsellerlisten geschafft hat, ist auch hierzulande enorm. Gebrauchte Exemplare werden im Internet zu horrenden Preisen gehandelt. Die 90. Neuauflage lässt der Rowohlt-Verlag für 12 Euro pro Taschenbuch gerade drucken. Von diesem Sonnabend an ist es zum Beispiel über Amazon lieferbar.

Camus selbst hat einen Pestausbruch nie miterlebt. Die fiktive Ausbreitung der Seuche im algerischen Oran erinnert mit seinen Entwicklungsstufen – Kontakt- und Ausgangssperre, Solidarität der Menschen – nur vordergründig an Covid-19. Hintergründig steht die Pest für die Ausbreitung des Nationalsozialismus und den Widerstand (Résistance) dagegen.

Sehr viel authentischere Erzählungen lieferten der „Robinson Crusoe“-Autor Daniel Defoe mit seinem „Bericht über das Pestjahr“ im London des Jahres 1665 und Alessandro Manzoni mit seinem Roman „Die Verlobten“ (in neueren Übersetzungen „Die Brautleute“). Seine grandiose Schilderung der Pest im Jahre 1630 findet dort statt, wo gerade Corona in Italien am meisten wütet: in Mailand beziehungsweise der Lombardei. *H. Tews*



Sind gerade Gold wert: Camus’ „Die Pest“ und Defoes Pestbericht *Foto: tws*

KUNST-NACHLASS

Das Erbe des „Gottbegnadeten“

Enkelin des Bildhauers Georg Kolbe hinterlässt dem Berliner Kolbe-Museum großes Brief- und Fotomaterial

Durch die Pandemie-Berichterstattung fallen große Kulturthemen fast unter den Tisch. So hat das Berliner Georg-Kolbe-Museum von der Öffentlichkeit fast unbemerkt einen Nachlass erhalten, der sich als Sensation erweisen kann. Als Erbe der Kolbe-Enkelin Maria von Tiesenhausen, die im vergangenen Sommer 90-jährig in Kanada starb, erhielt das Museum 108 Umzugkartons. Darin befindet sich ein entscheidender und bisher vollkommen unbekannter Teil des Nachlasses des Bildhauers Georg Kolbe (1877–1947). Es handelt sich um über 3000 Briefe von und an Kolbe, Notizhefte und Taschenkalender aus den Jahren 1933 bis 1947, 50 Fotoalben, über 3000 historische Fotografien, sowie mehr als 100 originale Zeichnungen, Aquarelle und Skulpturen des Bildhauers.

Zum Bestand gehören Korrespondenzen mit den Protagonisten des Kunsthandels aus der Zwischenkriegszeit (unter anderem Briefe von Alfred Flechtheim oder der Galerie Vömel), die vertieften Aufschluss über die Kunstmarktpolitik dieser Jahre geben werden. Des Weiteren finden sich umfangreiche private Korrespondenzen zwischen Kolbe und seiner Frau Benjamine sowie mit seinem Bruder Rudolf, der als Architekt in Dresden beschäftigt war. Briefe von Künstlerkollegen wie Max Pechstein oder Else Lasker-Schüler und Korrespondenzen mit Institutionen (Städel Frankfurt), Sammler (Rockefeller, New York) und Kunsthistorikern bereichern den komplexen Bestand.

FOTO: GEORG KOLBE MUSEUM/N. HAUSSER, 2020

Aus dem Nachlass: Ein Brief von Max Pechstein an Georg Kolbe aus dem Sommer 1920

Der Nachlass übersteigt das im Kolbe-Museum vorhandene schriftliche und fotografische Material und könnte helfen, den Lebensweg des Künstlers vollständig zu dokumentieren. Das wird für die kritische Aufarbeitung seines Lebens und Wirkens in der Zeit des Nationalsozialismus von immenser Bedeutung sein.

Denn in der NS-Zeit spielte Kolbe eine undurchsichtige Rolle. Obwohl von ihm keine Sympathien für die Machthaber belegt sind, konnte er in der Zeit eine eindrucksvolle Karriere machen. Einerseits war er der letzte Präsident des 1936 aufgelösten Künstlerbundes, der sich auch für „entartete“ Künstler engagierte. Andererseits gehörte Kolbe zu den „gottbegnadeten“ Künstlern, die vom Wehrdienst befreit waren. Dank dieser Protektion schuf er Plastiken für das Berliner Olympiastadium und eine Porträtbüste des Diktators Franco. Der Nachlass könnte das bisherige Bild von Kolbe als unpolitischem Künstler deutlich trüben. *H. Tews*

MELDUNG

Kollwitz starb vor 75 Jahren

Berlin – Den Gedenktag zum 75. Todestag der Königsberger Künstlerin Käthe Kollwitz hätten sich die Kollwitz-Häuser in Berlin, Köln, Moritzburg bei Dresden – dort starb die Bildhauerin am 22. April 1945 – und im belgischen Koekelare – das sich dem dort in der Nähe im Ersten Weltkrieg gefallenen Kollwitz-Sohn Peter widmet – anders vorgestellt. Wegen Corona fallen Veranstaltungen zum Todestag aus. So musste das Kölner Kollwitz-Museum den ersten Teil seiner Schau „Liebe und Lassenmüssen ...“ vorzeitig abbrechen. Der zweite Teil zum Thema „Liebe“ in Kollwitz’ Werk soll am 5. August starten. Das Berliner Kollwitz-Museum, das voraussichtlich bis 19. April geschlossen bleibt und das 2022 in den Theaterbau des Schlosses Charlottenburg umziehen wird, präsentiert dafür im Internet „Käthe Kollwitz – Mutter und Kind“ auf digitale Weise (www.kaethe-kollwitz.de). *tws*

GROSS-BERLIN-GESETZ

Die Stadt erhält ihr heutiges Territorium

Wie viele andere europäische Metropolen wuchs auch Preußens Hauptstadt durch die und während der Industrialisierung. Dieses gilt insbesondere für die Zeit nach der Reichsgründung, die Berlin zur Hauptstadt der mächtigsten Macht Kontinentaleuropas gemacht hatte.

Der Vergrößerung der Metropole stand jedoch zu Zeiten der Monarchie keine Vergrößerung der politischen Gebietskörperschaft gegenüber. Zwei Gründe seien hier genannt. Zum einen galt Berlin aufgrund des großen Anteils der Industriearbeiterschaft als „rot“. Und das Königreich Preußen hatte kein Interesse daran, das „rote“ Berlin durch einen Gebietszuwachs zu stärken und zu einem roten „Staat im Staate“ aufzubauen. Zum anderen hatte Berlin schon damals wie viele Großstädte einen Speckgürtel, und die bürgerlich geprägten, wohlhabenden Randgemeinden hatten sowohl aus finanziellen als auch aus politischen Gründen kein Interesse daran, einer „roten“, weniger wohlhabenden Großstadt mit deren sozialen Problemen zugeschlagen zu werden.

Einen großen Schritt in Richtung Groß-Berlin bedeutete die Novemberrevolution mit ihrem Erstarken der Linken. Zum einen hatte die Linke naheliegenderweise nichts gegen ein Erstarken des „roten“ Berlin. Zum anderen ist die Linke prinzipiell Zentralismus-freundlicher als die Rechte. Nicht umsonst war die Weimarer Republik zentralistischer als das Kaiserreich.

Trotzdem war die Schaffung Groß-Berlins nun nicht etwa ein Selbstgänger, schwächte sie doch etwa die benachbarte Provinz Brandenburg. So scheiterten in der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung zwei Abstimmungen zum sogenannten Groß-Berlin-Gesetz.

Um eine dritte Niederlage zu verhindern, kam Berlins parteiloser Oberbürgermeister Adolf Wermuth den Skeptikern noch mehr entgegen. Nachdem er vorher bereits auf die von der SPD favorisierte zentralistische Strukturierung zugunsten starker Bezirke verzichtet hatte, wie sie heute noch für Berlin typisch sind, verzichtete er nun auch noch auf den auf manche provozierend wirkenden Begriff „Groß-Berlin“. So wurde aus dem Groß-Berlin-Gesetz, wie es inoffiziell heute noch heißt, offiziell das „Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin“.

Dieses Gesetz nun erhielt vor 100 Jahren, am 25. April 1920, in der Landesversammlung eine linke Mehrheit aus Unabhängigen und Mehrheitssozialdemokraten sowie linksliberalen Deutschdemokraten. 164 Abgeordnete stimmten dafür, 148 dagegen, fünf enthielten sich. Am 1. Oktober des Jahres trat das Gesetz in Kraft. Berlins Territorium verdreizehnfachte sich dadurch auf seine heutige Größe.

Manuel Ruoff

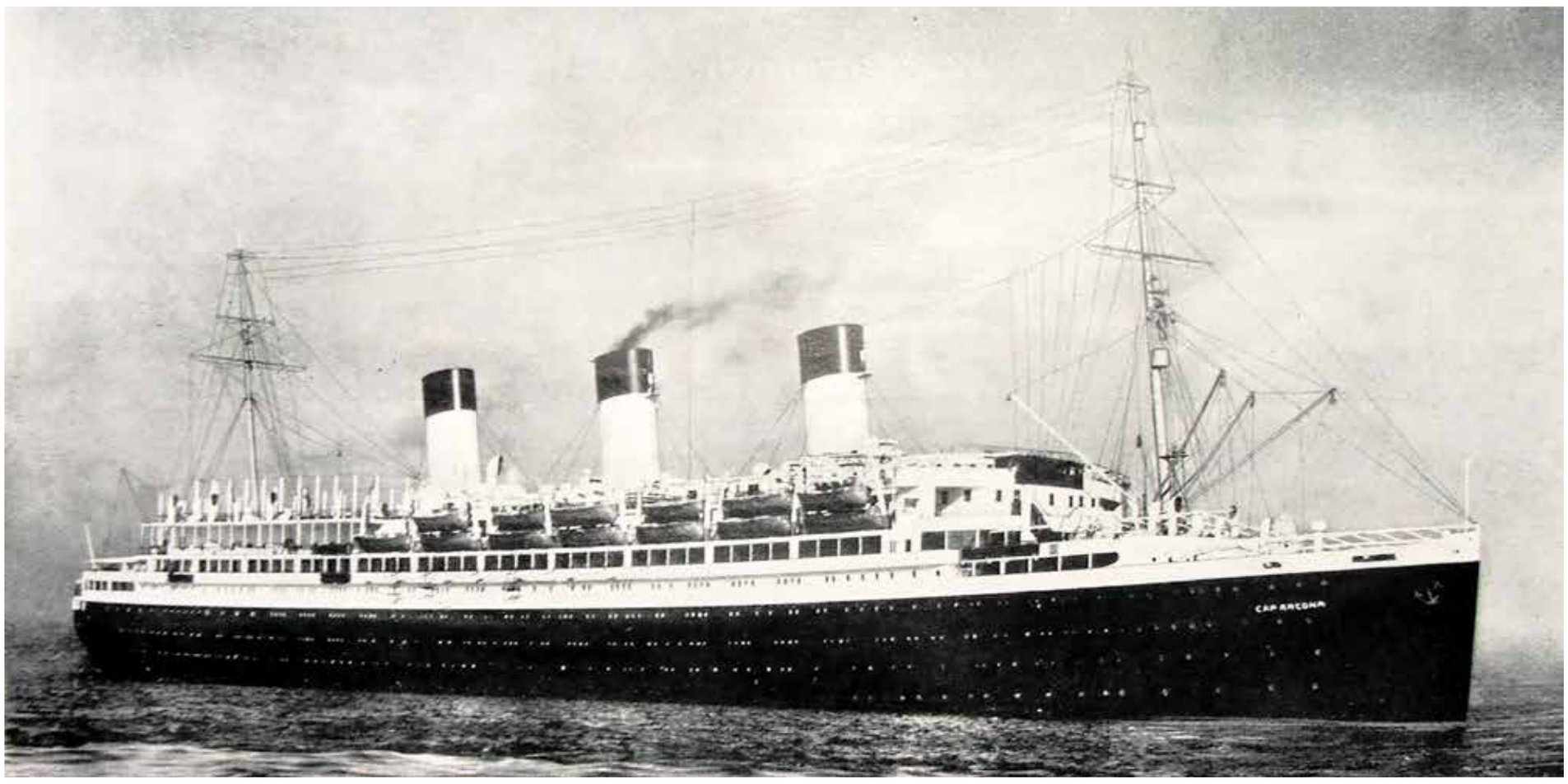
FOTO: USER:XYBOI

Berlin vor (dunkelrot) und nach (dunkelrot und rosa) 1920

VERSENKUNG DER „CAP ARCONA“

Die ersehnten Retter trugen vielfachen Tod in die Neustädter Bucht

Die Tragödie der KZ-Häftlinge aus Neuengamme und Stutthof nur wenige Tage vor Ende des Krieges



Ein Bild aus besseren Tagen: Die Cap Arcona im Jahre 1927 *Foto: Fachzeitschrift „Werft*Reederei*Hafen“ 1927*

VON KLAUS J. GROTH

Mit den ersehnten Rettern kam der Tod: Am 3. Mai 1945 versenkten britische Jagdbomber in der Neustädter Bucht die „Cap Arcona“ und die „Thielbek“. Auf beiden überfüllten Schiffen hofften KZ-Häftlinge auf ihre baldige Befreiung. Stattdessen kam es wenige Tage vor Ende des Krieges zu einer der größten Schiffskatastrophen.

Auf ihren letzten Reisen hatte die „Cap Arcona“ als Flüchtlingsschiff gedient. In der Nacht zum 4. Februar war sie in Gotenhafen ausgelaufen, an Bord 13000 Flüchtlinge in höchster Not, die in den einst hocheleganten Festräumen, in Kabinen und Gängen einen Patz gesucht hatten. Der frühere Luxusdampfer, Flaggschiff der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft, war im September 1939 der Kriegsmarine unterstellt worden.

Damit endete der glanzvolle Teil der Geschichte der zeitweiligen „Königin des Südatlantiks“. Ihre Jungfernreise 1927 nach Buenos Aires war beworben worden mit dem Versprechen „Elegantes Leben, heitere Geselligkeit, Sport und Baden an Bord“. Davon blieb nur die prunkvolle Ausstattung, als die „Cap Arcona“ samt Besatzung Teil der Kriegsmarine wurde. Das Schiff wurde nach Gotenhafen verlegt, wo es als Wohnschiff diente. Anfang 1945, nach Beginn der sowjetischen Winteroffensive, wurde die „Cap Arcona“ umgebaut, um möglichst viele Flüchtlinge und Verwundete zu transportieren. 6000, vielleicht auch 7000 Flüchtlinge werde das Schiff aufnehmen können, war geschätzt worden. Als mehrere Schlepper den Dampfer in der Nacht zum 4. Februar aus dem Hafen bugsierten, befanden sich 12000 oder 13000 Menschen an Bord, genau wusste das niemand.

Vier Angriffswellen mit Jabos

Wenige Tage zuvor, am 30. Januar, hatte die „Wilhelm Gustloff“ Gotenhafen verlassen, an Bord 10300 Menschen, überwiegend Flüchtlinge. Drei Torpedos eines sowjetischen U-Bootes hatten das Schiff versenkt, dabei starben 9300 Menschen. Die Tragödie der „Wilhelm Gustloff“ war bekannt, als die „Cap Arcona“ auf dem Weg war. Sie wurde auf einem anderen Kurs gesteuert, geriet aber dennoch unter Beschuss eines sowjetischen U-Bootes. Die Torpedos verfehlten ihr Ziel, das Flüchtlingsschiff erreichte die Neustädter Bucht und ankerte auf Reede. Nach Neustadt einlaufen konnte es nicht, es war zu groß. Barkassen brachten die Menschen an Land.

Die „Thielbek“ wurde mit getroffen

Die „Cap Arcona“ sollte eine weitere Fahrt machen, aber der Kapitän erklärte, das Schiff sei nicht mehr fahrtüchtig. Der Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann, zugleich Reichskommissar für Schifffahrt, entwickelte den Plan, das festliegende Schiff als Unterkunft für KZ-Häftlinge aus Neuengamme und Stutthof bei Danzig zu nutzen. Die Lager sollten geräumt werden, bevor die feindlichen Truppen kommen. Das ließ sich nicht umsetzen, solange die „Cap Arcona“ der Kriegsmarine unterstand.

Reichskommissar Kaufmann ließ den Maschinendefekt überprüfen. Kurz nachdem der Prüfer das Schiff am 20. Februar verlassen hatte, wurde der Kapitän erschossen in seiner Kajüte aufgefunden. Ob der Tod in Zusammenhang mit den Plänen stand, aus der „Cap Arcona“ ein KZ-Schiff zu machen, wurde nie geklärt.

Ein neuer Kapitän kam am 1. März an Bord. Heinrich Bertram hatte schon mehrere Flüchtlings- und Verwundetentransporte über die Ostsee gebracht. Den gleichen Auftrag erhielt er jetzt wieder. Noch einmal brachte er 9000 Verwundete und 2000 Flüchtlinge von Hela nach Kopenhagen. Dann war der Antrieb wieder defekt, Schiff und Kapitän wurden nach Neustadt befohlen. Die Kriegsmarine musterte das Schiff aus und unterstellte es dem Reichskommissar Kaufmann. Da an eine Fahrt nicht mehr gedacht wurde, reduzierte man die Mannschaft von 250 auf 70 Seeleute. Für die Nutzung als KZ-Schiff schien das den Verantwortlichen zu genügen. Gauleiter Kaufmann hatte zudem den Dampfer „Deutschland“ sowie die Frachter „Athen“ und „Thielbek“ beschlagnahmen lassen. Der Kapitän der „Cap Arcona“, Heinrich Bertram, weigerte sich mehrere Tage, KZ-Häftlinge an Bord zu nehmen, bis er mit sofortiger Erschießung bedroht wurde. Da erst konnten die ersten 2500 Häftlinge und 300 Bewacher an Bord gebracht werden. Schließlich waren am 29. April 7300 Menschen auf dem Schiff, davon 6500 Häftlinge. Alle hungerten, das Frischwasser reichte nicht. Angeblich hatte Heinrich Himmler mit dem Schweden Folke Bernadotte die Übernahme von Häftlingen ausgehandelt. Deren Zahl an Bord wuchs weiter.

Am 1. Mai erreichten die Briten Lübeck, die Häftlinge hofften, am nächsten Tag könnten sie in Neustadt sein. Eiligst hatte die „Thielbek“ mit Gefangenen Lübeck verlassen müssen. Die Royal Air Force (RAF) griff an der Ostseeküste wahllos Menschenansammlungen an. Die „Thielbek“ ging nahe der „Cap Arcona“ vor Anker. Mehr als 9000 Häftlinge befanden sich zu dieser Zeit auf den Schiffen.

Mit 200 Maschinen flog die RAF am 3. Mai einen Großangriff auf Schiffe in der Lübecker- und der Kieler Bucht, 23 versenkte sie. „Cap Arcona“ und „Deutschland“ lagen vor Neustadt. Die „Deutschland“ wurde bei der zweiten Angriffswelle schwer getroffen. Gegen die „Cap Arcona“ flog die RAF vier Angriffe mit ihren Jagdbombern (Jabos). Die „Thielbek“ versank nach 15 Minuten, die „Cap Arcona“ blieb nach mehreren Treffern brennend auf der Seite liegen, die Wassertiefe war zu gering. 6400 Häftlinge auf beiden Schiffen kamen ums Leben. Die meisten verbrannten oder ertranken. Viele, die um ihr Leben schwammen, wurden mit Bordwaffen erschossen. Ebenso wie die 2000 Häftlinge, die am Kai von Neustadt stehend, auf ihre Einschiffung warteten. Auch sie wurden niedergeschossen. Mehr als 8000 Menschen verloren an diesem Tag bei und in Neustadt ihr Leben.

Die als Befreier erwarteten Briten hatten nicht die weißen Betttücher erkannt, welche die Häftlinge an Bord der „Cap Arcona“ in letzter Not aus den Bullaugen gehängt hatten. Bis heute wird gemutmaßt, dass die Briten nach ihrem Einmarsch in Lübeck von der Hilfsaktion des Schwedischen Roten Kreuzes und dessen Schiffen im Hafen der Hansestadt erfahren, diese Information aber nicht weitergegeben hatten.

Über 8000 Tote insgesamt

Am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation, richtete der gerade gegründete „Britische Yachtclub Neustadt in Holstein“ eine Regatta aus. Wendemarken waren die Wracks der „Deutschland“ und der „Cap Arkona“.

Kurzporträts

FOTO: BUNDESARCHIV, BILD 146-1973-079-70 / UNKNOWN / CC-BY-SA 3.0

Hamburgs NS-Gauleiter, Reichsstatthalter, Führer der Landesregierung sowie Chef der Staats- und Gemeindeverwaltung **Karl Kaufmannn** war ab 1942 auch Reichskommissar für die Seeschifffahrt

FOTO: BUNDESARCHIV, BILD 183-S72707 / CC-BY-SA 3.0

Heinrich Himmler war Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei sowie Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Reichsinnenminister und Befehlshaber des Ersatzheeres

FOTO: UNBEKANNT

Der Offizier, Philanthrop und Autor des Buches „Anstelle von Waffen“ **Folke Bernadotte Graf von Wisborg** war ab 1943 Vizepräsident und ab 1948 Präsident des Schwedischen Roten Kreuzes

WLADIMIR ILJITSCH LENIN

„Den Massenterror sofort einführen“

Vor 150 Jahren wurde der Führer der russischen Oktoberrevolution und des jungen Sowjetstaates in Simbirsk an der Wolga geboren

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nachdem im Jahre 1887 sein älterer Bruder Alexander wegen der Vorbereitung eines Attentates auf den russischen Zaren Alexander III. gehängt worden war, wandte sich Wladimir Iljitsch Uljanow der Politik zu. Dabei zeigte der am 22. April 1870 in Simbirsk an der Wolga geborene Sohn eines adligen Schulinspektors schon sehr früh terroristische Neigungen, die er mit Hinweisen auf die Lehren von Karl Marx zu legitimieren versuchte. Ab 1893 verbrachte der von Hause aus wohlhabende Rechtsanwalt viel Zeit im europäischen Ausland – mit Unterbrechungen infolge von Inhaftierungen und einer dreijährigen Verbannung nach Sibirien wegen illegaler Agitation.

1895 weilte er in einem Schweizer Sanatorium. Medizinhistorikern zufolge versuchte er dort die neurologischen Folgen der Syphilis auszukurieren, die er sich wohl bei Pariser Prostituierten zugezogen hatte. Jedenfalls plagten ihn später eindeutige Symptome einer progressiven Paralyse, die typischerweise im fortgeschrittenen Stadium der Geschlechtskrankheit auftritt.

Hinrichtung des Bruders Alexander

1902 veröffentlichte der seit dem Februar 1900 unter dem Kampfnamen „Lenin“ auftretende und in München residierende Revolutionär seine programmatische Schrift „Was tun?“. Darin skizzierte er das Konzept einer straff organisierten kommunistischen Kaderpartei – garniert mit Lobeshymnen auf den revolutionären „Massenterror“. Im Ergebnis dessen kam es 1903 zur Spaltung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands in die Fraktionen der gemäßigten Menschewiki und der radikalen Bolschewiki nach Leninschem Muster.

Nach dem misslungenen Moskauer Aufstandsversuch der Letzteren im Dezember 1905 ging Lenin erneut ins Ausland und verfasste im Schweizer Exil weitere theoretische Schriften. In die Heimat kehrte er erst im April 1917 zurück – und zwar mit Hilfe der deutschen Reichsregierung, die auf diese Weise den russischen Kriegsgegner zu destabilisieren und aus der antideutschen Koalition herauszubrechen trachtete. Und das funktionierte auch, wie sich im November 1917 zeigen sollte, als die Bolschewiki die sozialistisch-liberale Regierung Kerenski stürzten und die Macht im Lande übernahmen.

Lenin wurde als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare Regierungschef des neuen Sowjetrussland. Dem folgten die Auflösung des provisorischen Parlaments sowie der Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit dem Deutschen Reich und den anderen Mittelmächten.

Damit machte sich der bolschewistische Anführer viele Feinde. Einer von diesen war die Sozialrevolutionärin und Anarchistin Fanny Kaplan, die am 30. August 1918 zweimal auf den „Verräter an der Revolution“ schoss. Von den beiden Treffern an Schulter und Hals sollte sich Lenin nie wieder richtig erholen.

Grundstein für das Gulag-System

Der um diese Zeit losbrechende „Rote Terror“ war jedoch keine Folge dieses Attentates. So hatte Lenin bereits am 9. August mit Blick auf den Bürgerkrieg zwischen den Bolschewiki und deren zahlreichen Gegnern an die Behörden von Nischni Nowgorod geschrieben: „Man muss alle Kräfte spannen, eine Troika von Diktatoren zusammenstellen, den Massenterror sofort einführen.“

Am selben Tage schickte er ein Telegramm nach Pensa, in dem es hieß: „Der gnadenlose Massenterror gegen Kulaken, Popen und Weißgardisten ist durchzuführen; zwielichtige Elemente sind in einem Konzentrationslager außerhalb der Stadt einzusperren.“ Damit legte er den Grundstein für das berühmt-berüchtigte Netz von sowjetischen Straflagern, genannt Gulag-System. Dem folgte am 22. August der Befehl, „die Verschwörer und Schwankenden zu erschießen, ohne um Erlaubnis zu bitten und den idiotischen Amtsschlendrian zuzulassen“.

Schon im Juli 1918 hatte der von Lenin geführte Rat der Volkskommissare den letzten Zaren Nikolaus II. und dessen Familie ermorden lassen. Später kamen die Massaker an den Teilnehmern des Kronstädter Matrosenaufstandes von 1921 hinzu, der sich gegen die Diktatur der Kommunisten richtete.

Der Schreibtischtäter erließ zwischen 1917 und 1922 insgesamt 676 Gesetze und Dekrete zur Etablierung und Festigung der Terrorherrschaft der Bolschewiki, aus denen die Liquidierung von 250 000 bis möglicherweise einer Million Personen resultierte. Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang die zehn Millionen Zivilisten, die im Bürgerkrieg starben.

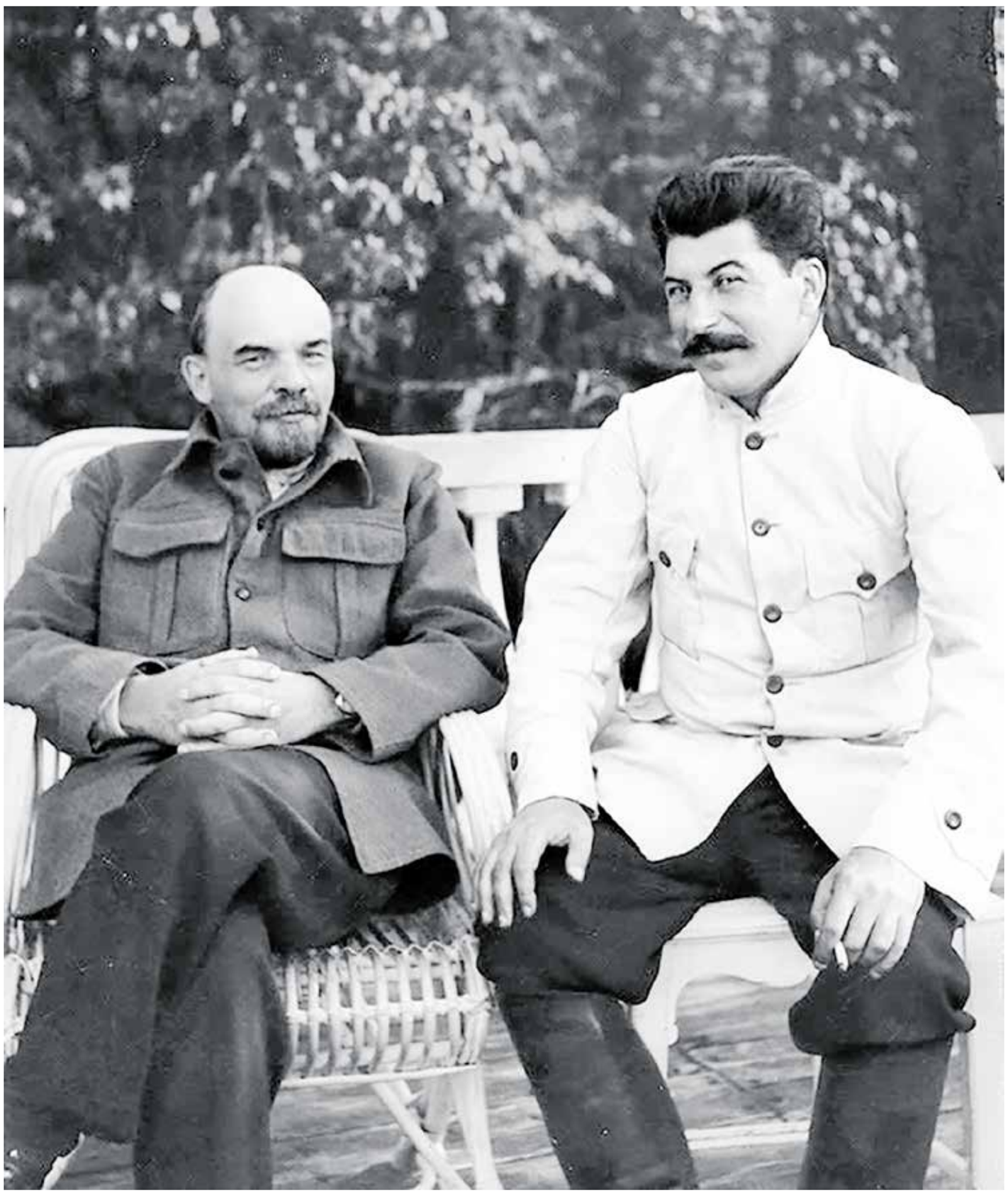
Nach dem Abflauen der Kämpfe in den verschiedenen Teilen des vormaligen Zarenreiches wurde am 30. Dezember 1922 auf maßgebliche Initiative Lenins die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) gegründet. Da war der Berufsrevolutionär gesundheitlich bereits schwer angeschlagen. Außer den Symptomen der progressiven Paralyse und den Folgen des Attentats von 1918 machten Lenin nun auch die Auswirkungen der insgesamt wahrscheinlich acht Schlaganfälle zu schaffen, die er zwischen dem 26. Mai und 15. Dezember 1922 erlitten hat.

Und es sollte noch schlimmer kommen. Am 10. März 1923 ereilte Lenin ein neunter Schlaganfall. Die Ursache hierfür lag in der fortschreitenden Verkalkung vieler Arterien im Gehirn des erst 52 Jahre alten, angeblich so „genialen Theoretikers des wissenschaftlichen Kommunismus“. Ab diesem Zeitpunkt war Lenin ein absoluter Pflegefall und unfähig zu sprechen, was vor der Öffentlichkeit geheim gehalten wurde. Das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei versteckte den Parteiführer im vormaligen Herrenhaus des Landgutes der Adelsfamilie Durassow in Gorki bei Moskau. Dort starb Lenin am frühen Morgen des 21. Januar 1924 infolge seines zehnten Schlaganfalls.

Terrorherrschaft der Bolschewiki

Zum Nachfolger des Revolutionsführers, dessen konservierter Leichnam noch heute auf dem Roten Platz in Moskau in einem Sarg aus Panzerglas zur Schau gestellt wird, stieg Josef Stalin auf. Dieser etablierte ein Terrorregime, das noch unmenschlichere Züge trug als das von Lenin begründete.

> „Der gnadenlose Massenterror gegen Kulaken, Popen und Weißgardisten ist durchzuführen; zwielichtige Elemente sind in einem Konzentrationslager außerhalb der Stadt einzusperren“
>
> **Wladimir Iljitsch Lenin**
> am 9. August 1918



Mit seinem Nachfolger Josef Stalin (r.): Wladimir Iljitsch Lenin im September 1922 in Gorki *Foto: Marija Iljinitschna Uljanowa*

WILHELM ZU WIED

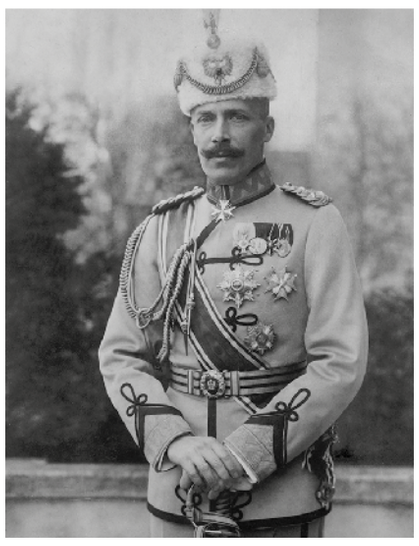
Der Preuße an Albaniens Spitze

Infolge des Ersten Balkankrieges zog sich der „kranke Mann am Bosporus“, das Osmanische Reich, nolens volens weitgehend aus Europa zurück. Noch während des Krieges, am 28. November 1912, wurde in Albanien eine unabhängige Republik ausgerufen. Die sechs europäischen Großmächte, mit der Ausnahme Frankreichs allesamt Monarchien, waren bereit, die Unabhängigkeit Albaniens anzuerkennen, aber nicht eine albanische Republik. Ein Fürstentum sollte es stattdessen sein. Das warf die Frage nach dem Fürsten auf.

Im Sommer 1913 einigten sich die Großmächte auf der Londoner Botschafterkonferenz auf den damals 37-jährigen preußischen Rittmeister Wilhelm Friedrich Heinrich Prinz zu Wied. Den Verlegenheits- und Kompromisskandidaten qualifizierte weniger, was er war als was er nicht war. Er stammte nicht aus den Nachbarländern Albaniens und war auch nicht deren Favorit. Er gehörte als Deutscher keiner der bedeutenden Ethnien und als Protestant auch keiner der bedeutenden Religionsgemeinschaften Albaniens an. Von einer Tante, der Königin Elisabeth von Rumänien, soll sein Name ins Spiel gebracht worden sein.

Albanien war damals nicht stabiler als heutzutage, und so stellte der deutsche Prinz Bedingungen, bevor er das Angebot der Großmächte annahm, Fürst von Albanien zu werden. Zu den Forderungen gehörte, dass ihm nicht nur die Großmächte, sondern auch Vertreter Albaniens die Führung des Landes antrugen und dass die Großmächte ihn mit einer Anleihe finanziell unterstützten. Beides wurde ihm zugesagt. Und in der Tat trug ihm nun auch eine albanische Delegation die Führung des Landes an.

Nach Besuchen in den Großmachthauptstädten Rom, Wien, London, Paris und Sankt Petersburg betrat der Deutsche am 7. März erstmals albanischen Boden und richtete sich in seiner neuen Hauptstadt Durrës ein. Das junge Fürstentum war starken Anfeindungen von Innen und vom benachbarten Ausland ausgesetzt. Aber Wilhelm I., wie er als Fürst hieß, konnte sich halten, solange die Großmächte hinter ihm standen. Mit deren Harmonie war es jedoch spätestens bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs vorbei. Am 3. September 1914 ging er, wie er es selbst verkündigte, „für einige Zeit nach Westen“. Durch seine anschließende Kriegsteilnahme in der preußischen Armee verlor er die letzten Chancen, bei der Neuordnung Europas durch die Sieger nach Kriegsende eine Rolle zu spielen. Er starb vor 75 Jahren, am 18. April 1945, im rumänischen Exil. *Manuel Ruoff*



Fürst Wilhelm I. im Jahre 1914 *Foto: pa*

VON BODO BOST

Der Franzose Louis Pasteur und der Deutsche Robert Koch haben bahnbrechende Leistungen in der Virenbekämpfung erzielt. Ab 1881 waren beide erbitterte Konkurrenten. Die Tragödie des Deutsch-Französischen Kriegs von 1870 hatte bei dem zunächst deutschfreundlichen Pasteur starke Ressentiments gegenüber dem Erbfeind hinterlassen. Als 1885 der neunjährige elsässische Junge Joseph Meister als erster Mensch von Louis Pasteur in Paris vollständig gegen Tollwut geimpft wurde, war dies eine klare Kampfansage an Robert Koch in Berlin, der seinen französischen Kollegen, der zwar um einiges älter war als er, gerade durch die Entdeckung des Tuberkulin überholt hatte.

Es war zwar Zufall, dass der Junge aus dem Sundgau im Elsass stammte, wo ein tollwütiger Hund mehrere Menschen gebissen hatte. Aber in Deutschland wurde das damals so aufgefasst, als ob Pasteur sich absichtlich einen Jungen aus dem Elsass ausgesucht hätte, um seine Impfung auszuprobieren, die noch bei keinem Menschen getestet war und es bei dem Jungen noch nicht einmal sicher war, dass er die Tollwut auch wirklich hatte.

Das Elsass, das jahrhundertelang zur deutschen Kultur und zum Reich gehört hatte, war 1660 an Frankreich gefallen und seit 1871 wieder deutsch geworden. Zum Zeitpunkt des Impfwettlaufs zwischen Pasteur und Koch gehörte es also zu Deutschland. Zweimal sollte es in Zukunft noch seinen Besitzer wechseln und zum Pfand der deutsch-französischen Erbfeindschaft werden.

Im Wetteifer um neue Entdeckungen in der Virusbekämpfung baute in Paris und Berlin jeder sein eigenes Institut und seine eigene Forschungsgruppe auf. In wenigen Jahren gelangen bahnbrechende Entdeckungen, die halfen, Seuchen wie Milzbrand, Tuberkulose, Tollwut, Diphterie, Cholera und Pest einzudämmen. So katapultierte das Duell zwischen Pasteur und Koch die Medizin in ein neues Zeitalter.

Verzweifelter Hilferuf wurde erhört: Sanitäter bringen einen Patienten in Mülhausen zum Hubschrauber für den Transport nach Deutschland *Foto: pa*

CORONA

In der Krise zeigt sich, was die Nachbarn am Rhein einander wert sind

Auch ohne EU-Bürokratie: Im Elsass hat die deutsch-französische Freundschaft durch die Aufnahme Dutzender erkrankter Elsässer in deutschen Intensivstationen eine Bewährungsprobe bestanden

Fastenaktion wurde zum Virusherd

Das Oberelsass ist jetzt zu einem Hauptkrisenherd des Virusproblems in Frankreich geworden. Im März verdreifachte sich hier die Todesrate gegenüber dem März des Vorjahres. Es starben über 1000 Menschen mehr. In Mülhausen, der Hauptstadt des Oberelsass, hatte eine Freikirche mit Namen „Porte Ouverte“ in einer Fastenwoche vom 17. bis 24. Februar die Corona-Welle ausgelöst. Mindestens 20 Mitglieder der etwa 2000 Teilnehmer umfassenden Fastenaktion sollen sich in den Reihen der überregional bekannten Freikirche infiziert haben. Sie kamen aus verschiedenen Regionen Frankreichs, dazu aus Belgien, Deutschland und der Schweiz.

Der leitende Pastor Samuel Peterschmitt und sein Sohn Jonathan, Arzt von Beruf, waren ebenfalls betroffen. Die Fastenwoche ist für Porte Ouverte einer der Höhepunkte im Kirchenjahr. Leider kam das Virus auch durch zwei Teilnehmer aus Burkina Faso erstmals in dieses sehr arme Land Westafrikas, wo auch der erste Todesfall in Schwarzafrika zu beklagen war.

Es kam nach der Fastenwoche zu einer exponentiellen Verbreitung des Virus im Elsass und einer schnellen Überlastung der Krankenhäuser. Nach wenigen Wochen wurden bereits erste Patienten nach Bordeaux, Marseille oder Toulouse geflogen oder per Sonderzug ausgefahren. Die französische Armee hat ein Feldlazarett in Mülhausen fertiggestellt.

In den ersten Tagen der Pandemie berichteten regionale Medien nur über die einseitige Schließung der deutschen Grenze, weil davon auch viele Grenzgänger aus dem Elsass in Deutschland betroffen waren. Man fürchtete eine weitere Isolation des Seuchenherds. Deutsche Medien berichteten von Anfang an vor allem über die Überlastung der Krankenhäuser im Elsass, von denen das in Colmar sogar den Namen von Louis Pasteur trägt. Die Krankenhäuser im Elsass erreichten sehr schnell ihre Belastungsgrenze. Es kam zu Horrormeldungen, die besagten, dass Patienten über 80 Jahre nicht mehr beatmet würden.

Nachdem Brigitte Klinkert, Präsidentin des Departements Haut-Rhin, einen verzweifelten Hilferuf an Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann gerichtet hatte, wurden die ersten Patienten aus Mülhausen und Colmar in Hubschraubern in deutsche und auch in Schweizer Krankenhäuser geflogen. Die Universitätskliniken und Krankenhäuser in Freiburg, Mannheim, Karlsruhe, Heilbronn, Ulm und Villingen-Schwenningen haben alle zwei oder drei Intensivpatienten aus dem benachbarten Elsass aufgenommen. Inzwischen folgten Krankenhäuser im Saarland, Rheinland-Pfalz und Luxemburg. Sogar die berühmte Charité in Berlin, einst Wirkungsstätte von Robert Koch, hat einige Patienten aus dem Elsass aufgenommen. Die Zahl der Aufgenommen wuchs in der Folge auf mehr als 50.

Rettung aus Deutschland

Bewährt haben sich in diesen schweren Tagen auch die grenzüberschreitenden kommunalen Partnerschaften. So konnten dank enger Kontakte von Metz in die Partnerstadt Trier einige Corona-Patienten in der Römerstadt behandelt werden.

Der französische Präsident Emmanuel Macron verkannte jedoch die Tatsachen, als er auf Twitter schrieb: „Die europäische Solidarität rettet Leben.“ Gerade von der EU hat man in dieser größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg am wenigsten gehört oder gesehen. Nur Stunden bevor es zur Überführung des ersten Patienten kam, hatte der französische Rechtspopulist Jean Messiha, der in der Parteiführung von Marine Le Pens Partei Rassemblement National sitzt, das Fehlen grenzüberschreitender Solidarität kritisiert und sich über das vermeintliche Hirngespinst „europäischer Solidarität“ lustig gemacht: „Wenn’s hart auf hart kommt, zählen nur noch die nationalen Grenzen“, schrieb Messiha auf Twitter.

Er wurde eines Besseren belehrt. Mit der Solidarität der Krankenhäuser kam es zu einer weiteren grenzüberschreitenden Aussöhnung, die auch für die Zukunft der Region von großer Bedeutung sein wird. Denn eine eigene Gebietskörperschaft Elsass gibt es zurzeit in Frankreich gar nicht mehr, allenfalls gibt es die Megaregion „Grand-Est“, zu dem neben dem Elsass auch die ehemaligen Regionen Lothringen und Champagne Ardenne gehören. Erst ab 1. Januar 2021 wird es wieder das Elsass als eigene Gebietskörperschaft mit europäischer Bestimmung geben. Bis dahin ist Corona hoffentlich überwunden.

CORONA UND EU

Keine Zeit für „überzeugte Europäer“

Fern aller Ideale – Die Viruskrise offenbart den wahren Zustand der Europäischen Union

Das Schlagwort vom „überzeugten Europäer“ hat derzeit keinen guten Klang mehr. Auch andere Formulierungen, die mehr dazu gemacht als geeignet waren, um die mit „Europa“ gemeinte Europäische Union als einzig möglichen Weg in die Zukunft zu verkaufen, sind in diesen Wochen nur sehr leise zu vernehmen. Anzeichen der Brüchigkeit oder der gar nicht so festen Fundamente des Gebildes waren schon länger sichtbar.

Dass es mit den offiziell bis vor Kurzem noch hochgehaltenen Idealen der EU nicht allzu weit her sein kann, wird vor dem Hintergrund der „Corona-Krise“ – sei sie nun vorrangig ein medizinisches oder ein von kopfloser Politik verursachtes Problem – offenbar.

„Europäische Integration“ galt lange und weitgehend unhinterfragt als Marschrichtung. Von der Montanunion über die Römischen Verträge von 1957 und die EG – immer vergrößerte sich die Gemeinschaft. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts folgten die Verträge von Maastricht 1992 und Lissabon 2007. Zuständigkeiten wurden „nach Brüssel“ übertragen, die Zusammenarbeit verstärkt. „Kinderkrankheiten“ wie das Scheitern der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ an Frankreichs Widerstand 1954 galten als überwunden.

Integration lange nicht hinterfragt

Bei der EU-Wahl vom Mai 2019 feierten Medien die Spitzenkandidaten als „fraglos überzeugte Europäer“. Ursula von der Leyen, die Kommissionspräsidentin werden sollte, rief gleich dreisprachig aus: „Es lebe Europa!“ Dass es mit der Gemeinschaft so blendend nicht bestellt sein kann, hatte indes spätestens die Abstimmung über den Brexit vom Juni 2016 gezeigt, deren Ergebnis mit der britischen Unterhauswahl vom Dezember 2019 noch einmal bestätigt wurde.

In die Wahrnehmung der EU-Ideologen sind diese überdeutlichen Warnsignale aber nicht eingeflossen. Die „Europa“-Protagonisten hatten sich schon zuvor nicht von massiven wirtschaftlichen Schieflagen oder dem Versagen in der 2015 beginnenden „Flüchtlingskrise“ irritieren lassen.

Bei Letzterer wurde wenigstens noch von einer – nie praktisch angegangenen – notwendigen „europäischen Lösung“ gesprochen. Corona führt nun vor Augen, dass die Institution der EU im Falle einer großflächig empfundenen Notlage kein überzeugendes Potenzial vorweisen können. Die Barrieren zwischen den Nationalstaaten wurden innerhalb kürzester Zeit wiederaufgerichtet.

Aus dem Brexit nichts gelernt

Als Kuriosum angesichts der bis vor Kurzem noch gängigen „Offene-Grenzen“-Propaganda wirkt die auch innerdeutsche Abkapselung von Mecklenburg-Vorpommern. Hilflos und wider besseres Wissen schreibt von der Leyen in der „Welt“: „Aber jetzt ist Europa aktiv, steht zusammen.“ Abgewählte und -getretene deutsche Politiker werden aufgefahren, um an den Gemeinschaftsgeist zu appellieren. Im „Tagesspiegel“ befürchten Joschka Fischer und Sigmar Gabriel einen „Verlust an Vertrauen in die Sinnhaftigkeit und Glaubwürdigkeit“ der EU. Sie klagen, US-Präsident Donald Trumps Idee, zunächst das Augenmerk auf die Interessen der eigenen Nation zu richten, habe „Europa infiziert“.

Martin Schulz wirbt im „Spiegel“ für die im eigenen Land unpopulären „Eurobonds“. „Europa“-Bezüge aktiver Politiker anderer EU-Staaten, allen voran Italien, gibt es derzeit fast nur im Zusammenhang mit finanziellen Forderungen. Größter Nettozahler ist Deutschland. *Erik Lommatzsch*

ARBEITSMARKT

Zunahme der Arbeitslosigkeit erwartet

Viele Kleinbetriebe mussten aufgeben – Bislang fehlten in Allenstein vor allem Handwerker und Techniker

VON DAWID KAZANSKI

Die Unternehmer in der Republik Polen befürchten, dass sie im Zuge der Corona-Krise in naher Zukunft viele Arbeitnehmer entlassen müssen. Die Regierung arbeitet an einem erweiterten Anti-Krisen-Paket, da vor allem viele Kleinunternehmer völlig unabgesichert dastehen. Besonders hart trifft es die Gastronomiebranche, aber auch das Friseur- und Kosmetikerhandwerk, deren Betriebe wegen der Pandemie geschlossen bleiben. Unter der Ausgangssperre (man darf sein Zuhause nur verlassen, wenn man zur Arbeit fährt, Einkäufe macht, zur Apotheke geht und so weiter) leidet auch der Dienstleistungssektor, da sie den gesamten Handel stoppt. Die Kurierdienste haben zurzeit Hochkonjunktur. Der sonst wenig geschätzte Beruf des Auslieferers wird immer beliebter. Doch rechnen selbst die Transportfirmen damit, dass sie bald vielen ihrer Mitarbeite kündigen müssen. Es wird allgemein mit einem hohen Anstieg der Arbeistlosenquote gerechnet.

Laut Angaben des Woiwodschaftsarbeitsamtes in Allenstein ist die Arbeitslosenquote im südlichen Ostpreußen bislang nicht gestiegen. Einschränkend heißt es jedoch, der Einfluss von Corona auf den Arbeitsmarkt werde erst im Mai oder Juni sichtbar sein. Wirtschaftswissenschaftler malen ein düsteres Bild: Es könne jede zweite Arbeitsstelle wegen der Epidemie bedroht sein.

Arbeitskräfte gefragt: Bisher fehlten vor allem auf den Baustellen der Stadt Fachkräfte *Foto: D.K.*

Jede zweite Stelle in Gefahr

Viele Kleinunternehmer mussten bereits aufgeben. Ende März stellten in der Republik Polen über 48000 Firmen ihre Geschäftstätigkeit ein. Es wird geschätzt, dass bis Ende des Jahres eine Million Arbeitslose dazukommen werden, und das ist noch eine optimistische Prognose.

Vor der Corona-Pandemie fielen die Wirtschaftsprognosen für Polen positiv aus. Laut Angaben der Europäischen Kommission war das Wirtschaftswachstum in Polen im Jahr 2019 auf vier Prozent geschätzt worden. Es wurde von der Inlandsnachfrage, insbesondere von Investitionen, angetrieben. Das schlug sich unmittelbar auf den Arbeitsmarkt nieder. Die niedrigste Arbeitslosenquote lag bei 2,8 Prozent in der Woiwodschaft Großpolen und die höchste hatte die Woiwodschaft Ermland-Masuren mit 8,6 Prozent.

Fachkräftemangel in Allenstein

Den Schätzungen des städtischen Arbeitsamtes zufolge lag die Arbeitslosenquote in Allenstein bei 2,7 Prozent. In der Woiwodschaftshauptstadt fehlen Arbeitskräfte. Die Fluktuation ist für gewöhnlich hoch, die Menschen wechseln oft ihren Arbeitsplatz, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern. „Viele ziehen in andere Regionen Polens, die wirtschaftlich stärker entwickelt sind", teilte die stellvertretende Direktorin des Stadtarbeitsamtes Jolanta Filipek mit.

Wegen der niedrigen Gehälter, die vom Durchnittslohn des Landes erheblich abweichen, ist der lokale Arbeitsmarkt unattraktiv. Andererseits sind die Arbeitgeber nicht im Stande, hohe Löhne zu zahlen, weil sie selbst ihr Gewerbe an der Grenze der Rentabilität betreiben. Es herrscht ein spürbarer Mangel an qualifiziertem Personal, vor allem in der Maschinenindustrie, im Gastronomiebereich und im Baugewerbe.

Bei der Inbetriebnahme einer Filiale des bekannten internationalen Versandhandelsunternehmens Zalando in der Nähe von Hohenstein fanden sich nicht genügend Arbetswillige. Zalando beschäftigt 550 Personen, angestrebt waren 2000. Die Personalbeschaffung ist das größte Problem der Firma. Häufig klaffen die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und die wirtschaftlichen Anforderungen auf der einen Seite sowie die Qualifikationen der Arbeitssuchenden auf der anderen auseinander.

Unattraktive Löhne

Das Handwerk hat bereits Alarm geschlagen, weil sich in fast jeder Sparte ein enormer Fachkräftemangel abzeichnet. Es fehlt an Lehrlingen, Gesellen, Meistern. Die Wartezeiten auf handwerkliche Dienstleistungen, deren Preise spürbar gestiegen sind, verlängern sich erheblich. Die Politik hat diese problematische Entwicklung schon seit Langem im Blick und widmet der beruflichen und akademischen Ausbildung besondere Aufmerksamkeit. Mit der letzten Schulreform wurde viel Geld in neue Branchen- und Berufsschulen investiert. Dennoch entscheiden sich zu wenige junge Menschen für die geschaffenen Bildungsstätten. Größtenteils liegt das an der Mentalität der Jugendlichen, die vor allem allgemeinbildende Schulen wählen und ein anschließendes Studium anstreben. Zwar haben dann die jungen Akademiker einen Hochschulabschluss in der Hand, aber meist nicht im Bereich der Technik. Viel zu wenige Uni-Absolventen haben ein Ingenieurstudium hinter sich oder verfügen über eine technische Ausbildung. Stattdessen ist der lokale Arbeitsmarkt übersättigt mit Humanisten. Die Aussicht, dass ausgebildete Handwerker mit ihren Fähigkeiten viel leichter einen gut bezahlten Job finden können, zieht offenbar nicht.

Techniker sind gefragt

Wie in den vorangegangenen Jahren veröffentlichte das Woiwodschaftsarbeitsamt auch in diesem Jahr eine Untersuchung unter dem Namen „Berufsbarometer", in der die meistgefragten Berufe aufgezählt und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt präsentiert werden. Daraus ergibt sich deutlich, dass man dringend Karosseriebauer, Klempner, Bauarbeiter, Mechaniker, Schlosser, Schweißer und Friseure benötigt. Aus der gleichen Studie geht hervor, dass es überhaupt keinen Bedarf an Philosophen, Historikern, Politologen und Kulturwissenschaftlern gibt. Deswegen verdienen Akademiker nicht selten zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn schlechter als beispielsweise Lagerarbeiter, müssen sich weiterbilden lassen, um den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Ansonsten werden sie sich mit einem niedrigeren Lohn zufrieden geben müssen. Corona dürfte ihre Lage noch verschlimmern.

KÖNIGSBERG

Stadtverschönerung ohne Publikum

Strenge Ausgangssperre in der Pregelmetropole – Hoffnung auf Lockerungen im Mai

Seit dem 31. März gilt auch im Königsberger Gebiet eine strenge Quarantäne. So haben die Einwohner Königsbergs auch nicht die Möglichkeit, das warme Frühlingswetter und die blühenden Pflanzen zu genießen, die in diesem Jahr wegen des warmen Winters sehr früh blühen.

Die Vorgärten und der Botanische Garten sind bereits voller Knospen. Krokusse, Rosen, Stiefmütterchen, Mimosen und Primeln verströmen ihren Duft. Eine solche Blütenpracht überrascht selbst die Fachleute. Im vergangenen Winter hatte es kein einziges Mal richtig geschneit, und die Lufttemperatur fiel kaum einmal unter null Grad. Das letzte Mal gab es im nördlichen Ostpreußen solch einen milden Winter vor zehn Jahren.

Blühende Blumen findet man nicht nur im Botanischen Garten, sondern auch in der Nähe des Ozeanmuseums, des Denkmals für die 1200 Gardisten und auf Blumenbeeten. In vielen Höfen blühen japanische Kirschen, Weidekätzchen, Kirschpflaumen, Gänseblümchen und andere Blumen. Neben den natürlichen Gewächsen wurden noch vor Beginn der Corona-Krise viele neue Blumen gepflanzt. 2020 wurde fast doppelt so viel Geld für zusätzliche Gartenarbeit im Königsberger Gebiet bereitgestellt wie im Vorjahr. Bis heute wurden fast 33000 Bäume und Sträucher in das Verzeichnis der Grünflächen in der Stadt aufgenommen. Es ist geplant, die Fläche von Parks, Plätzen und Alleen bis 2035 zu verdoppeln. Dafür müssten zirka 90 neue Parks angelegt werden. Derzeit nehmen Parks in der Stadt aufgrund der massiven Bautätigkeit nur 100 Hektar ein und Plätze etwa 60 Hektar, das ist die Hälfte der angestrebten Norm.

Kurz vor Ausbruch der Corona-Krise: Tausende neuer Setzlinge und Blumenzwiebeln werden auf Königsberger Plätzen und Grünstreifen gepflanzt

Foto: J.T.

Im Rahmen der landesweiten Aktion „Garten des Sieges – Garten des Lebens" wurden in der Stadt zwei Alleen neu angelegt: auf dem Deutschordensring [Gwardeijskij-Prospekt] und auf der Grünzone der Altstädtischen Langgasse [Moskowskij-Prospekt]. Insgesamt wurden 28000 Tulpenzwiebeln und 50000 Stiefmütterchen gepflanzt. Wegen der Ausgangsbeschränkungen haben die Bewohner so gut wie keine Möglichkeit, die Schönheit der blühenden Beete zu bewundern. Ihnen bleibt nur, zu hoffen, dass sie von den Blüten im Mai noch etwas haben werden.

Jurij Tschernyschew

MELDUNG

Bänke demontiert

Zimmerbude – Weil immer wieder Bürger gegen die Ausgangsbeschränkungen verstoßen, und sich aufgrund des schönen Frühlingswetters weiterhin auf Plätzen im öffentlichen Raum mit Freunden getroffen haben, hat der Bürgermeister von Zimmerbude, Alexander Blinow, eine harte Maßnahme ergriffen. Er ließ konsequent alle Bänke im Ort demontieren, um damit Verstöße gegen das Selbstisolierungsgerbot zu verhindern. „Das gute Wetter provoziert die Leute dazu, die Empfehlungen der Experten zur Vermeidung persönlicher Kontakte zu ignorieren. Viele nehmen die Ausbreitung des Coronavirus nicht ernst ... Wir sind gezwungen, das Leben und die Gesundheit der Menschen zu schützen", begründete der Bürgermeister die Maßnahme. 49 Corona-Infizierte wurden bis zum 8. April in der Region registriert. *MRK*

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Herdam, **Gerhard**, aus Neidenburg, am 18. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Broschat, **Herta**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 17. April
Ilg, **Irmgard**, geb. **Dorowski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 20. April
Liebert, **Gerda**, geb. **Gurgsdies**, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 20. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Behrendt, **Gertrud**, geb. **Audehm**, aus Alt Katzkeim, Kreis Fischhausen, am 20. April
Olschewski, **Paul**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 20. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Drubba, **Otto**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 18. April
Friese, **Johanna**, aus Saagen, Kreis Preußisch Eylau, am 19. April
Fröhlich, **Edith**, geb. **Baltrusch**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. April
Kürten, **Liesbeth**, geb. **Bombor**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 21. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Babst, **Erna**, geb. **Pentzek**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 22. April
Gorray, **Johanna**, geb. **Chmielewski**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Spath, **Irmgard**, geb. **Kulschewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Benner, **Eva-Maria**, geb. **Desens**, aus Damrau Försterei, Kreis Ortelsburg, am 23. April
Fandrich, **Elisabeth**, geb. **Gerundt**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 19. April
Friedrich, **Anruth**, aus Lyck, am 23. April
Kattanek, **Edith**, geb. **Wassel**, aus Löwenstein bei Schippenbeil, Kreis Gerdauen, am 22. April
Stuhlert, **Ilse**, geb. **Jakobeit**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 17. April
Tiedemann, **Jonny**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Andresen, **Liesbeth**, geb. **Pfeiffer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 20. April
Belusa, **Kurt**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 18. April
Kilanowski, **Helga**, geb. **Schulz**, aus Lyck, am 18. April
Kritzler, **Jutta**, geb. **Maiwald**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 18. April
Objartel, **Ulrich**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 19. April
Posywio, **Luzie**, geb. **Karbaum**, aus Loien, Kreis Lyck, am 20. April
Schneider, **Dorothea**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 21. April
Schöwe, **Hildegard**, geb. **Kattanek**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Struckmann, **Christel**, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 20. April
Szech, **Kurt**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 20. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Berger, **Dorothea**, geb. **Engelhardt**, aus Ebenrode, am 23. April
Bialluch, **Oskar**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 21. April
Bratsch, **Ursula**, geb. **Pauloweit**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. April
Gräper, **Gertrud**, geb. **Topeit**, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 22. April
Gronwald, **Käthe**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 17. April
Kaminski, **Erna**, geb. **Stosek**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 20. April
Müller, **Renate**, geb. **Loch**, aus Wacholderaus, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Nemetz, **Helmut**, aus Karlshöhe, Kreis Neidenburg, am 22. April
Schulz, **Franz**, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 23. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Druba, **Erwin**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 18. April
Heckendorf, **Herta**, geb. **Rauser**, aus Lötzen-Antonowen, am 19. April
Henning, **Gertrud**, geb. **Gratz**, aus Herzogsau, Kreis Neidenburg, am 18. April
Josuweit, **Hans**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. April
Kellermann, **Ruth**, aus Lyck, am 23. April
Kesselhut, **Ursula**, geb. **Hoffmann**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 23. April
Kreuzberger, **Hansjürgen**, aus Ebenrode, am 19. April
Lasarzewski, **Heinz**, aus Zinschen, Kreis Lyck, am 20. April
Mattke, **Ilse**, geb. **Schwenzfeier**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 20. April
Nicolai, **Anni**, geb. **Staschko**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 23. April
Rehfisch, **Gertrud**, geb. **Sentek**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 20. April
Schäfer, **Christel**, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 16. April
Stauder, **Christel**, geb. **Hausmann**, aus Gaffken, Kreis Fischhausen, am 22. April
Zitzmann, **Irmgard**, geb. **Melsa**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 21. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Gers, **Friedrich**, aus Krummfuß, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Howe, **Heinz**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 19. April
Klimaschewski, **Oskar**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 18. April
Kratky, **Gisela**, geb. **Haedge**, aus Kaunen, Kreis Neidenburg, am 17. April
Langanke, **Hannelore**, aus Wehlau, am 23. April
Nitschmann, **Helene**, geb. **Katzmarski**, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Ruschinczyk, **Helmut**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 18. April
Sahm, **Erna**, geb. **Steintal**, Kreis Lötzen, am 20. April
Scherweninds, **Franz**, aus Dirschunen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 17. April
Sauter, **Emma**, geb. **Scherwath**, aus Matten, Kreis Ebenrode, am 21. April
Steiner, **Margarete**, geb. **Bleyer**, aus Altbruch, Kreis Ebenrode, am 18. April
Westphal, **Alfred**, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 19. April
Zielenski, **Herbert**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 19. April

ANZEIGE

Masuren und Danzig
Reisen mit der MS CLASSIC LADY
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 90. GEBURTSTAG

Belau, **Irene**, geb. **Spruth**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 20. April
Hantel, **Elisabeth**, geb. **Bahrdt**, aus Wehlau, am 22. April
Hein, **Ruth**, geb. **Groth**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 18. April
Jahn, **Rudolf**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 21. April
Januschkowski, **Horst**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 17. April
Kock, **Helga**, geb. **Todzi**, aus Ortelsburg, am 21. April
Koslowski, **Horst**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 20. April
Krause, **Charlotte**, geb. **Salewski**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 17. April
Ortwig, **Charlotte**, geb. **Klein**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 21. April
Pahlow, **Edeltraut**, geb. **Romanowski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. April
Schlösser, **Ursula**, geb. **Todzy**, aus Ortelsburg, am 18. April
Wegelin, **Heinz**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 17. April
Wylengowski, **Emma**, geb. **Wlodzki**, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 23. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alexander, **Ilse**, geb. **Müller**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. April
Barnebeck, **Ursula**, geb. **Lendzian**, aus Kirtigehnen, Kreis Fischhausen, am 20. April
Fasbender, **Erika**, geb. **Kluge**, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, am 20. April
Fischer, **Fritz**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 21. April
Friederici, **Hanne-Lore**, geb. **Bahls**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 23. April
Friedrichs-Heim, **Eva**, geb. **Kunst**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 22. April

ANZEIGE

Allerherzlichste Glückwünsche, beste Gesundheit, viel Glück und Freude meinem lieben Mann, unserem Vater und Opa

Klaus Grunenberg
*18. April 1940, Braunsberg/Ostpreußen, Flemmingstr. 16
zum 80. Geburtstag
Deine Elke
Torsten mit Pia und Hendrik
55491 Büchenbeuren/Hunsrück, Raiffeisenstraße 46

Funke, **Walter**, Landsmannschaft Bremen, am 23. April
Geyer, **Wilhelm**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 18. April
Kerwat, **Peter**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 21. April
Klohs, **Anneliese**, geb. **Bruchmüller**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 20. April
Krieger, **Maria**, geb. **Bahr**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 22. April
Mai, **Hildegard**, geb. **Mielke**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 19. April
Maillard, **Anneliese**, geb. **Fischer**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 21. April
Möller, **Renate**, geb. **Neumann**, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 18. April
Moyseszyck, **Adolf**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 20. April
Petrat, **Adolf**, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 20. April
Riesmeier, **Waltraud**, geb. **John**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 20. April
Scherotzki, **Hannelore**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 18. April
Schumacher, **Christel**, geb. **Klein** aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 21. April
Steinke, **Wilhelm**, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, am 19. April
Tillmann, **Helga**, geb. **Naujoks**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 17. April
Waschkewitz, **Anita**, geb. **Ehlert**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 17. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Armbruster, **Irmgard**, geb. **Kampehl**, aus Neuhäuser, Kreis Fischhausen, am 20. April
Bardon, **Edelgard**, geb. **Runge**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. April
Bellmann, **Armin**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 19. April
Borek, **Magret**, aus Trabehn, Kreis Neusitten, am 23. April
Brandenburger, **Günter**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 21. April
Brocksieper, **Brigitte**, geb. **Fahrun**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 20. April
Brunk, **Hans-Joachim**, aus Groß Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 18. April
Butt, **Sieglinde**, geb. **Borbe**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 21. April
Drüge, **Brigitte**, geb. **Falkenau**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 18. April
Dümcke, **Monika**, geb. **Baumeister**, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 17. April
Glißmann, **Ingrid**, geb. **Stachowitz**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 23. April
Gust, **Prof. Dr. Dr. Wolfgang**, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 23. April
Haardt, **Waltraud**, geb. **Kröhnert**, aus Nassenfelde, Kreis Elchniederung, am 23. April
Hegmann, **Gerda**, geb. **Domnowski**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 23. April
Juckel, **Werner**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 18. April
Lunkowski, **Laya**, geb. **Seidl**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 17. April
Mischke, **Ingrid**, geb. **Klimmek**, aus Ortelsburg, am 23. April
Morin, **Frauke**, geb. **Dall**, aus Rhein und Rheinsfelde, Kreis Lötzen, am 20. April
Naujoks, **Klaus**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 23. April
Pingel, **Waltraut**, geb. **Hoffmann**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 19. April
Ritzek, **Manfred**, aus Pillkoppen, Kreis Fischhausen, am 20. April
Tiedtke, **Karin**, geb. **Fritzsche**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 23. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hesse, **Ulrich**, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, am 19. April
Rieck, **Wulf-D.**, aus Treuburg, am 17. April
Schattmann, **Karl-Heinz**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 21. April

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Die Arbeitstagung für die deutschen Vereine in Sensburg muss wegen der Corona-Krise leider ausfallen.

26. bis 28. Juni: 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
11. Juli: Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein
12. Juli: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen
18. bis 20. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Bitte vormerken für 2021
Jahrestreffen der Ostpreußen, 05.06.2021, CongressPark Wolfsburg

Wegen der Corona-Krise kann es – auch kurzfristig – zu weiteren Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Zusendungen für die Ausgabe 18/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 18/2020 (Erstverkaufstag 2. Mai) bis spätestens Dienstag, den 21. April 2020, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de,
Fax: (040) 41400850 oder
postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Ostpreußisches Landesmuseum

OL.

Unser Museum bleibt digital geöffnet

Seit einigen Wochen haben wir den Regierungsauflagen gemäß und unserer Verantwortung für die Gesundheit unserer Gäste und Mitarbeiter folgend alle Ausstellungen geschlossen und unsere sonstigen Veranstaltungsangebote vollständig abgesagt. Diese Maßnahmen gelten zunächst bis zum 20. April. Damit entfällt auch die Eröffnung unserer großen Sonderausstellung „Sielmann!“ über den großartigen Tierfilmer Heinz Sielmann. Diese tolle Ausstellung ist bereits aufgebaut, wir hoffen, Sie Ihnen so bald wie möglich präsentieren zu können.
Wie viele Kulturinstitutionen wollen wir Ihnen wenigstens auf digitalem Weg unsere Ausstellungen und Sammlungen näher bringen. Jede Woche soll deshalb ein Video erscheinen, in dem wir unsere Lieblingsstücke vorstellen oder über ein Ausstellungsmodul berichten.

www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Verbandsarbeit in Zeiten der Corona-Krise – Tipps und Anregungen

Die Ausbreitung des Corona-Virus „COVID-19“ hat erhebliche Auswirkungen, auch auf alle Ebenen der Verbandsarbeit des Bundes der Vertriebenen und seiner Mitgliedsverbände.

Vorstände aller Gliederungen müssen ausgewogene Entscheidungen treffen. Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen und andere Veranstaltungen sind derzeit entweder nur unter Schwierigkeiten oder aber gar nicht durchführbar. Behördliche Entscheidungen darüber, was genau zulässig und was nicht mehr gestattet ist, können sowohl die Landesregierung des jeweiligen Bundeslandes generell treffen wie auch die örtliche zuständige Stadt oder der Landkreis. Die Vorstände auf jeder Ebene sollten sich daher dazu genau und laufend informieren.

Natürlich wird es für die Arbeit sämtlicher Gliederungen, auch vor dem Hintergrund der weiteren Verbreitung des Corona-Virus, notwendig sein, auf Vorstands- und Mitgliederebene Beschlüsse zu fassen. Hierzu bot auch die bislang geltende Rechtslage, zum Teil je nach Satzungsregelung, bereits Möglichkeiten, wie etwa den Beschluss im schriftlichen Umlaufverfahren oder die Mitglieder-/Vorstandsversammlung ohne physische Präsenz, z.B. als Videokonferenz.

Mit der am 25. März 2020 im Deutschen Bundestag und am 27. März 2020 im Bundesrat verabschiedeten COVID-19-Gesetzesinitiative „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“ hat der Gesetzgeber hierzu im Vereins-/Stiftungsrecht für die Zeit der Corona-Krise einige Erleichterungen eingeführt. Zu finden sind diese im Artikel 2 „Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie“ (COVZvRMG) unter Paragraf 5.

Diese Bestimmungen gelten ab dem Tag nach der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt, jedoch nur im Jahr 2020. Danach gilt wieder die bisherige Rechtslage.

Konkret bieten sich in der aktuellen Situation folgende Möglichkeiten, die mit der genannten Gesetzesänderung übergangsweise erleichtert wurden:

1. Schriftliches Umlaufverfahren

Das schriftliche Umlaufverfahren ist eine häufig bereits eingeübte und bewährte Form der Beschlussfassung ohne Versammlung.

Rechtslage vor der COVID-19-Gesetzgebung

Wenn in der jeweiligen Satzung hierzu nichts anderes geregelt ist, können Beschlüsse laut BGB im Umlaufverfahren gefasst werden, wenn sämtliche (Vorstands-)Mitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschlussantrag schriftlich erklären. Die Zustimmung im schriftlichen Umlaufverfahren kann auch in elektronischer Form per E-Mail o.ä. erfolgen.

Abweichende Regelungen in der Satzung sind möglich. Insbesondere sind Mehrheitsklauseln zur Beschlussfassung zulässig.

Erleichterungen durch die COVID-19-Gesetzgebung

Mit den nunmehr verabschiedeten Erleichterungen genügt es für das Umlaufverfahren auch ohne konkrete Satzungsregelung, wenn sämtliche (Vorstands-)Mitglieder an der Beschlussfassung im Umlaufverfahren beteiligt werden, mindestens die Hälfte der Mitglieder bis zum Ende der gesetzten Entscheidungsfrist in Textform (dazu gehören auch Fax, E-Mail, WhatsApp, SMS und andere Nachrichtendienste) an der Abstimmung teilnehmen und der Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit gefasst wird.

Dadurch ermöglicht der Gesetzgeber, dass Beschlüsse in Abwesenheit gefasst werden können und dass die Verhinderung Einzelner, die sonst ein Umlaufverfahren blockieren kann, nicht zum Problem wird.

2. Virtuelle Versammlungen, Telefon- und Videokonferenzen

Manchen sind auch Telefon- oder Videokonferenzen als virtuelle Versammlungen bereits bekannt. Unter den aktuellen Gegebenheiten tritt hierbei auch ein weiterer Aspekt in den Vordergrund: Damit sind auch jetzt noch Gespräche und Austausch möglich – und somit aktive und lebendige Verbandsarbeit.

Rechtslage vor der COVID-19-Gesetzgebung

Wo schon jetzt in der Satzung die Möglichkeit virtueller Versammlungen geregelt ist, können solche Versammlungen ohne die oben genannten Einschränkungen eines schriftlichen Umlaufverfahrens durchgeführt werden. Beschlüsse werden auch hier mit den erforderlichen Mehrheiten gefasst.

Wo solche Satzungsregelungen fehlen, ist die Rechtslage nicht eindeutig. Überwiegend wird jedoch empfohlen, vor der virtuellen Beschlussfassung das Einverständnis sämtlicher (Vorstands-)Mitglieder zu einer virtuellen Versammlung einzuholen.

Erleichterungen durch die COVID-19-Gesetzgebung

Mit den nunmehr verabschiedeten Erleichterungen können von vornherein und auch ohne entsprechende Satzungsregelungen virtuelle Versammlungen einberufen werden.

Zusammen mit den Regelungen im Umlaufverfahren ergibt sich außerdem die Möglichkeit einer „gemischten Beschlussfassung“, z.B. indem einzelne Mitglieder vor einer – virtuellen oder physischen – Sitzung oder Versammlung ihre Stimmen schriftlich (zum Beispiel per Brief oder Fax) abgeben.

Hinweise zur technischen Durchführung

Technisch gibt es verschiedene Möglichkeiten, Telefon- oder Videokonferenzen durchzuführen:

a) Telekom

Die Telekom bietet die Sofortkonferenz an. Das ist die einfachste Form der Telefonkonferenz ohne Anmeldung oder Registrierung. Notwendige Schritte:

- Zeitpunkt festlegen, Teilnehmer einladen, Zugangscode (vierstellige Nummer) selbst festlegen und Teilnehmern mitteilen;
- alle Eingeladenen rufen 01805 1009 an, geben auf Aufforderung den Zugangscode ein und erhalten den Zugang zur Konferenz;
- jeder Teilnehmer trägt eigene Kosten (14 Cent/Min/Teilnehmer);
- bis zu 50 Teilnehmer pro Konferenz.

Für Mitgliedsverbände ist dies die einfachste und technisch am wenigsten aufwendige Methode, untereinander in Kontakt zu bleiben. Ein Telefon hat jeder, weitere technische Voraussetzungen sind nicht notwendig.

b) Videokonferenz per Skype

Über Skype kann inzwischen auch kostenlos eine Videokonferenz geführt werden. Voraussetzung ist ein PC oder ein Laptop mit Kamera und Mikrofon. Die meisten Laptops haben dies integriert; man kann entsprechende Geräte aber auch extern z.B. via USB anschließen. Außerdem sollte eine einigermaßen gute Verbindung zum Internet bestehen. Um eine Konferenz mit bis zu 50 Personen zu beginnen, geht man wie folgt vor:

- Laden Sie sich das Programm „Skype“ herunter. Melden Sie sich bei Skype an, und klicken Sie unter „Kontakte“ auf den Teil-nehmer, mit dem Sie eine Video-Konferenz führen wollen. Er muss dafür ebenfalls gerade bei Skype eingeloggt sein.
- Es erscheinen nun die Buttons „Anrufen“ und „Videoanruf“. Starten Sie den Videoanruf, und warten Sie, bis Ihr Konferenzpartner den Anruf angenommen hat und Sie ihn sehen können.

Sie können auch noch weitere Teilnehmer hinzufügen. Insgesamt können bis zu 50 Personen an der Konferenz teilnehmen. In der unteren Leiste sehen Sie nach Gesprächsbeginn den Button „Teilnehmer hinzufügen“, mit dem Sie weitere Personen auswählen und in das Video-Telefonat aufnehmen können.

- Auch von unterwegs können Sie ein Video-Telefonat durchführen oder an einer Konferenz teilnehmen: Die Skype-Apps für mobile Apple- bzw. Android-Geräte können aus den jeweiligen App-Stores heruntergeladen werden und bieten die gleiche Funktionalität.

Es gibt noch zahlreiche weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit, so bietet etwa Facebook einen „Workplace“ an, der ein umfassendes All-in-One-Kommunikationstool beinhaltet, einschließlich des Versandes von Daten.

Das Problem aller weiteren Kommunikationsmöglichkeiten besteht darin, dass die technischen Ansprüche sowohl an die Hardware als auch an die Softwareausstattung immer höher werden. Die beiden genannten Möglichkeiten der kontaktlosen Zusammenarbeit sind sehr niedrigschwellige Angebote, die auch von Kreis- und Landesverbänden bzw. entsprechenden landsmannschaftlichen Gliederungen genutzt werden können.

Zusammenhalt in der Pandemie Mit „Instant-Messaging-Diensten“ wie Skype können landsmannschaftliche Gruppen auch in Zeiten der Kontaktsperre ihre Gemeinschaft pflegen *Foto: pa*

3. Vorstände bleiben bis Abberufung oder Neuwahl im Amt

Eine weitere wichtige Frage, die sich auch unabhängig von Corona gelegentlich stellt, hängt mit dem Auslaufen von Amtsperioden zusammen: Was passiert, wenn eine Nach-/Neuwahl nicht rechtzeitig erfolgt?

Rechtslage vor der COVID-19-Gesetzgebung

Sieht die Satzung des Vereins/der Stiftung hierzu nicht vor, dass der Vorstand noch bis zur Neubestellung/Neuwahl im Amt bleibt, scheidet er mit Ablauf seiner Amtszeit automatisch aus. Hier droht Handlungsunfähigkeit, weil eine wirksame Vertretung im Rechtsverkehr nicht mehr möglich ist oder ein Organ beschlussunfähig wird.

Erleichterungen durch die COVID-19-Gesetzgebung

Vorstandsmitglieder eines Vereins/einer Stiftung bleiben jetzt auch nach Ablauf ihrer Amtszeit automatisch bis zu ihrer Abberufung oder bis zur Bestellung eines Nachfolgers im Amt.

Damit stellt der Gesetzgeber sicher, dass Stiftungen und Vereine handlungsfähig bleiben, selbst wenn zwischenzeitlich die Amtsperiode eines Amtsträgers abgelaufen ist.

BdV-Bundesgeschäftsstelle

ANZEIGE

☐ Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.preussische-allgemeine.de.**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:

BIC:

Datum, Unterschrift:

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft.
Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Prämie: 40 Euro

Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Landesgruppe - Liebe Mitglieder der Landesgruppe, wir alle sind betroffen von den Einschränkungen, die uns das Corona-Virus bescherte. Leider auch einige unserer Veranstaltungen. Sehr schmerzlich ist, dass das Kulturzentrum Ostpreußen den für den 25. April geplanten Landeskulturtag absagen musste.
Das Schloss und damit auch der Flügel des Kulturzentrums ist zunächst bis zum 19. April wegen der Corona-Einschränkungen geschlossen. Derzeit ist geplant, die Tagung zunächst um zwei Monate auf einen Termin Ende Juni/Anfang Juli 2020 zu verschieben.
Wir gehen davon aus, dass der Herbsttermin – der Kulturtag der Landesgruppe Bayern – ohne Einschränkungen stattfinden kann. Wenn Sie sich also auf den Termin gefreut hatten – so wie wir – so bleibt uns nur die Hoffnung auf den Nachholtermin – oder auf unseren Landeskulturtag im Herbst.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Liebsten, dass Sie gut über die Corona-Krise hinwegkommen und freuen uns auf ein Wiedersehen zur nächstmöglichen Gelegenheit.

Der Vorstand

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender:: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Tel. (06151) 148788

Landesgruppe – Der Vorstand der Landesgruppe Hessen sieht sich veranlasst, wegen der Corona-Pandemie die vom 9. bis 10. Mai 2020 geplante Kulturtagung leider abzusagen.

Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Vom Ordenskreuz zur Elchschaufel, von der Maas bis an die Memel zur dreigeteilten Provinz. Gedenkschrift der Landesgruppe NRW, 70 Jahre Landesgruppe NRW e.V. 1949–2019, 320 Seiten, A5-Format, 5,00 Euro zuzüglich Versandkosten. Die Schrift enthält zahlreiche Abbildungen in Farbe und schwarzweiß. Sie stellt ein Zeit-, Geschichts- und Kulturdokument ersten Ranges dar.
Bestellungen bitte an: Brigitte Schüller-Kreuer, Schriftführerin der Landesgruppe NRW, E-Mail: Schueller-Kreuer@Ostpreussen-NRW.de oder telefonisch unter (02224) 9873767.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Landesgruppe – Am Mittwoch, den 8. April 2020 wurde unser Lehrerseminar der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Freistaat Sachsen e.V. und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. in den sächsischen Bildungskatalog des Landesamtes für Schule und Bildung, mit der Veranstaltungsnummer: C05552, aufgenommen. Dieses Seminar findet am 24. August 2020 in unserer Begegnungsstätte statt.

Beschreibung des Seminars: Die Kenntnisse über die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa sind bei vielen Lehrern und Schülern zu wenig ausgeprägt. Wir sind der Auffassung, dass eine sachgerechte Kenntnis davor schützt, radikalen oder antidemokratischen Kräften auf den Leim zu gehen. Wir werden sie über Krieg und Kriegserfahrungen der Völker Europas informieren. Ein Mitglied der Landesgruppe hat sich bereit erklärt, seine Erlebnisse und Erfahrungen den Lehrern zu berichten, nicht nur von der Flucht, sondern auch einen Bericht über sein Leben in der DDR. Und weiter wird die wechselvolle Geschichte der Deutschen aus Russland ein Thema eines Vortrages sein.

Ziele des Seminars: Zeitzeugengespräche haben sich in den letzten Jahren als besonders geeignet erwiesen, bei der jüngeren Generation Empathie und Interesse zu entwickeln. Schicksalsweg, Geschichte und das Kriegsfolgenschicksal der Ost- und Westpreußen und der Deutschen aus Russland werden beleuchtet.

Nach jahrelangen und unermütlichen Bemühungen unserer Landesgruppe, mit dem Landesamt für Schule und Bildung ins Gespräch zu kommen, ist es uns nun gelungen, dieses Lehrerseminar vorzubereiten und durchzuführen. Oftmals ist es zu keinem Gespräch mit den Verantwortlichen gekommen. Nun fanden wir ein offenes Ohr und möchten uns auf diesem Weg recht herzlich für die Bemühungen des Landesamtes für Schule und Bildung im Voraus bedanken.

Alexander Schulz

Balga war – ab 1239 errichtet – die älteste Burg des Deutschen Ordens auf dem Gebiet des heutigen nördlichen Ostpreußens. Ab 1627 wurde die Burg abgebrochen, um Baumaterial für die Festung Pillau zu haben. Im Frühjahr 1945 hatte hier die Wehrmacht ihren letzten Brückenkopf am östlichen Ufer des Frischen Haffs. *Foto: Bildarchiv Ostpreußen*

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Schwarzenbek – Die Corona-Pandemie zwingt die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Schwarzenbek, die am 18. April 2020 vorgesehene Feier zum 70-jährigen Bestehen der Landsmannschaft zu verschieben.

Wenn es die Situation zulässt, ist der 8. August 2020 als neuer Termin angedacht. Der 8. August ist der nächstgelegene Sonnabend zum 70-jährigen Bestehen der Charta der Vertriebenen, die am 5. August 1950 von namhaften Vertretern der Vertriebenen unterzeichnet wurde. Darin verzichteten die Vertriebenen nach allem ihnen zugefügten Leid und Unrecht, nach dem unwiederbringlichen Verlust ihrer Heimat und der totalen Enteignung, auf Rache und Vergeltung. Sie bekundeten, mit allen Kräften die Schaffung eines geeinten Europas zu unterstützen, in dem Völker ohne Furcht und Zwang leben können. Die Vertriebenen verpflichten sich in ihrer Charta auch, durch unermüdliche Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands und Europas teilzunehmen.

Peter Gerigk

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN im Deutschordensschloß Ellingen

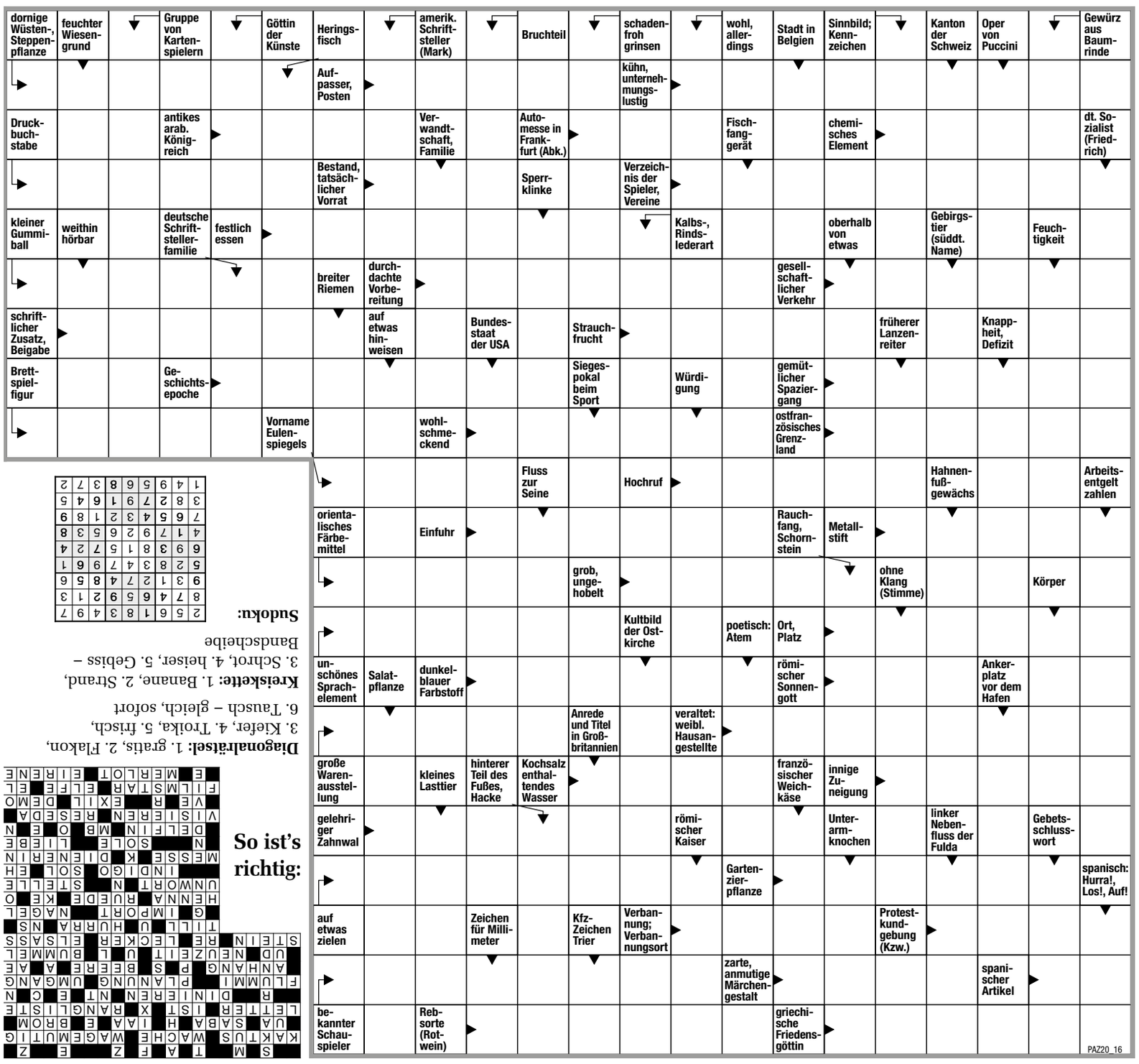
Kulturzentrum Ostpreußen

Wegen der aktuellen Corona-Ausbreitung ist die Residenz Ellingen zunächst bis mindestens 19. April für den Besuchsverkehr geschlossen.

Aus diesem Grunde kann auch die Ausstellung **„Wilhelm Voigt aus Tilsit. Der Hauptmann von Köpenick“** derzeit nicht besichtigt werden. Sobald der Besuch der Ausstellung wieder möglich sein wird, werden wir Sie informieren. Aktuelle Informationen finden Sie auch auf unserer Internetseite:

www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Rätsel

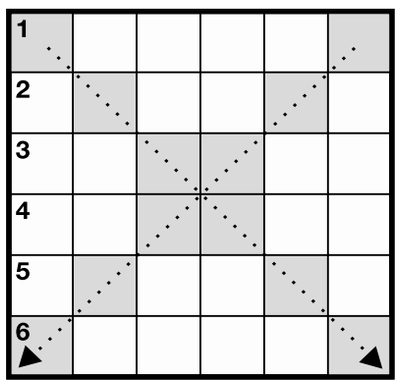


Sudoku

			1					
	7	4	6		9	2		
9					4	8	5	
5							6	
6		3				7		4
	1							8
	6	5	4					9
		2	7		1	6	4	
					8			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



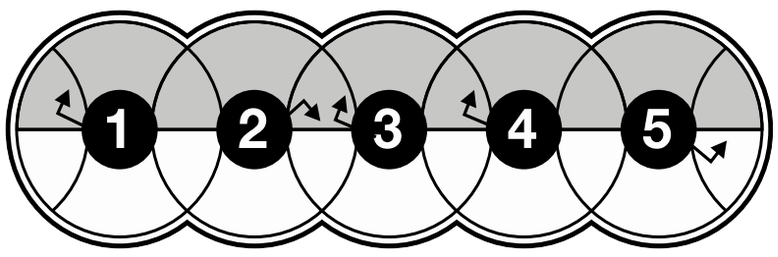
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Bezeichnungen für prompt.

1 umsonst
2 geschliffenes Fläschchen
3 Nadelbaum
4 russisches Dreigespann
5 kühl; nicht müde
6 Umwechslung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Teil der Wirbelsäule.

1 Südfrucht, **2** Uferstreifen, **3** grob gemahlenes Getreide, **4** rau und fast tonlos (Stimme), **5** Gesamtheit der Zähne



So ist's richtig:

Sudoku:

2	5	6	1	8	3	4	9	7
8	7	4	6	5	9	2	1	3
9	3	1	2	7	4	8	5	6
5	2	8	3	4	7	9	6	1
6	9	3	8	1	5	7	2	4
4	1	7	9	2	6	5	3	8
7	6	5	4	3	2	1	8	9
3	8	2	7	9	1	6	4	5
1	4	9	5	6	8	3	7	2

Diagonalrätsel: 1. gratis, 2. Flakon, 3. Kiefer, 4. Troika, 5. frisch, 6. Tausch – gleich, sofort

Kreiskette: 1. Banane, 2. Strand, 3. Schrot, 4. heiser, 5. Geiss – Bandscheibe

Heimatkreisgemeinschaften

Gumbinnen

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

Achttägige Busreise nach Gumbinnen, 27. Mai bis 03. Juni 2020
Sonderreise für die Kreisgemeinschaft Gumbinnen, Reiseleitung: Gerhard D. Thies

Auch in diesem Jahr beteiligt sich die Kreisgemeinschaft an einer Reise nach Gumbinnen. Bei der Stadtführung in unserer Kreisstadt kann Ihnen der Gumbinner Gerhard Thies kompetent aus eigenem Erleben die historische Entwicklung der Stadt erläutern, bis zum heutigen gelungenen Aufbau von Gusev, an dem die Kreisgemeinschaft ihren Anteil hat. Mit Recht kann man von der schönsten Stadt im Königsberger Gebiet sprechen.

Programmablauf:

1. Tag: Anreise nach Thorn
Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Thorn. Ihr in Altstadtnähe gelegenes Hotel ist ein guter Ausgangspunkt, um am Abend noch die sehenswerte Thorner Altstadt auf eigene Faust zu erkunden.

2. Tag: Oberländischer Kanal
Nach dem Frühstück Weiterreise nach Ostpreußen. Südlich von Elbing erwartet Sie ein Höhepunkt Ihrer Reise: eine Fahrt auf dem Oberländischen Kanal. Hier überwinden die Schiffe auf der restaurierten Strecke zwischen Buchwalde und Hirschfeld den Höhenunterschied zwischen dem Ermland und dem Oberland durch das sogenannte Aufschleppen über Rollberge. Anschließend Weiterreise über den polnisch-russischen Grenzübergang und von hier weiter bis nach Gumbinnen. Abendessen und Übernachtung in Gumbinnen.

3. Tag: Gumbinnen
Am Vormittag Stadtführung durch Gumbinnen mit dem gebürtigen Gumbinner Gerhard D. Thies. Sie besuchen unter anderem den Gumbinner Elch, die frühere Friedrichsschule mit Besichtigung des historischen Freskos mit der Darstellung der Ankunft der Salzburger in Ostpreußen, die neue russisch-orthodoxe Kirche, die historische neugotische Fassade der früheren Volksbank, und die Gedenkstätte in der ehemaligen Wilhelmstraße. Ein Spaziergang auf der Promenade an der Pissa führt vorbei an den russischen Ehrenmalen zum Ersten und Zweiten Weltkrieg, zum alten Friedhof und neu erbauten Sportzentrum am Zusammenfluss von Pissa und Rominte.

Am Nachmittag besuchen Sie bei einem kleinen Ausflug Judtschen/Kanthausen mit Besuch des restaurierten Pfarrhauses. Hier lebte von 1747 bis 1750 der junge Immanuel Kant als Hauslehrer der Kinder der Pfarrersfamilie. Abendessen und Übernachtung in Gumbinnen.

4. Tag: Trakehnen und Rominter Heide
Ausflug in die einzigartige Landschaft der Rominter Heide und Besuch des einst weltberühmten Gestütes in Trakehnen. Im früheren Forsthaus Warnen am Rande der Rominter Heide, in dem heute die russische Familie Sajac eine Landwirtschaft und ein kleines Gästehaus betreibt, werden Sie zum leckeren Mittagsimbiss erwartet. Für Ihre individuellen Ausflüge steht unser bewährter Taxiservice bereit. Übernachtung in Gumbinnen.

5. Tag: Königsberg
Nach dem Frühstück Weiterreise nach Königsberg. Während einer Stadtführung besichtigen Sie die historischen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Dom mit dem Kant-Grab, das Königstor und andere. Vom neuen Fischdorf starten Sie zu einer kleinen Bootsfahrt auf dem Pregel, an der Kneiphofinsel mit dem Dom vorbei bis zum Königsberger Hafen. Anschließend werden Sie in einem Restaurant zum gemeinsamen Mittagessen erwartet.

Ein Höhepunkt Ihres Ausfluges nach Königsberg ist ein Orgelkonzert im Dom. Das in Deutschland hergestellte Instrument gehört heute zu den größten im ganzen Ostseeraum. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

6. Tag: Kurische Nehrung
Heute unternehmen Sie einen Ausflug auf die Kurische Nehrung. Die einzigartige Landschaft der zirka 100 Kilometer langen Landzunge zwischen der Ostsee und dem Kurischen Haff wird durch die höchsten Wanderdünen Europas geprägt. Bei einem Spaziergang auf die Epha-Höhe haben Sie eine grandiose Aussicht über die großen Sanddünen, die Ostsee und das Kurische Haff. Bei Rossitten besuchen Sie die Feldstation „Fringilla“, der 1901 gegründeten Vogelwarte Rossitten, damals die erste ornithologische Beobachtungsstation der Welt. Hier erleben Sie hautnah das Beringen der Zugvögel. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

7. Tag: Marienburg
Auf der ersten Etappe der Heimreise erwartet Sie noch ein letzter Höhepunkt Ihrer Reise: eine Führung durch die Marienburg. Die weltweit größte aus Backstein errichtete Burganlage beeindruckt den Besucher bis heute durch ihre Größe und Architektur.

Anschließend Weiterreise nach Westen durch Pommern zur letzten Zwischenübernachtung in Schneidemühl/Pila.

8. Tag: Heimreise
Rückreise nach Deutschland.

Programmänderungen sind möglich. Leistungen:
- Fahrt im modernen Fernreisebus mit Klimaanlage, WC und Kaffeeküche
- Übernachtungen
- Besichtigungsprogramm wie beschrieben
- deutschsprachige Betreuung während des Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen sowie zu den Besichtigungen in Polen
- Visa-Beschaffung

Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25 Personen.
Preis p.P. EUR 799,-,
Einzelzimmerzuschlag: EUR 175,-
Visagebühr: EUR 85.-
Auskunft bei der Kreisgemeinschaft Gumbinnen, Vorsitzende Karin Banse , Tel. (05825) 642.

Anmeldungen direkt beim Reiseveranstalter Partner-Reisen Grund-Touristik GmbH & Co. KG, Telefon (05132) 58 89 40.

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
Telefon: (040) 41 40 08 - 34
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de
Bürozeiten: Dienstag–Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft.
Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.
Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 €. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de.

Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothaenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de
Geschäftsstelle: Telefon (0152) 29032268, E-Mail: KGL-info@web.de

Ab sofort ist unsere Geschäftsstelle unter der Telefonnummer +49 (0) 152 290 32 268 zu erreichen. In dringenden Fällen steht auch der Kreisvertreter als Ansprechpartner zur Verfügung. Außerdem gibt es ab jetzt eine E-Mail-Adresse für die Geschäftsstelle: KGL-info@web.de

Busreise nach Lötzen und Rhein zur Goldenen Konfirmation

Sonderreise für die Kreisgemeinschaft Lötzen, 18.6.–25.6.2020

1. Tag : Anreise nach Posen
Fahrt ab Lehrte (mit Möglichkeit, die PKW auf unserem Betriebshof abzustellen) und ZOB Hannover sowie weiter mit Zustiegsmöglichkeiten nach Absprache entlang der Autobahn und am Bahnhof Berlin-Schönefeld. Auf der Weiterreise verlassen wir bei Schwiebus (Swiebodzin) die Autobahn für einen Stopp an der monumentalen Christusfigur, die dort 2010 auf einem gut 16 Meter hohen aufgeschütteten Hügel errichtet wurde und – inklusive der drei Meter hohen Krone – 36 Meter misst. Damit ist sie weltweit die höchste Christusfigur. Am Nachmittag erreichen wir Posen, wo wir im zentral gelegenen „Novotel Centrum“ unsere Zimmer beziehen. Abendessen im Hotel.

2. Tag: Posen und Lötzen
Nach dem Frühstück Stadtführung in Posen. Der zentrale Altmarkt wird geprägt durch das sehenswerte Renaissance-Rathaus, an dessen Uhr jeden Tag um 12 Uhr die Figuren zweier Ziegenböcke, das Wappen von Posen, erscheinen. Gerahmt wird der Platz von sehr schönen Bürgerhäusern. Der älteste Teil Posens, dessen Entstehung auf etwa das 9. Jahrhundert zurückgeht, ist jedoch die Dominsel mit dem St.-Peter-und-Pauls-Dom, der hier bereits um das Jahr 1000 als romanische Basilika errichtet und im 14. Jahrhundert zu einer gotischen Kirche umgestaltet wurde. Hier befindet sich in der Goldenen Kapelle das Grabmal der ersten Herrscher Polens – Mieszko I. und Boleslaw des Tapferen.

Anschließend geht es weiter Richtung Masuren, am späten Nachmittag Ankunft in Lötzen. Zimmerbezug im Hotel „Wodnik“.

3. Tag: Lötzen und in Rhein
Der heutige Tag steht Ihnen ganz zur Verfügung für individuelle Unternehmungen in Lötzen. Für alle Teilnehmer aus Rhein, die an dieser Reise teilnehmen, um an der dortigen Goldenen Konfirmation teilzunehmen, fährt der Bus am Vormittag nach Rhein und holt Sie am Nachmittag dort wieder ab.

4. Tag: Goldene Konfirmation
Teilnahme an den Gottesdiensten und Feiern zur Goldenen Konfirmation in Lötzen und Rhein.

5. Tag: Masurenrundfahrt
Heute geht es auf Rundfahrt durch Masuren. Nach einem Besichtigungsstopp in Rastenburg erreichen wir Heiligelinde und besuchen die imposante barocke Klosterkirche mit ihrer berühmten Orgel, die wir in einem Anspiel erleben. Dabei ist das Orgelspiel nicht nur akustisch interessant, sondern aufgrund der vielen beweglichen Figuren an dem großen Instrument auch sehenswert. Am Nachmittag erreichen wir Nikolaiken mit dem berühmten Stinthengst. Nach einem geführten Ortsrundgang bleibt Freizeit für einen Bummel über die hübsche Seeuferpromenade mit ihren vielen Cafés. Gegen Abend Rückkehr nach Lötzen.

6. Tag: Schiffsfahrt
Heute geht es per Schiff über mehrere masurische Seen. Dabei führt die Route auch durch den Dargainensee und den Mauersee. Von Angerburg geht es per Bus weiter auf die Jägerhöhe, von der aus man eine wunderbare Aussicht über die masurische Seenlandschaft hat. Anschließend statten wir noch Goldap einen Besuch ab, und in Lyck werden wir am Wasserturm von den Mitgliedern der Gemeinschaft der Deutschen Minderheit zum Kaffeetrinken erwartet. Dabei geht es immer sehr gemütlich zu, und ein kleiner Bärenfang darf dabei auch nicht fehlen.

7. Tag: Oberländischer Kanal
Heute nehmen wir Abschied von Lötzen und treten die erste Etappe der Heimreise an. Südlich von Elbing wartet eine Fahrt auf dem Oberländischen Kanal, eine ingenieurtechnische Meisterleistung des 19. Jahrhunderts. Hier überwinden die Schiffe die Strecke zwischen Buchwalde und Elbing durch das sogenannte Aufschleppen über Rollberge. Danach Weiterfahrt nach Westen zur letzten Zwischenübernachtung in der Nähe von Landsberg an der Warthe. Das Hotel im Ferienörtchen Dlugie heißt ebenfalls „Wodnik“ und wird von der deutsch-polnischen Familie Zabel sehr persönlich geführt. Es liegt malerisch oberhalb eines Sees. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Wodnik“ in Dlugie.

8. Tag Heimreise
Nach dem Frühstück Heimfahrt, Ausstieg an den verschiedenen Zustiegsstellen der Hinreise.
Programmänderungen sind vorbehalten.

Leistungen:
- Fahrt im modernen Fernreisebus mit Klimaanlage, WC und Kaffeeküche
- Übernachtungen in Hotels und Pensionen
- Besichtigungsprogramm wie beschrieben
- Alle Steuern und Gebühren sind im Preis enthalten, inkl. Straßengebühren in Polen.
- Deutschsprachige Betreuung während des Aufenthaltes zu den einzelnen Ausflügen

Preis pro Person: 689 Euro, Einzelzimmerzuschlag: 50 Euro. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25 Personen.
Informationen und Anmeldung: Kreisgemeinschaft Lötzen, Dieter Arno Milewski, Tel. (05424) 45 53, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de

Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276,
E-Mail: u-pokraka@t-online.de.
Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Aufgrund der Situation wegen des Coronavirus bleibt die Heimatstube der Kreisgemeinschaft Neidenburg in Bochum-Werne, Kreyenfeldstr. 31, bis auf Weiteres geschlossen. Wir bitten um Verständnis für diese Maßnahme und wünschen Ihnen beste Gesundheit in diesen schweren Zeiten.

Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748.
Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Auf Vorstandsbeschluss konnte der Schatzmeister der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V., Manfred Gesien, die Ehrenurkunde und -medaille der Stadtgemeinschaft einem verdienstvollen Ehepaar übergeben.

Bettina und Siegfried Müller haben seit Jahren mit ansehnlicher Spendenhöhe die Arbeit der Stadtgemeinschaft unterstützt, gleichwohl sie beide im Badischen geboren wurden. Ihre Motivation, die sie in ihrer Antwort wundervoll empathisch ausdrücken, resultiert aus Dankbarkeit für Bettina Müllers Vater Bruno Swillus, der in Tilsit, in der dortigen Nordstraße geboren, seit frühester Kindheit auf dem Hof seiner Eltern Max und Therese Swillus gearbeitet und im Hotel „Deutscher Kaiser“ in Neu Lappienen den Beruf des Kochs erlernte (siehe Ostpreußisches Bildarchiv, Bild-ID 6806; Neu Lappienen, ab 1938 Rautersdorf in der Niederung, ab 1939 Elchniederung und seit 1946 heißt es Malije Bereschkij, also „Kleines Flussuferchen“ wörtlich übersetzt).

Bereits 1939 wurde Vater Bruno zum Kriegsdienst eingezogen, aus dem er zehn Jahre später aus der Gefangenschaft ins Badische entlassen wurde. Erst 20 Jahre nach Kriegsbeginn konnten sich Vater und seine Mutter Therese wiedersehen, die im Jahre 1959 aus der SBZ zum Vater umziehen durfte.

Die Liebe zu Ostpreußen entstand bei Bettina und Siegfried Müller aus den Erzählungen des Vaters und der Großmutter, die offenbar einfühlsam die einprägsamen Wolkenfelder über der Elchniederung, die Weite des Landes, die riesigen Getreidefelder, die Ruhe des Memelstromes, die zum Baden einladende Gilge, zugleich den Fleiß und den Gemeinschaftssinn der Bevölkerung an Kind und Enkel vermitteln konnten.

„In einem Zimmer hängt die Königin-Luisen-Brücke gerahmt, wie sie vor der Zerstörung durch die Wehrmacht ausgesehen hat, mit dem Portal auf der Tilsiter Seite. Dieses Bild hat meine Oma mit auf die Flucht genommen“, schreibt Bettina Müller in ihrem Dankesbrief an die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. und beendet ihn mit einem wundervollen Satz: „Solange ich in der Lage bin, werde ich die Stadtgemeinschaft Tilsit weiterhin unterstützen“.

Prof. Günter H. Hertel

IDYLLE IN OSTPREUSSEN

Als Lehrerin in Gertlauken

Marianne Peyinghaus erfuhr mit dem Fahrrad das Land zwischen Tilsit und Königsberg

VON LYDIA WENZEL

Mit gerade einmal 20 Jahren kommt Marianne Günther Ende 1941 im 1000 Kilometer von ihrer Heimat Köln entfernten Gertlauken an, einem idyllischen ostpreußischen Dorf zwischen Tilsit und Königsberg. Die junge Lehrerin, die noch mitten in ihrer Ausbildung steckt, soll hier die Dorfschule übernehmen. Eine enorme Aufgabe, zumal der einzige bisherige Lehrer dort an die Front beordert wurde. Anstatt sich aber von der völlig fremden Umgebung oder den Tücken des Unterrichtens unter den Entbehrungen des Krieges entmutigen zu lassen, nimmt sie die Schule mit 115 Schülerinnen und Schülern in die Hand und macht das Beste aus der Situation.

Schon bald hat die unternehmungslustige junge Lehrerin Land und Leute mehr als liebgewonnen und erkundet ihre Umgebung bei jedem Wetter mit dem Fahrrad. So fährt sie regelmäßig zu einer Freundin nach Weidlacken, besucht Insterburg, Gumbinnen und das Haff. Ihre scharfsinnigen Beobachtungen ihres neuen Alltags und ihrer Ausflüge schildert sie ihrer Familie im fernen Köln mit viel Witz und Charme und ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen in meist wöchentlichen Briefen.

Die Sammlung dieser Briefe – nunmehr Marianne Peyinghaus' – ist nun als „Stille Jahre in Gertlauken" neu erschienen, um einige Tagebucheinträge Mariannes während ihrer späteren Flucht aus Ostpreußen zurück nach Köln und ein Nachwort des Herausgebers ergänzt. Die lebhaften und unverblümten Schilderungen lesen sich streckenweise wie ein Roman und geben dabei wertvolle Einblicke in Leben und Kultur der Menschen in Ostpreußen, das Alltagsleben während des Krieges und die Gedankenwelt einer jungen Frau, die sich in beides erst hineinfindet.

Genoss das Leben in der ostpreußischen Idylle in vollen Zügen: Marianne Peyinghaus, geborene Günther, scheute keine Wege, um ihre Freundin in Weidlacken zu besuchen oder Insterburg, Gumbinnen und das Haff zu erkunden *Foto: privat*

Dabei spielt immer öfter auch die Sorge um ihre Familie wegen der häufiger werdenden Bombennächte in ihrer Heimatstadt und ihren Bruder an der Front eine Rolle, genauso wie Versicherungen, dass es ihr gut gehe und sie bei der Dorfgemeinschaft, die sie liebevoll aufnimmt, „immer gleich mitessen" müsse. Dieser stete Wechsel aus unbeschwerten Momenten, die sie immer wieder findet, und der Sorge angesichts der näher rückenden Front und des Krieges macht diese Sammlung besonders interessant und verdeutlicht, wie wichtig es ist, auch in scheinbar ausweglosen Situationen nicht den Sinn für Humor und den Mut zu verlieren.

„Meine lieben Eltern, es war ein schöner, unendlich friedlicher Tag, dass man den ganzen schrecklichen Krieg mit all seinem Elend vergessen konnte. Dass solche Gegensätze bestehen können – im selben Land, zur gleichen Zeit."

Marianne Peyinghaus: „Stille Jahre in Gertlauken. Erinnerungen an Ostpreußen", Rautenberg, Würzburg 2019, 244 Seiten, 16,95 Euro

KULTURGUT

Keilchen und Glumse

Unter der Federführung von Heike Zander ist im Selbstverlag der Kreisgemeinschaft Goldap ein Kochbuch entstanden, das Erinnerungen aufleben lässt an Bobas, Kissehl und Schmandschinken, Schedderstroh und Hasenbraten. Auch Marzipan, Mohnstriezel und Meschkinnes und vieles mehr findet man auf den Seiten, die mit kleinen Zeichnungen oder Fotos geschmückt sind. Für die nachgeborenen Generationen soll die ostpreußische Kultur festgehalten werden, das ist mit dieser Arbeit gelungen.

Neben ostpreußischen Koch- und Backrezepten kann man ostpreußisch Platt auch in hochdeutscher Übersetzung erlernen sowie Trinksprüche, Gedichte, kleine Weisheiten und Geschichten. Es ist mehr als ein Kochbuch, in ihm ist ostpreußisches Kulturgut enthalten.

Die einzelnen Rubriken lauten: Kräuter und Gewürze, Suppen, Salate, Gemüse- und Kartoffelgerichte, Eintöpfe, Geflügel- und Wildgerichte, Fleischgerichte. Fisch-, Glumse-, Mehl- und Eierspeisen, Nachspeisen, Backwerk und Seelenwärmer, die bekannten ostpreußischen alkoholischen Getränke sowie Rezepte für die Gesundheit.

Das Vorwort hat die stellvertretende Kreisvertreterin Annelies Trucewitz überschrieben: „Kochen macht glücklich, essen auch." *WS*

Kreisgemeinschaft Goldap: „Keilchen und Glumse", Ringbuch, 210 Seiten, 11,90 Euro

Bezugsadresse: Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44 a, 21680 Stade, E-Mail: verkauf@goldap.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Der Wald ist tabu, nicht jedoch die Kirche

Die polnische Bevölkerung stimmt den Corona-Einschränkungen zu, aber es gibt einige Ungereimtheiten

Etwa 87 Pozent der polnischen Staatsbürger befürworten die staatlich verordneten Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie. Dies berichtet die Zeitung „Rzeczpospolita", die das Institut für Markt- und Gesellschaftsforschung (IBRIS) mit einer Meinungsumfrage beauftragt hatte. 62 Prozent der Befragten unterstützen die Maßnahmen im vollen Maße, 25 Prozent sind „eher dafür".

Die Fragestellung war: „Sind Sie mit dem Verbot, die Wohnung ohne triftigen Grund zu verlassen und für hohe Bußgelder bei Nichteinhaltung einverstanden?" Die wenigsten Befürworter der Restriktionen wohnen in Großstädten, dort waren 75 Prozent der Befragten einverstanden. In kleineren Städten lag die Zustimmung bei 88 Prozent, während die Menschen auf dem Land zu 91 Prozent zustimmten.

Was wundert, ist die Tatsache, dass ausgerechnet die Risikogruppe der über 70-Jährigen Probleme mit den Verordnungen hat – nur 70 Prozent stimmten den Einschränkungen zu, während die 18- bis 29-Jährigen zu 87 Prozent zustimmen. In der Altersgruppe von 30 bis 39 Jahren waren es gar 98 Prozent. Auch wenn die überwiegende Mehrheit das Gebot der sozialen Distanz begrüßt, sieht es bei einzelnen Verboten anders aus.

Einen besonders deutlichen Widerwillen löst das Verbot des Betretens von Wäldern aus. Dabei schreibt man doch eher den Deutschen eine innige Liebe zu ihrem romantischen Wald zu. 160 000 Menschen haben gegen diese Vorgabe bereits mit einer Internetabstimmung ihre Stimme erhoben. Sie sehen keine größere Gefahr im Waldspaziergang als bei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Besuch eines Ladens oder der Kirche. Vielleicht sieht der Durchschnittspole hier die Gefahr heraufziehen, dass seine Lieblingsspeise, der kostenlos zu pflückende Pilz, in dieser Saison nicht zur Verfügung stehen könnte.

Nicht zu vergessen sind die kirchlichen Feiertage, an denen viele Polen besonders zahlreich die Gotteshäuser besuchen. Dazu zählen die Christmette, Aschermittwoch und die Auferstehungsmesse (Resurrektion) am Ostersonntag. Letztere fällt nun erst einmal aus. Die Kongregation für Gotteskult und sakramentale Disziplin des Polnischen Episkopats appelliert an die Gläubigen, Onlinegottesdienste zu nutzen und keine Kirchen zu besuchen. In ihrem Dekret vom 9. April steht, dass die Ostermesse nur in Kathedralen und Gemeindekirchen gelesen werden sollte. Denn erstaunlicherweise hat man den Polen den Gang in die Kirche im Gegensatz zum nahezu leeren Wald nicht grundsätzlich verboten. Laut Verordnung dürfen sie sich jedoch nicht zu mehr als fünf Personen, abgesehen von den Zelebranten, zu einer Messe versammeln.

Fußgänger-Grenzbrücke zwischen Deschka und Penzig [Piensk] in der Oberlausitz: Wie alle Grrenzübergangsstellen ist auch diese geschlossen

Foto: Wagner

In den Kirchen fällt immerhin die Segnung der Lebensmittel aus, genau wie das Osterfeuer und Osterprozessionen. Primas Wojciech Polak gab den Diözesanbischöfen die Möglichkeit zu entscheiden, ob die Osterprozessionen in den Herbst verschoben werden. „Wir sollten nicht traurig über das begrenzte liturgische Feiern sein. Die Worte unseres Herren: ‚Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, dort bin ich mitten unter ihnen' (Matthäus 18, 20), sollen uns in diesen schweren Tagen besonders trösten und Hoffnung bringen", so Primas Polak in seiner Ansprache an die Gläubigen.

Chris W. Wagner

BAUDENKMAL

Tribsees und sein wahrer Schatz

Vorpommersche Kleinstadtkirche beherbergt seltenen Mühlenaltar

Die Thomaskirche, sie beherbergt einen der sehr seltenen Sakraments- oder Mühlenaltare. *Foto: Karl-Heinz Engel*

Vom vorpommerschen Städtchen Tribsees wäre von der A 20 aus kaum etwas zu erkennen, lenkte ein Kirchenbau nicht schon von weitem den Blick auf den Ort. Wuchtiger Backsteinturm, rotes Ziegeldach – das ist sie, die Tribseeser Thomaskirche, wie sie sich über die kleinen Häuser der 2600 Einwohner zählenden Stadt erhebt. Tribsees, nur von Recknitz- und Trebeltal von Mecklenburg getrennt, war nicht nur ein Ackerbürger- und Handwerkerstädtchen, wie es etliche gab. Wegen ihrer geografischen Lage hatte sie auch als Grenz- und Zollstation Bedeutung. Aber das ist lange her. Neuere Bekanntheit erlangt Tribsees eher durch die Bauschäden an der unweit entlang führenden A 20 und den daraus resultierenden Staus.

In der schnellen Welt von heute rollt der Verkehr dennoch an der Stadt vorbei. Dabei ist die mittelalterliche Tribseeser Kirche wirklich einen Abstecher wert. Wer das Innere betritt, wird von einem wohlproportionierten, dreischiffigen Raum empfangen, dessen hellblau getünchte Gewölbereihen von weißroten Kreuzrippenbögen gegliedert sind. Baugeschichtsinteressierte dürften schnell interessante Details entdecken, denn immerhin stammen die ältesten Teile, wie an den romanischen Leibungen zu erkennen, aus der Zeit der Stadtgründung in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Mönche des 1231 südwestlich von Stralsund gegründeten Zisterzienserklosters Neuenkamp, später Franzburg, sollen in der weiteren Folge Regie geführt haben. Deutliche Spuren haben freilich auch andere Stilrichtungen hinterlassen.

Beim Rundgang lenken alsbald Glaubenszeugnisse verschiedener Epochen, so vor allem der Licht durchflutete Chor mit dem 5,50 Meter breiten und zwei Meter hohen Flügelaltar, die Aufmerksamkeit auf sich. Ein rechter Ort für den, der Einkehr und Erbauung sucht. Bei gründlicher Betrachtung des Altars wird es wirklich spannend: Das beeindruckende Stück zählt nämlich zu den wenigen Mühlenaltären, die in Deutschland bekannt sind. Warum Mühlenaltar, erzählt die Skulpturenszenerie des Mittelschreins mit dem hochmittelalterlichen Sakramentsmühlenmotiv. Das machte Gläubige mit dem Geheimnis der Transsubstantiation (geistliche Wesensverwandlung) vertraut. Zu erkennen sind die Evangelisten Markus, Matthäus, Johannes und Lukas in Gestalt ihrer Symbole (Löwe, Engel, Adler, Stier), wie sie im Beisein der zwölf Apostel Spruchbänder mit alttestamentlichen Prophetien in einen Mühlentrichter geben. Nach dem Mahlgang verlassen die Bänder die Mühle mit dem Ergebnis, dass ihre frohe Botschaft im Jesuskind Menschengestalt angenommen hat. Jesus selbst fängt die Evangelien in einem Abendmahlskelch auf. Die Kirchenlehrer Augustinus, Gregor der Große, Hieronymus und Ambrosius stehen dem Gottessohn segnend zur Seite. Gedeutet wird die Darstellung auch als sinnbildliche Verbindung von altem und neuem Testament. Man muss sich freilich etwas Zeit nehmen, um die biblischen Gestalten und die Glaubensbotschaft des Mühlenaltars zu verstehen. Dann aber gewinnt die Darstellung eine starke Kraft.

Rostocker Holzschnitzer fertigten vor fast 600 Jahren diesen Tribseeser Mühlenaltar. Der Mittelschrein macht Betrachter mit dem Geheimnis der Transsubstantiation, der geistlichen Wesensverwandlung, vertraut. *Foto: Karl-Heinz Engel*

Der 1430/40 in einer Rostocker Holzschnitzerwerkstatt - also im nahen Mecklenburgischen - entstandene Schrein mit seinen 67 Figuren erzählt noch eine Reihe weiterer biblischer Geschichten. Die Szenarien sind von den Holzschnitzern mit einem für die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts erstaunlichen Formensinn nachempfunden worden, zu erkennen an den ausdrucksstarken Gesichtern und dem Faltenwurf der Kleider. Bemerkenswert auch, dass der Altar sowohl den Bildersturm der Reformation als auch Kriege und Feuersbrünste nahezu unbeschadet überstand. 1996/97 ist das fast 600 Jahre alte Werk restauriert worden.

Die Zisterzienser verwandten das Motiv der Sakramentsmühle seinerzeit recht häufig. Wahrscheinlich haben sie auch in Tribsees ihren Einfluss geltend gemacht. Schreine wie der in der Tribseeser Kirche sind heute äußerst selten. Ähnliche Arbeiten können nur noch im Doberaner Münster, in der Dorfkirche von Retschow, unweit Doberan, und in der Kirche zum Hl. Kreuz in Rostock betrachtet werden. Bildhafte Darstellungen sind auch in Ulm, Göttingen und im Erfurter Dom bekannt. Auch das soll erwähnt bleiben: Der kleine vorpommersche Ort Tribsees liegt an einem Zweig des baltischen Jacobswegs, der von den baltischen Ländern und Polen über Usedom nach Osnabrück führt.

Die Thomaskirche lädt von Mai bis Oktober täglich zwischen 10 bis 12 und 14 bis 16 Uhr zum Besuch ein.

Karl-Heinz Engel

MELDUNG

Corona – Kolberg stark betroffen

Bereits seit Mitte März ist eine Einreise nach Polen aufgrund der Corona-Pandemie nicht mehr möglich. Sehr hart trifft das den Kurort Kolberg. Der Tourismus und der Kurbetrieb sind die wichtigsten Standbeine der Stadt – und jetzt sind fast alle Hotels und ebenso die Restaurants und Geschäfte geschlossen. Gut funktioniert die Hilfsbereitschaft für ältere und hilflose Personen. In einer aktuell sehr schwierigen Lage befindet sich das Krankenhaus Kolberg. Sowohl Patienten als auch Pflegepersonal und medizinisches Personal sind akut in beträchtlicher Zahl erkrankt bzw. befinden sich in Quarantäne. Es fehlt an Schutzmaterial, Ausrüstung und Versorgungsmaterialien und auch Personal. Um zu helfen, wurde aktuell ein Spendenaufruf für das Krankenhaus gestartet.

Die WEB-Cams spiegeln die Situation wider, kaum Menschen am Strand. Der Seesteg ist abgesperrt. Das trifft natürlich auch alle anderen sonst so belebten Orte an Pommerns Ostseeküste. Das Ostseebad Zoppot an der Danziger Bucht ist ebenfalls menschenleer. Hoffen wir, dass bald wieder normale Zeiten einkehren. BS

Strand und Seesteg in Kolberg (*Foto: B. Stramm*)

PERSÖNLICHKEIT

Gustav Hirschfeld – bedeutender Archäologe aus Pyritz

Paul Oscar Gustav Hirschfeld stammte aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Pyritz in Hinterpommern, erlangte als Leiter der deutschen Ausgrabungen im antiken Olympia erste Bekanntheit und fungierte dann als Professor für Archäologie in Königsberg. Er sorgte in zahlreichen Archäologiebereichen für völlig neue Erkenntnisse, die in zahlreichen Schriften weltweite Verbreitung fanden, und zählt seitdem als Forscher und akademischer Lehrer zu den bedeutendsten Archäologen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Damit erreichte er auch über seinen Tod vor 125 Jahren hinaus bis heute eine große Nachwirkung.

Der berühmte Archäologe wurde am 4. November 1847 in Pyritz geboren. Sein Vater, ein jüdischer Kaufmann, der ursprünglich Hirsch Hirschfeld hieß, ließ sich dann taufen und nahm den Vornamen Hermann an. Die Mutter des Jungen war eine geborene Henriette Stargardt. Sohn Gustav erhielt zunächst Privatunterricht, besuchte dann das Gymnasium in Pyritz und wechselte 1865 an die Universität in Berlin, wo er Philologie und vor allem Klassische Archäologie studierte. Es folgten die Universitäten in Tübingen und Leipzig, ehe er an die Berliner Universität zurückkehrte, sich besonders Ernst Curtius anschloss und 1870 promoviert wurde.

Wegen seiner herausragenden Studienleistungen erhielt der junge Archäologe aus Pommern 1871 ein Reisestipendium des Deutschen Archäologischen Instituts, das ihm eine längere Studienreise in den Mittelmeerraum ermöglichte, wobei er über Ravenna und Athen bis auf die Peloponnes und dann nach Konstantinopel gelangte. Dort traf er mit Ernst Curtius zusammen, der mit einer preußischen Gesandtschaft Kleinasien bereiste. Hirschfeld schloss sich an und entwickelte eine neue Leidenschaft für die Topografie Kleinasiens.

Erste Kleinasien-Expedition

Hirschfeld veröffentlichte nach seiner Rückkehr nach Berlin 1873 zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze, erhielt durch Förderung von Ernst Curtius zusammen mit Hermann Eggert einen Forschungsauftrag für das südwestliche Kleinasien und erschloss in der Folge ab Antalya die anatolische Hochebene bis zum Grenzgebirge zwischen Lykien und Karien. Eggert und Hirschfeld waren die ersten Wissenschaftler, die diese Gebiete erforschten. Ihre Erkenntnisse führten danach zu weiteren Forschungsreisen. Hirschfeld hatte nun einen Namen, wurde 1875 Chef der deutschen Ausgrabungen in Olympia und heiratete bei einem Zwischenaufenthalt in Berlin 1876 Margarethe Bretschneider, die ihn dann auf der zweiten Olympiatour begleitete.

Seine Grabungen förderten einzigartige Kunstwerke ans Licht. Das reichte von den Giebelfiguren des Zeustempels über die Nike des Paionios bis zum Hermes des Praxiteles. Hirschfeld veröffentlichte nach der Heimkehr 1877 seine Erkenntnisse, weilte in London sowie Paris, wurde habilitiert und ließ sich taufen. Dieser Schritt war neben der wissenschaftlichen Arbeit die zweite Voraussetzung für eine akademische Karriere in Deutschland. Anschließend ging alles sehr schnell. Hirschfeld wurde schon 1878 nach Königsberg an die Universität berufen.

Die Ausgrabungsstätte am Zeustempel in Olympia während der ersten Grabungskampagne, 1875/1876, *Foto: Wikipedia*

Er fungierte kurz als ao. Professor, wurde zwei Jahre später zum o. Professor erhoben und glänzte mit einer erfolgreichen Lehrtätigkeit, die Studenten aus ganz Deutschland anzog. Mehr noch. Hirschfeld war Gründungsmitglied der Geographischen Gesellschaft in Königsberg, fungierte dann als deren Vorsitzender und unternahm in der Folge auch immer wieder Forschungsreisen nach Italien, Griechenland und Kleinasien, wobei er weitgehend unerforschte Stätten der griechischen Antike erschloss, zahlreiche Kunstschätze entdeckte und Forschungsmaterial anhäufte. Dazu gesellten sich auch Studienreisen nach St. Petersburg, Paris und London.

Doch ab 1891 beeinträchtigte ein ausuferndes Leiden sein Schaffen. Er gab aus Bewunderung für Helmut von Moltke, der lange in der Türkei als Militärberater gewirkt hatte, noch dessen Gesammelte Schriften heraus, lehrte weiter in Königsberg und suchte bei Kuraufenthalten Heilung. Dabei starb der Forscher vor der vollständigen Auswertung seiner Erkenntnisse am 20. April 1895 in Wiesbaden. Er wurde 47 Jahre alt. Seine Leistungen finden bis heute in internationalen Nachschlagewerken Berücksichtigung.

Martin Stolzenau

HIRSCHFELD KRATER

Die bedeutende 1,23 m hohe Keramik erhielt ihren Namen wie auch der Maler nach dem Archäologen Gustav Hirschfeld

„Sind die Einschränkungen tatsächlich berechtigt?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Herzlichen Glückwunsch zum 70. Geburtstag! Toll! Die *PAZ* ist ein Lichtblick in der Medienwelt“

Jürgen Wieger, Hamburg
zum Thema: 70 Jahre Zeitung für Deutschland (Nr. 14)

Preußische Allgemeine
70 Jahre Zeitung für Deutschland
Lob für Merkel, Tadel für Trump?
Alter Wein in neuen Schläuchen

Titelseite der **Ausgabe Nr. 14**

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

GLORREICHE BAHNZEITEN

ZU: DEUTSCHE REICHSBAHN – WORAN BISMARCK SCHEITERTE, DAS ERREICHTE VERSAILLES (NR. 11)

Gerne lese ich die politischen Hintergrundberichte und geschichtlichen Informationen der *Preußischen Allgemeinen*. Weil ich mich seit Jahrzehnten mit der Geschichte der deutschen Schienenbahnen befasse, habe ich zum Artikel über die Deutsche Reichsbahn eine wichtige Ergänzung: Der Beitrag unterstellt, dass der föderative Aufbau des deutschen Eisenbahnnetzes vor 1920 schlecht gewesen sei. Das ist nicht der Fall. Er hat, wie die Geschichte gezeigt hat, keineswegs schlechtere Ergebnisse erbracht als bei deutschland- oder gar europaweit organisierten Regelungen, weil die Entscheidungsträger heimatverbunden vor Ort saßen und die einzelnen Länder miteinander im Wettbewerb standen.

Um Vorbildliches zu leisten, musste man nicht irgendwo weit weg um Genehmigung bitten. Man konnte selbst entscheiden und einheitliche technische Regelungen vertraglich vereinbaren. Andere Länder zogen nach, wenn sie das Vorbild überzeugte. Führend waren die preußischen und hessischen Staatseisenbahnen, die seit 1897 vereinigt waren.

Aber auch die übrigen Staatseisenbahnen leisteten Hervorragendes. Unter anderem ist Bernhard Gleichmann (1869–1938) von den bayerischen Staatseisenbahnen mit dem von ihm angeregten und am 28. Januar 1913 in Kraft getretenen „Übereinkommen betreffend die Ausführung elektrischer Zugförderung“ dafür verantwortlich, dass die elektrische Zugförderung in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Norwegen und Schweden auf einem einheitlichen technischen System beruht, nämlich Wechselstrom mit einer Spannung von 15 Kilovolt und einer Frequenz von 16 2/3 Hertz. Technisch bietet dies im Vergleich insbesondere zum Gleichstrom Vorteile.

Andere Länder setzten im Vorfeld des Ersten Weltkrieges leider auf Eigenentwicklungen. Man kann davon ausgehen, dass der Zustand der deutschen Eisenbahnen heutzutage besser wäre, wenn es noch einen fruchtbaren Wettbewerb zwischen den Länderbahnen gäbe.

Privatbahnen sind problematischer. Sie konnten sich aber entwickeln, weil die Leitung der Staatsbahnen immer wieder Bauanträge für bestimmte Staatsbahnstrecken abgelehnt hat.

Die teilweise schlechte Zusammenarbeit der Staatsbahnen, zum Beispiel zwischen Bayern und Baden beziehungsweise Württemberg ist ausschließlich auf menschliche Schwächen der Entscheidungsträger zurückzuführen.

Wolfgang Hendlmeier, München

KAUM ABSCHÄTZBARE RISIKEN

ZU: LEBEN MIT DEM VIRUS (NR. 13)

Mein Eindruck bei der Berichterstattung konservativer Medien über die Corona-Pandemie ist, dass hier der Bundesregierung ein zu spätes und zu inkonsequentes Handeln vorgeworfen wird, so auch wieder in der aktuellen Ausgabe der *PAZ* im Artikel von dem von mir eigentlich geschätzten Hans Heckel. Daraus schließe ich, dass Sie frühere und schärfere Maßnahmen befürworten.

Ich halte das für falsch und würde mir eine ausgewogenere Berichterstattung wünschen, unter Beachtung der massiven, globalen wirtschaftlichen Folgen und auch der Folgen für jeden einzelnen von uns, die uns noch viele Jahre betreffen werden. Massive Steuer- und Abgabenerhöhungen werden künftig über lange Zeit damit begründet. Was ist mit jenen, die gar nicht mehr wissen, wie sie das alles finanziell stemmen sollen? Was ist mit jenen, die deswegen zu einer Kurzschlusshandlung bis hin zum Suizid getrieben werden? Das Risiko dafür ist bei Selbstständigen (die Hauptbetroffenen) durchaus als erhöht anzusehen.

Da sollte doch zumindest mal gefragt werden dürfen, ob denn die drastischen Seuchenschutzmaßnahmen mit Einschränkung gleich mehrerer Grundrechte auch tatsächlich berechtigt sind. Die befürchtete großflächige Überforderung medizinischer Einrichtungen, insbesondere Intensivstationen ist ja, Stand jetzt, noch nicht eingetreten. Wäre das nicht mal eine Analyse wert?

Ist beispielsweise ausreichend abgewogen worden, ob es möglich gewesen wäre, Risikopatienten zu identifizieren und diesen einen besonderen Schutz zukommen zu lassen, bis die Infektionswelle abgeklungen ist, anstatt die über 90 Prozent Nicht-Gefährdeten in ihren Grundrechten einzuschränken?

Dr. Peter Schimmelpfennig, Weinsberg

VOR DIE WAND GEFAHREN

ZU: HEIMISCHE ARZNEI FÖRDERN (NR. 14)

Warum kommt erst jetzt der Vorstoß von Bundesinnenminister Horst Seehofer, dass verstärkt medizinische Produkte in Deutschland hergestellt werden sollen? Unser gesamtes Gesundheitssystem wurde vor die Wand gefahren. Es gibt keinen Grund, die Regierung in den Himmel zu heben. Dass es in Deutschland derzeit relativ gut „läuft“, ist nicht deren Verdienst, sondern das Verdienst der Menschen, die mit der Corona-Krise praktisch umgehen müssen.

Es geht auch nicht nur um die Herstellung medizinischer Produkte im Ausland (China ist ja nur eines von vielen Ländern außerhalb Europas). Es geht auch darum, wie diese medizinischen Artikel dort hergestellt werden. Wenn die politisch Verantwortlichen sehen würden, wie in China die Masken hergestellt werden, dann würde keiner diese benutzen. Das Wort Hygiene ist in diesen „Herstellungsbetrieben“ offensichtlich ein Fremdwort.

Auch die Herstellung von Medikamenten in diesen Ländern wird seit Jahren regelmäßig beanstandet. Die vielen schönen Worte der verantwortlichen Firmen sind nur Makulatur. Es hat sich nichts geändert, und die Politik hat weggeschaut. Die Profitgier vieler deutscher Pharmaunternehmen muss umgehend gestoppt werden. Es muss sichergestellt werden, dass diese Firmen alle medizinischen Produkte für Deutschland auch komplett in Deutschland herstellen werden. Damit kann auch eher verhindert werden, dass medizinische Produkte in irgendeinem Land dieser Erde landen, aber nicht in Deutschland. Es soll keiner glauben, dass Corona die letzte einer solchen Krise ist.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

HUMORLOSE GERMANEN

ZU: WIDERSPENSTIGE GALLIER (NR. 14)

Eines fehlt mir in dem lesenswerten Beitrag über „Asterix und Obelix“: ein Hinweis auf die Deutschenphobie der Asterix-Macher, die sie in „Asterix und die Goten“ grimmig von der Kette ließen. Band 7 ist nicht nur überraschend humorlos, sondern unterscheidet sich auch sonst von den anderen Büchern der Reihe. Wird nämlich allen aufs Korn genommenen Völkern – Briten, Spanier, Wikingern – stets mindestens eine liebenswürdige Eigenschaft hinzugepinselt, so bleibt das bei den „Goten“, gemeint sind die Germanen/Deutschen, völlig aus. Diese sind ausschließlich Militaristen („Marschieren ist des Kriegers Lust...“) oder fiese Subjekte. Freilich ist man bei den vielen guten „Asterix“-Bänden geneigt, diesen Ausreißer zu verzeihen. Doch ganz unter den Tisch fallen lassen sollte man ihn nicht.

Frank Märten, Berlin

UNNATÜRLICHE ALLIANZ

ZU: EIN SORGSAM ARRANGIERTES BILD FÜR DIE GESCHICHTSBÜCHER (NR. 12)

Ich hatte, wie viele andere Menschen sicher auch, den Eindruck, dass die besagte Fotografie (der Handschlag von Russen und Amerikanern am 25. April 1945 in Torgau, d. Red.) gestellt war. Es dokumentiert die unnatürliche Allianz zweier Staaten, deren politische und Lebensziele nicht unterschiedlicher hätte sein können.

Manfred Hemmersbach, Köln

ANZEIGE

Das One-World-Establishment im Kampf gegen Donald Trump

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Wie kein anderer Präsident in der Geschichte der USA wurde und wird Donald Trump vom Establishment und den Massenmedien bekämpft. Dabei ist ihnen jedes Mittel recht: illegale Maßnahmen, Verleumdungen, Lügen, haltlose Anschuldigungen, Beleidigungen und persönliche Angriffe. Der »Putsch« gegen Trump nimmt immer obskurere Züge an.

Lesen Sie hier, was die deutschen Massenmedien Ihnen verschweigen!

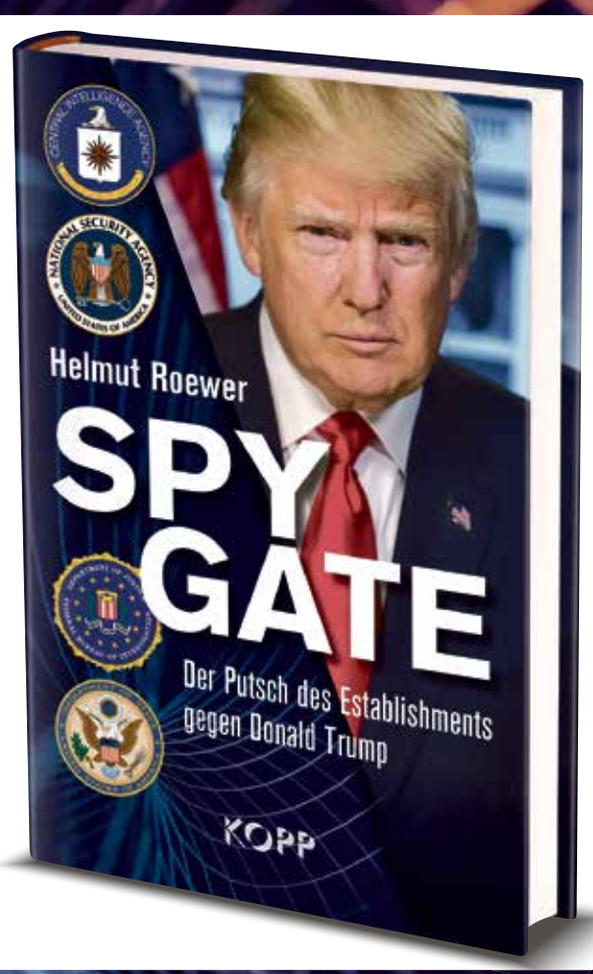
Erfolgsautor Helmut Roewer, ein profunder Kenner der politischen Situation in den USA, beleuchtet die Angriffe und Putschversuche im Detail. Minutiös analysiert er amtliche Quellen, FBI-Akten und Insiderberichte. Was er ans Tageslicht bringt, widerspricht fundamental dem, was uns von den Massenmedien hierzulande über Donald Trump tagtäglich aufgetischt wird. Erfahren Sie:

- Was sich tatsächlich hinter der berüchtigten »Clinton Foundation« verbirgt.
- Weshalb Trump gar nichts anderes übrig blieb, als viele seiner Berater und Minister zu entlassen.
- Wie Barack Obama sein Amt missbrauchte, um Trump zu verhindern.
- Wie das Geschäft der »Dreckbeschaffung« gegen Trump genau vor sich geht.
- Wie höchste Stellen die Verstrickungsgeschichte Trumps mit Russland einfädelten.
- Welches die wahren Hintergründe des Scheiterns des Impeachment-Verfahrens sind.
- Wie die Demokraten mithilfe von George Soros Trump doch noch zu Fall bringen wollen.
- Warum gerade wir Deutschen uns künftig warm anziehen müssen.

Der Autor geht aber auch noch weiteren brisanten Fragen nach, die in deutschen Medien ebenfalls keine Beachtung finden:

- Warum verhinderte die US-Regierung die Aufklärung der E-Mail-Affäre von Hillary Clinton, und was hat George Soros damit zu tun?
- Was hatten die Clinton-E-Mails ausgerechnet auf dem Laptop des Sexophilen Anthony Weiner zu suchen?
- Weshalb log Präsident Barack Obama der Presse förmlich ins Gesicht?
- Warum fädelten FBI-Agenten mit einem russischen Oligarchen einen »Deal« ein, um Trump zu schaden?

Helmut Roewer entlarvt in bisher nie gekannter Deutlichkeit die unglaubliche Verteufelung des US-Präsidenten und die mediale Heiligsprechung der Demokratischen Partei. Nach der Lektüre dieses Buches werden Sie Donald Trump und dessen Widersacher mit ganz anderen Augen sehen.



Helmut Roewer: Spygate • gebunden • 176 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 979 400 • 19.99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

TAG DES BIERES

Der Durst des Drachentöters

Am Tag des Heiligen Georg wollen Schankwirte den Tag des Gerstensaftes feiern – Vorausgesetzt, Corona – nicht das Bier – lässt es zu

VON MARKUS BAUER

Am 23. April weist der Kalender auf das Gedenken an den Heiligen Georg hin. Das heißt, dass alle, die auf den Vornamen „Georg“ getauft sind (in Bayern neben der Hauptversion auch „Schorsch“, „Schore“ oder „Girgl“ sowie – vorzugsweise in Franken – „Gerch“), an diesem Tag ihren Namenstag feiern dürfen. Auch die Variante „Jörg“ soll nicht unerwähnt bleiben.

Doch der 23. April und damit der Georgstag wird seit vielen Jahren in Deutschland auch als „Tag des Bieres“ begangen. Und viele Brauereien führen den Heiligen Georg auch im Namen beziehungsweise im Wappen. Wie hängt das alles zusammen?

Zunächst zum Heiligen Georg. „Drachentöter, Märtyrer, Nothelfer“. Diese Begriffe charakterisieren St. Georg, dessen Geburtsjahr unbekannt ist, wohl aber sein Geburtsort – Kappadokien in der heutigen Türkei. Um das Jahr 305 erlitt er in Lydda (heute Lod in Israel) den Märtyrertod. Er setzte sich für verfolgte Christen ein, was Folterungen nach sich zog.

Im Nachhinein entstanden in diesem Kontext Erzählungen. Diesen Legenden nach musste er sogar mehrere Martyrien über sich ergehen lassen, die im Kontext der Christenverfolgung unter Kaiser Diokletian (284–305) stehen. Am bekanntesten – und vielfach ins Bild gesetzt – ist die Legende vom kühnen Kampf des Ritters Georg mit dem Drachen. Der Drache hauste in einem See und verpestete mit seiner giftigen Atemluft die Bewohner der am See liegenden Stadt.

Um den Drachen zu besänftigen, mussten die Stadtbewohner dem Untier Lämmer opfern. Als keine Lämmer mehr da waren, wurden die Söhne und Töchter geopfert. Eines Tages traf das Los die Königstochter. Als sie in Richtung Drachen ging, erschien Georg und stellte sich dem Drachen. Als dieser aus dem See auftauchte, schwang Georg seine Lanze mit dem Zeichen des Kreuzes und durchbohrte das Untier. Nach dem Versprechen der Stadtbewohner, sich zu Christus zu bekehren, erschlug Georg den Drachen – natürlich ein Symbol für das Böse – vollends.

Gemälde des Drachentöters St. Georg auf dem Haus der Brauereigaststätte St. Georg in Neukirchen bei Hemau *Foto: Bauer*

Bereits im Mittelalter (9. bis 11. Jahrhundert) entstanden erste Georgslieder, die richtige Georgsverehrung begann im Spätmittelalter, vor allem im Zusammenhang mit den Kreuzzügen. Die Ritter sahen im tapferen Georg ihr Vorbild, er wurde zu ihrer Identifikationsfigur.

Patron auf für Pfadfinder

Ein frühes, dem Heiligen Georg gewidmetes Gotteshaus ist die Ende des 9. Jahrhunderts gebaute Georgskirche in Oberzell auf der Insel Reichenau. Hier wird übrigens die angebliche Schädeldecke des Heiligen Georg aufbewahrt und verehrt. Weitere Reliquien gibt es unter anderem im südfranzösischen Toulouse, hier soll er auch begraben sein.

Im Laufe der Jahrhunderte gründeten sich auch Bruderschaften, die sich auf den Heiligen Georg bezogen. Neben der Musik widmete sich die Kunst in all ihren Facetten diesem Heiligen: Gemälde, Figuren und Statuen, Kirchenfenster und ganze ihm geweihte Kirchen. Als einer der 14 Nothelfer wird der Heilige Georg unter anderem bei Fieber, Herpes, Hautkrankheiten, Pest und Syphilis angerufen.

Eine wichtige Rolle nimmt er zudem im bäuerlichen Leben ein – als Patron des Viehs und für gutes Wetter. Auch der Brauch des St. Georgsritts steht damit in Verbindung, ebenso manche Bauernregel: „Ist’s an Georgi warm und schön, wird man noch rauhe Wetter seh’n.“

Deutlich wird, dass der Heilige Georg als Patron für ganz verschiedene Berufe gilt. Neben den Bauern und den Reitern, Rittern und Soldaten sind dies die Bergleute, die Feuerwehr, die Pfadfinder (Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg), Sattler, Schmiede, Metzger, Wanderer und Gefangene. Und eine Berufsgruppe sei besonders hervorgehoben: die Böttcher, Küfer – also die Fassmacher.

Damit sind wir beim Bezug des Heiligen Georg zum Bier. Der Georgstag (23. April) markierte früher, als es noch keine Kühlmöglichkeiten für das Bier gab, das Ende der Brauzeit, die am Gedenktag des Erzengels Michael (29. September) begann. In den heißen Sommermonaten konnte kein qualitativ hochwertiges Bier hergestellt werden. Vielerorts wurde daher im Frühjahr noch einmal ein besonders starkes und damit lange haltbares „Lagerbier“ gebraut, regional zum Beispiel als Märzen bekannt.

Schließlich sei noch auf die Regel verwiesen, die besagt, dass Bier nur aus den Elementen Wasser, (Getreide)Malz und Hopfen gebraut werden darf: das von den bayerischen Herzögen Wilhelm IV. und Ludwig X. am 23. April 1516 – dem Gedenktag des Heiligen Georg – in der Bayerischen Landesordnung erlassene bayerische (und später deutsche) Reinheitsgebot. Seit 1995 begeht der Deutsche Brauerbund daher an diesem Tag, dem Georgstag, den Tag des Bieres. Bleibt zu hoffen, dass am 23. April die Schankwirte ihre Gaststätten wieder öffnen können und nicht auf „Corona“ sitzen bleiben.

PREUSSENSTIFTUNG

Ausflug nach drinnen

Auf virtuellen Wegen durch Preußens Schlösser

Trotz Pandemie bleiben die Parks der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) geöffnet. Die rund 30 Schlösser hingegen, zu denen Sanssouci, Cecilienhof und Charlottenburg gehören, sind zunächst bis zum 19. April für den Publikumsverkehr geschlossen. Und trotzdem bleiben sie in der Zeit der Ausgangsbeschränkungen „begehbar“ – und zwar auf digitale Weise.

Unter www.spsg.de/aktuelles/wirbleibenzuhause bietet die Schlösserverwaltung virtuelle Rundgänge durch das Schloss Sanssouci, die Bildergalerie oder die Neuen Kammern an. Darüber hinaus berichten Fernsehreportagen und Dokumentationen über die Pfaueninsel in Berlin, die Arbeit der „Gärtner von Sanssouci“ oder zeigen „Potsdam von oben“.

Ebenso kann in den Online-Sammlungen der SPSG gestöbert, den „BildGeschichten“ des Research Center Sanssouci gefolgt und viel Fachwissen über jene kostbaren Kunstobjekte abgerufen werden, die auf der Plattform www.museumdigital.de eingestellt sind. Außerdem bietet die in neuer Aufmachung erscheinende Website www.spsg.de allen Besuchern an, in Bestandskatalogen zu blättern oder sich in die Kulturgeschichte Preußens zu vertiefen. Nicht zuletzt hat sich das Digitalisierungsprojekt „Brandenburgisches Glas. Produktionsvielfalt vom 16. bis 18. Jahrhundert“, das 2018 gemeinsam von der SPSG und dem Potsdam Museum ins Leben gerufen wurde, erfolgreich weiterentwickelt: 2019 wurden 310 historische Glasobjekte aus der SPSG und aus acht Partnermuseen in das gleichnamige Themenportal eingestellt.

Beteiligt haben sich an dem vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (MWFK) geförderten Projekt die Stiftung Stadtmuseum Berlin, das Museum Baruther Glashütte, das Stadtmuseum Cottbus, das Museum in der Adler-Apotheke Eberswalde, das Museum Viadrina Frankfurt an der Oder, das Museum Fürstenwalde, das Museum Neuruppin, das Dominikanerkloster Prenzlau und das Museum für Stadtgeschichte Templin.

Unter dem „Hashtag“ – einem im Internet auffindbaren Schlagwort unter dem Schriftzeichen „#“ – „#wirbleibenzuhause“ sind bislang neun virtuelle Rundgänge möglich, die in Kooperation mit Google Arts & Culture in den vergangenen Jahren entstanden sind. Aktuell sind weitere Aufnahmen in Arbeit, um das digitale Angebot mit 360-Grad-Rundgängen kontinuierlich auszubauen.

Wem in diesen Tagen zu Hause die Decke auf den Kopf fällt, kann sich zumindest virtuell in die preußische Schlösserwelt begeben. *H. Tews*

INTERNET-TOUR

Besuch bei Ludwig XIV.

Virtuelle Reisen zu Frankreichs Kulturdenkmälern

Kulturliebhaber müssen nicht bis zu ihrem nächsten Urlaub in Frankreich warten, um einige der zahlreichen Museen Frankreichs zu besichtigen. Die von einigen französischen Museen angebotenen virtuellen Ausstellungen sind kostenlos, vollständig und nehmen die Besucher mit auf eine Reise durch die Zeitalter. So kann man jetzt fünf historische Denkmäler, Ausstellungen und Schätze des französischen Kulturerbes bequem vom Wohnzimmer aus entdecken.

Wer Versailles entdecken will, muss sich nicht mehr in die lange Schlange vor dem Schloss einreihen, das in Corona-Zeiten ohnehin geschlossen ist. Über das Internet kann man anhand von 16 Geschichten in die Welt des Sonnenkönigs eintauchen. Das ist durch thematische Ausstellungen möglich, die durch digitalisierte Gemälde illustriert und in einer chronologischen Reihenfolge erzählt werden (https://artsandculture.google.com/partner/palace-of-versailles? date=1550).

Bequem vom Sofa aus lässt sich neuerdings auch die Höhle von Lascaux erkunden, die von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde. Die im Jahr 1940 entdeckte Höhle ist zu einem wichtigen Element für das Verständnis der prähistorischen Kunst geworden. Auch wenn es natürlich beeindruckend ist, diese Höhle während des Urlaubs zu besuchen, bietet die archäologisch-kulturelle Stätte einen virtuellen Besuch dieser Höhle sowie einen dynamischen Zeitstrahl zum Verständnis ihrer Geschichte an (www.archeologie.culture.fr/lascaux/de).

Auch das große Impressionisten-Museum d’Orsay in Paris, das einst als Bahnhof für die Weltausstellung von 1900 erbaut wurde, ist jetzt vollständig digital erfasst. Google Arts & Culture bietet die Ausstellung „Vom Bahnhof bis zum renovierten Musée d’Orsay“ sowie zahlreiche digitalisierte Gemälde, von van Gogh bis Cézanne (https://artsandculture.google.com/partner/musee-dorsay-paris).

Auf der Webseite des Musée des Impressionnismes in Giverny kann man jetzt Werke von 70 internationalen Künstlern erkunden. Während jede Leinwand einen kleinen Planeten bildet, fügen sich die Werke auch zu einem System zusammen und ergeben verschiedene Geschichten (www.galaxie.mdig.fr).

Auch die Stadt Calais, die in Frankreich als einer der wichtigsten Produktionsstandorte von Spitze gilt, lädt ein, ihr Kunsthandwerk in Form von Online-Ausstellungen zu entdecken. Die „Cité de la dentelle et de la mode“ von Calais kann nun anhand von vier Geschichten entdeckt werden (https://artsandculture.google.com/partner/cite-de-la-dentelle-et-de-la-mode-de-calais). *tws*

MELDUNG

Die Anfänge des G. Grass

Im Lübecker Günter-Grass-Haus fiel die Eröffnung der Ausstellung „Günter Grass: Mein Fußballjahrhundert“ der Pandemie zum Opfer. Anlässlich der nun ebenfalls abgesagten Europameisterschaft sollte sie den Fußballfan Grass in den Fokus rücken. Dafür gibt es Ersatz: Zum fünften Todestag von Grass liest der Theater- und Filmschauspieler Jens Harzer, Träger des Iffland-Rings, jeweils die erste Seite aus sämtlichen Prosawerken des Literaturnobelpreisträgers aus Danzig. Anfangssätze wie „Zugegeben: ich bin Insasse einer Heil- und Pflegeanstalt“, „Ilsebill salzte nach“ oder „Gestern wird sein, was morgen gewesen ist“ sind legendär geworden. Grass legte zeitlebens großen Wert auf die Tonalität seiner Romananfänge – ob lakonisch, lyrisch, existenziell oder von epischer Wucht – jeder für sich ist markant und einzigartig. Mit unverwechselbarer Stimme weckt Harzer die Literatur von Grass zum Leben und eröffnet neue Zugänge zu dem Gesamtwerk des Schriftstellers. Die insgesamt 17 von der Schauspielerin Marina Galic erstellten Videos wurden am 13. April, dem Todestag von Grass, auf der Homepage des Lübecker Günter-Grass-Hauses veröffentlicht unter www.grass-haus.de. *tws*

FÜR SIE GELESEN

Die Gebrechen der SPD

Wer tatsächlich immer noch nicht genau weiß, warum die SPD von einer Wahlniederlage zur nächsten taumelt und wohl bald regelmäßig Ergebnisse im einstelligen Bereich einfahren wird, dem sei das Buch „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ zur Lektüre empfohlen. Darin beschreibt der Hamburger Journalist Holger Fuß alle aktuellen Gebrechen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Selbstzerfleischung, Trübsinnigkeit, verrohte Umgangsformen, Orientierungslosigkeit in Kombination mit notorischer Rechthaberei, unsympathische und inkompetente Führungskader im monströsen Schatten der „virtuellen SPD-Vorsitzenden“ Angela Merkel von der CDU, stromlinienförmige Mitläufer, die „Erbmonarchie des Mittelmaßes“, Verrat am sozialdemokratischen „Markenkern“ und am „Kleinen Mann“, „die große Willkommenslüge“ in der Immigrationspolitik, supranationale Phantasien, „liberale Verwahrlosung“ und salonbolschewistische Attitüden bei gleichzeitigem hysterischen Geifern gegen alles, was als „Rechts“ gilt.

Die Analyse des elendigen Zustandes der darniederliegenden SPD kommt recht flüssig und oftmals sogar ausgesprochen unterhaltsam daher. Nur das Fazit von Fuß wird wohl nicht jeder Leser unterschreiben wollen: „Dieses Land braucht eine neue, eine starke SPD.“ *Wolfgang Kaufmann*

Holger Fuß: „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“, FinanzBuch Verlag, München 2019, gebunden, 255 Seiten, 22,99 Euro

Vergessenes Meisterwerk

„Saint Matorel“ ist eine Wiederentdeckung eines Werks des zum Katholozismus konvertierten jüdischen Malers und Autors Max Jacob, der 1944 von der Gestapo verhaftet wurde und in einem Sammellager in Frankreich verstarb.

Jacob erzählt in komplexen, poetischen Sequenzen voller theosophischer Anspielungen die Geschichte des kleinen Metroangestellten Victor Matorel, Katholik wird und in ein Kloster eintritt, dort stirbt und auf einem Pferd durch die „sieben Sphären zum Himmel“ aufsteigt.

Das 1911 in Paris erschienene Original gilt als Zeugnis der Literatur des beginnenden 20. Jahrhunderts. Weil es kubistische Graphiken von Pablo Picasso enthielt, die – allerdings in schlechter Druckqualität – auch in der ersten deutschen Ausgabe enthalten sind, und damals nur 100 Exemplare davon gedruckt wurden, erfreut es sich eines hohen Sammlerwerts. Inhaltlich kann man den schwer lesbaren surrealistischen Roman mögen oder auch nicht. *MRK*

Max Jacob: „Saint Matorel“, Roman, Osburg Verlag, Hamburg 2020, gebunden, 158 Seiten, 20 Euro

GESUNDHEIT

Sport für Zuhause Was tun, um fit zu bleiben, wenn alle öffentlich zugänglichen Sportstätten geschlossen sind? Eine Lösung bietet der Steffen Verlag mit aufeinander abgestimmten Übungen auf Karten im Hosentaschenformat an. Für das Training braucht es nicht viel: eine Wasserflasche, eine Matte sowie eventuell eine Faszienrolle und leichte Handeln genügen, um alle Körperpartien in Form zu bringen. *MRK*

Trainingskarten: „Schulter-Nacken“, „Beweglichkeit“, „Tiefenmuskulatur“, Steffen Verlag, Berlin 2020, 55 Karten im Karton mit farbigen Abbildungen, je 12,95 Euro

KONSERVATIVE JUDEN

Etablierte geraten in Schnappatmung

Eine jüdische Autorengruppe erklärte ihre Nähe zur Alternative für Deutschland

VON BERND KALLINA

Was Juden zur AfD treibt: Neues Judentum und neuer Konservativismus – Jüdische Stimmen aus Deutschland“, das ist nicht nur der dreigliedrige Titel eines Aufsehen erregenden neuen Buches. Mehr noch: Die Tatsache, dass in diesem im Gerhard-Hess-Verlag erschienenen Werk jüdische Bürger ihre von Kritikern als Skandal empfundene Nähe zur Alternative für Deutschland fundiert begründen, dürfte vor allem bei maßgeblichen Repräsentanten des bundesdeutschen Establishments äußerstes Unbehagen, ja sogar entsetzte Schnappatmungen auslösen.

Schon in den einleitenden Kapiteln sticht ein Grußwort-Beitrag des früheren CSU-Mitglieds und heutigen AfD-Politikers Andreas Kalbitz hervor. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der AfD-Brandenburg, erst kürzlich zum „erwiesenen Rechtsextremisten“ vom Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldewang erklärt, schildert anschaulich, wie er als Jugendlicher zu Zeiten seines damaligen Engagements für die Junge Union sich dem sensiblen deutsch-jüdischen Thema näherte.

Durch die Lektüre der „Feldpostbriefe jüdischer Frontsoldaten 1914–1918“ mit einem Geleitwort von Franz-Josef Strauß bekam Kalbitz Gelegenheit, „sich dieses wenig beachteten Teils der deutsch-jüdischen Geschichte“ empathisch anzunähern. Und weiter: „Dies eröffnete mir den Blick auf ein konservatives Bürgertum, deutsch und jüdisch zugleich, mit all seinen Blüten in Kultur und Wissenschaft, das mit dem singulären Kulturbruch des Holocaust nicht nur physisch, sondern auch als soziokulturelles Phänomen vernichtet wurde.“

Schreibt so ein rechtsextremer Antisemit? Die Frage sei gestellt.

Der stellvertretende Vorsitzende der Bundesvereinigung Juden in der AfD e.V., Artur Abramovych, ein aus der Ukraine stammender Sohn einer Zentralratsfunktionärin, der 1998 als Kontingentflüchtling nach Deutschland einwanderte, äußert sich sehr distanziert in seinem Beitrag über zeitgenössische jüdisch-bundesdeutsche Funktionäre, „allem voran dem Zentralrat der Juden in Deutschland, der nicht gewillt ist, sich den neuen Herausforderungen zu stellen, sie weitgehend ignoriert und einen jeden Juden, der seinem Beispiel zu folgen nicht gewillt ist, nach Kräften zum Schweigen zu bringen versucht“. Dem wolle der Sammelband „Was Juden zur AfD treibt“ entgegenwirken, weil vor allem eine Frage nach dem Ursprung des heutigen Antisemitismus im Raume stehe, wie der berühmte Elefant im Wohnzimmer, das heißt, alle sehen ihn, doch niemand wagt es, ihn zu benennen. Anders Abramovych: „Entgegen sämtlichen Beteuerungen der politischen haute volee handelt es sich dabei nicht etwa um den seit Jahrzehnten rückläufigen rechten Antisemitismus, sondern zum einen um den linken Antizionismus und zum anderen um den (importierten) islamischen Judenhass.“

Kritik an Zentralrat der Juden

In dieselbe Kerbe schlägt auch Olli Weksler, ein in Kasachstan geborener Jude, der mit seiner Familie 1992 nach Deutschland einwanderte. Sein Beitrag „Veni und Vidi – Über Parallelen zwischen sowjetischem und deutschem Antisemitismus“ resümiert die real-antisemitische Lage in Deutschland: „Seit der illegalen Grenzöffnung vom 5. September 2015 sitzt meine gesamte Großfamilie, viele meiner jüdischen Verwandten und Bekannten fast buchstäblich auf gepackten Koffern. Bis dahin wählen sie aber alle die AfD. Zwei bis drei Millionen illegaler Invasoren aus antisemitischen Kulturkreisen machen jüdisches Leben in Deutschland unmöglich.“

Und Emanuel Bernhard Krauskopf, der 1949 in Belgien geborene Sohn eines aus Polen gebürtigen israelischen Irgun-Kämpfers und einer deutschen Jüdin, kommt im Kapitel „Islam und Linke – Über die doppelte Notlage der europäischen Juden und Israels“ zu dem Ergebnis: „Mit Juden hat der Islam nie friedlich auf Augenhöhe gelebt. Einen liberalen, verfassungskonformen Islam gibt es nicht.“ Zwar gebe es durchaus einzelne liberale Muslime, die sich im Westen integriert hätten, aber: „So gut wie alle physischen und verbalen Angriffe gegen Juden seit dem Jahr 2000 sind von Muslimen begangen worden. Berlin, Paris, Brüssel, Kopenhagen und viele andere Städte waren Tatorte. An diesen Tatsachen gibt es nichts zu rütteln.“

Angriffe auf Juden von Muslimen

Scharf ins Gericht mit der Politik des Zentralrats der Juden in Deutschland geht auch Wolfgang Fuhl, Jahrgang 1960. Er stammt aus Weil am Rhein und ist derzeit Betriebsratvorsitzender eines mittelständischen Unternehmens und neben Abramovych ebenfalls stellvertretender Vorsitzender der Bundesvereinigung Juden in der AfD. Fuhl schreibt über den Zentralrat und seinen derzeitigen Vorsitzenden Josef Schuster: „Seinem eigenen Anspruch, ‚eine Vertretung für alle Juden‘ zu sein, wurde der Zentralrat nicht gerecht. Mit seiner Politik seit 2015 ist er kein Garant mehr für freies jüdisches Leben in Deutschland … Der ZdJ blendet unter Schuster die Fakten aus und übernimmt, Lemmingen gleich, die Manipulationen des politisch-medialen Mainstreams in Deutschland.“

Fuhl stellte sich auch die Frage, „in welcher Traumwelt Herr Schuster eigentlich lebt“. Um diese mit einem Beispiel zu dokumentieren, hebt er hervor: „Es gibt keine Juden in Deutschland, die aus dem Haus gehen und zu sich selbst sagen: ‚Hoffentlich treffe ich keinen AfDler, der mich zusammenschlägt oder mich vergewaltigt oder mir ein Messer in den Rücken rammt.‘ Diese Zustände wurden von allen anderen Parteien geschaffen und nicht von der AfD.“

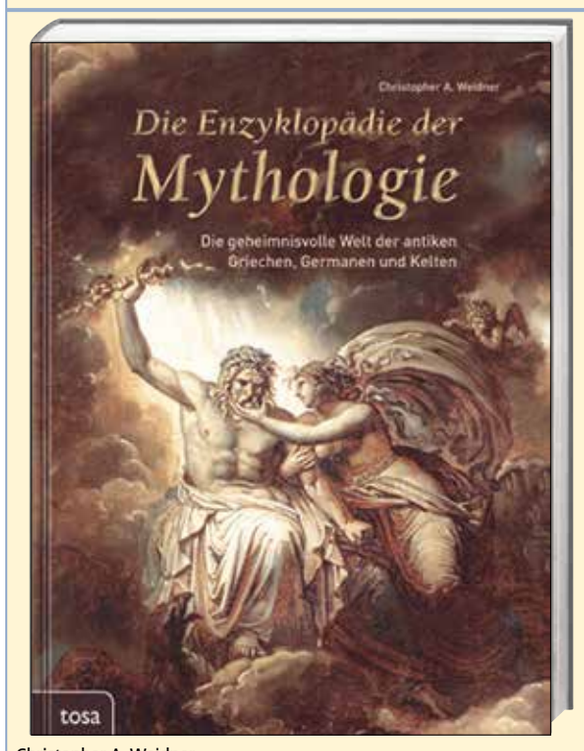
Masseneinwanderung schadet Juden

Im letzten Kapitel „Zionismus und Deutschtum – Über die Möglichkeiten neuer Allianzen“ des Sammelbandes ergreift nochmals Abramovych das Wort und kommt neben vielen deutsch-jüdischen „Lageanalysen“, damit zusammenhängenden „Defekten“ und übriggebliebenen „Beständen“ auf die zwiespältige deutsche Dauer-Vergangenheitsbewältigung zu sprechen, die in ihrer dialektischen Funktion zur Immi-grationsfrage eine fatale Rolle spiele. Sein Argument: „Die Reduktion jüdischer Erfahrung auf eine ‚migrantische‘ und jüdische Geschichte auf eine Leidensgeschichte fällt bereits jetzt insofern auf uns zurück, als deutsche Schandtaten zur Legitimation einer Masseneinwanderung missbraucht werden, die der hiesigen Judenheit das Leben erschwert.“

Vera Kosova/ Wolfgang Fuhl/ Artur Abramovych (Hg.): „Was Juden zur AfD treibt: Neues Judentum und neuer Konservativismus – Jüdische Stimmen aus Deutschland“, Gerhard Hess Verlag Bad Schussenried 2019, 170 Seiten, 14,80 Euro

Ernst Jünger
In Stahlgewittern
296 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0719 **19,00 €**

Die Erlebnisse Ernst Jüngers vom Januar 1915 bis zum August 1918 an der Westfront spiegeln sich in den „Stahlgewittern" wider: vom Grabenkrieg in der Champagne und der Schlacht bei Cambrai bis hin zu den Stoßtruppunternehmen in Flandern und zuletzt der Verleihung des Ordens „Pour le Mérite" nach seiner Verwundung. „In Stahlgewittern" machte ihn zum Helden einer Generation junger Offiziere, die alles gegeben hatten und am Ende bestenfalls das Eiserne Kreuz davontrugen. André Gide pries es als „das schönste Kriegsbuch, das ich je las". Tatsächlich ähnelt es keinem anderen Buch der damaligen Zeit. Ein Buch ohne Mitleid und Pathos.



Christopher A. Weidner
Die Enzyklopädie der Mythologie
Die geheimnisvolle Welt der antiken Griechen, Germanen und Kelten
Die Sagen und Erzählungen aus grauer Vorzeit, die wir als Mythen bezeichnen, haben bis heute nichts von ihrer Faszination verloren. Wir lauschen gebannt den Legenden von Göttern, Helden und Wunderwesen und deren Leiden, Liebschaften und Abenteuern. Sie beeinflussen unsere Traditionen und Vorstellungen und prägen unsere Kultur bis in die Gegenwart. Erfahren Sie mehr über die geheimnisvolle Welt der antiken Griechen, Germanen und Kelten: Alles Wissenwerte über die wichtigsten Gestalten, Ereignisse, Orte und Gegenstände, mit Hinweisen auf den aktuellen Stand der Forschung sowie spannende Einblicke in Glaube, Weltanschauung und Genealogie – das Ganze anschaulich erklärt und reich bebildert mit über 250 Farbabbildungen. 256 Seiten im Großformat.
Nr. P A1508 **Gebunden** **14,95 €**

Dr. Harald Roth
Historische Stätten Siebenbürgen
Das umfassende, alphabetisch nach Orten geordnete Nachschlagewerk zur Geschichte Siebenbürgens ist für den Regionalhistoriker unentbehrlich, für den historisch interessierten Reisenden ein zuverlässiger Begleiter und für die Siebenbürger Sachsen ein einzigartiges Erinnerungsbuch. Dr. Harald Roth war von 1993 bis 2007 Geschäftsführer des Siebenbürgen-Instituts in Gundelsheim am Neckar. 2007/2008 war er Mitarbeiter des Südost-Instituts (München/Regensburg). Seit Herbst 2008 ist er Südosteuropa-Referent am Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam. Er ist Verfasser und Herausgeber zahlreicher Bücher zur Geschichte Siebenbürgens, darunter „Kleine Geschichte Siebenbürgens" und „Studienhandbuch Östliches Europa". 32 Karten und Stadpläne. 380 Seiten
Nr. P A1411 **Gebunden** **27,90 €**

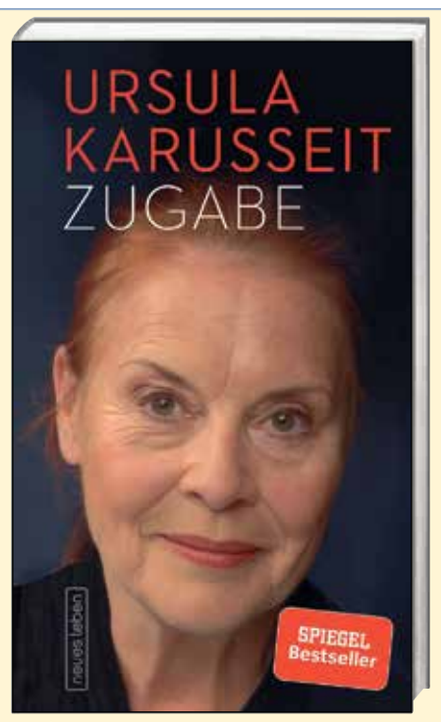
Hans-Joachim Schoeps
Preußen
Geschichte eines Staates
400 Seiten/Gebunden
Nr. P A1478 **7,95 €**

Preußen als historische Größe des alten Europa ist heute versunken. Seine Staatsidee und sein Stil sind nur noch Reminiszenz. Der 1980 verstorbene Ordinarius für Religions- und Geistesgeschichte an der Universität Erlangen, Hans-Joachim Schoeps, hat sich mit seiner Geschichte Preußens nachdrücklich für eine historische Rechtfertigung dieses Staates eingesetzt. Die Gesamtdarstellung der Geschichte Preußens wird durch einen Anhang ergänzt, der die wichtigsten Zeugnisse preußischen Geistes in charakteristischen Ausschnitten vorführt.

Ellen Schwiers mit Marte von Have
Dich hat der Esel im Galopp verloren
Lebenserinnerungen
„Dich hat der Esel im Galopp verloren" sind die persönlichen Lebenserinnerungen von Ellen Schwiers, einer herausragenden Schauspielerin und starken Frau, die auch in schwierigen Zeiten mit Mut, Fleiß und Klarsicht bewies, wie man auf der Bühne erfolgreich sein kann, ohne sich zu verbiegen. Die Trägerin des Deutschen Schauspielpreises schildert ihre Kindheit im Nationalsozialismus und die Erfahrungen als junge Frau in der Nachkriegszeit, spricht über Theater- und Dreharbeiten, Begegnungen und Freundschaften, über ihre große Liebe, die sie erst in reifen Jahren fand und auf überaus tragische Weise wieder verlor. Weitere Schicksalsschläge folgten, aber auch wieder Mutmachendes, Heiteres, spannende Aufgaben und neue Herausforderungen. Das Buch lässt tief in die Biografie der Schauspielerin blicken und zeigt ihr bewegtes privates und berufliches Leben. Mit einem Vorwort von Tochter Katerina Jacob. 240 Seiten
Nr. P A1394 **Gebunden** **22,00 €**

Hugo Weczerka
Handbuch der historischen Stätten
Schlesien
Dieses Handbuch beschreibt in alphabetisch angeordneten Artikeln 531 Städte, Marktflecken, Burgen, Klöster und Adelssitze, an denen sich geschichtliches Leben verdichtet hat. Die geschichtliche Einführung und ein ausführlicher Anhang mit Stammtafeln, Bischofslisten, Glossar, Literaturverzeichnis, Personenregister und Gebietskarten machen den Band zu einem umfassenden Nachschlagewerk zur Lokal- und Landesgeschichte Schlesiens von der Frühzeit bis zur Gegenwart. Für den Fachhistoriker eine erste Einführung, für den historisch interessierten Reisenden ein unentbehrlicher Begleiter. 34 Karten und Stadtpläne. Dr. Hugo Weczerka, geboren 1930, ist Historiker und war bis 1995 Direktor des Gottfried Herder-Instituts in Marburg/Lahn. Er hat insbesondere Arbeiten zur Geschichte Rumäniens, der Hanse und Schlesiens veröffentlicht. 832 Seiten
Nr. P A1413 **Gebunden** **27,90 €**

Handbuch der Historischen Stätten
Ost- und Westpreussen
Der vorliegende Band erschließt den historischen Raum des ehemaligen Ordenslandes Preußen, das in der Neuzeit in Ost- und Westpreußen geschieden wurde. Er behandelt in Einzeldarstellungen alle Städte, geschichtlich bedeutsame Orte, Flecken, Burgen, Klöster, Denkmäler, also allgemein die Schauplätze geschichtliche Ereignisse. Besonders berücksichtigt wird die Siedlungsgeschichte, die wirtschaftliche Entwicklung der großen Handelsstädte sowie die Geistesgeschichte, die in besonderem Maße die Einheit der geschichtlichen Entwicklung hervortreten lässt. Das Werk führt zu den Stätten und Denkmälern der Vergangenheit und vertieft so das Verständnis der Gegenwart. Dem Historiker, dem Landes- und Heimatforscher sowie den historisch interessierten Laien und Reisenden wird es sich als praktischer und anregender Begleiter erweisen. 284 Seiten
Nr. P A1412 **Gebunden** **19,90 €**



Ursula Karusseit
Zugabe
Neues Leben
Am Theater feierte Ursula Karusseit in legendären Inszenierungen wie dem „Drachen" oder Brechts „Sezuan" sensationelle Erfolge. Mit ihrer Darstellung der Gertrud Habersaat im Fernsehmehrteiler „Wege übers Land" wurde sie zum Publikumsliebling. Ursula Karusseit, geboren am 2. August 1939 in Elbing/Westpreußen, gehörte zu den großen deutschen Theater- und Filmschauspielerinnen. In pointierten Anekdoten und Episoden vom Theater erzählt sie von kleinen und großen Rollen, von öffentlich viel diskutierten Inszenierungen und verborgen gebliebenen Ereignissen am Rande, von der beliebtesten Serie des deutschen Fernsehens „In aller Freundschaft", von ihrem privaten Alltag, mithin auch von den Lasten und „Lastern" des Alters. Ursula Karusseit verstarb am 1. Februar 2019 in Berlin. 208 Seiten
Nr. P A1395 **Gebunden** **17,99 €**

Claude Keisch
So malerisch!
Menzel und Friedrich der Zweite
144 Seiten/Gebunden
Nr. P A1443 **6,95 €**

Adolph Menzels (1815–1905) Lebenswerk wird gern verkürzt dargestellt: Sein Ruhm scheint mit dem Friedrichs des Zweiten (1712–1786) dauerhaft verknüpft. Dass aber der Künstler die letzte seiner großen Friedrich-Kompositionen nicht nur unvollendet ließ, sondern sie auf dem Gipfel des Erfolgs als Maler des Königs mutwillig beschädigte, überrascht. Sogar sein bekanntestes Gemälde ließ er nicht mehr gelten: „Das Flötenkonzert". Warum Menzels „Projekt", die Person und nicht den Heroen Friedrich darzustellen, zu scheitern drohte, schildert Claude Keisch in seinen kenntnisreichen Essays. Dr. Claude Keisch war bis 2003 an der Nationalgalerie der Staatlichen Museen zu Berlin tätig. Mit Marie Ursula Riemann-Reyher verantwortete er drei Menzel-Ausstellungen.

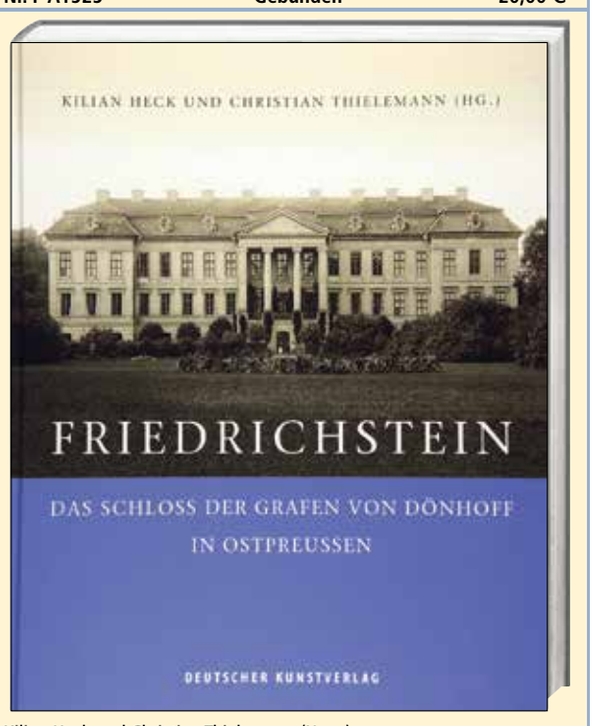
Sabine Henze-Döhring
Friedrich der Große
Musiker und Monarch
256 Seiten/Gebunden
Nr. P A1445 **7,95 €**

Friedrich der Große war nicht nur ein bedeutender Monarch, sondern gestaltete auch hingebungsvoll und professionell das Musikleben am preußischen Hof. Wie er es kontinuierlich auf Augenhöhe mit jenem der großen europäischen Kulturnationen brachte, das erzählt Sabine Henze-Döhring in ihrem unterhaltsam geschriebenen Buch. Die Autorin entwirft das Bild Friedrichs als Mars und Apoll – diese Sichtweise ist jedoch keine modernistische Neuschöpfung, sondern entspricht dem zeitgenössischen Konzept des Monarchen selbst. Pflege von Kunst und Kultur und insbesondere der Musik galt ihm nachgerade als ein Wesensmerkmal der Herrschaft eines guten Fürsten. So begegnen wir den Größen der Musikwelt des Barock und erfahren welch hohe Bedeutung der Musik seinerzeit auf internationalem Parkett zukam.

Petra Cnyrim
Das Buch der fast vergessenen Wörter
200 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1215 **14,99 €**

Unsere Sprache ist einem steten Wandel unterworfen. Während jedes Jahr das Jugendwort des Jahres gekürt wird und nicht selten Wortneuschöpfungen darunter zu finden sind, die hier zum ersten Mal auftauchen, verschwinden andere Wörter und Phrasen aus unserem Sprachgebrauch. Nicht selten deswegen, weil auch das dazugehörige „Ding" aus unserem Alltag verschwindet. Und plötzlich findet sich kein Bandsalat mehr im Kassettenrecorder, das Testbild ist Geschichte, der Lebertran schmeckt abominabel und für die Parkuhr fehlt der passende Groschen. Dieses Buch stellt solche Wörter zusammen – und lädt ein zum Schwelgen, Erinnern und Schmunzeln.

Svenja O'Donnell
Inges Krieg
Die Geschichte meiner ostpreußischen Familie
2008 reiste die heute 38-jährige Svenja O'Donnell nach Königsberg, bis Ende des Zweiten Weltkriegs Heimat ihrer deutschen Familie in Ostpreußen. Getrieben von der Sehnsucht, diesen Ort, ihre Familie, diese Landschaft und damit ihre eigene Geschichte und Herkunft zu verstehen, begibt sich O'Donnell auf familiäre Spurensuche – eine Suche, die ihr Leben für immer verändern wird. Die „Kriegsenkelin" entdeckt das faszinierende Leben ihrer Großmutter Inge: Sie ist ein starke Frau, die das verbotene Nachtleben im Berlin am Vorabend des Zweiten Weltkriegs erlebt, sich tragisch in einen adligen Soldaten verliebt und schließlich die Flucht ihrer Familie aus Königsberg in Ostpreußen organisiert. Bei ihrer Recherche erkennt O'Donnell aber nicht nur, wie der Zweite Weltkrieg ihre Biografie über drei Generationen hinweg prägte, sondern stößt auch auf ein lange verschwiegenes Familiengeheimnis. Einfühlsam, aufrüttelnd und packend schildert O'Donnell 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs den Lebensweg ihrer ostpreußischen Familie zwischen Krieg und Frieden, Heimat und Flucht – ein Weg voller Risse und schmerzhafter Entscheidungen und zugleich voller Tatkraft und Zusammenhalt. 336 S.
Nr. P A1525 **Gebunden** **20,00 €**



Kilian Heck und Christian Thielemann (Hrsg.)
Friedrichstein
Das Schloss der Grafen von Dönhoff in Ostpreußen
Schloss Friedrichstein, im frühen 18. Jahrhundert als Familiensitz der Grafen Dönhoff erbaut, war eines der prächtigsten unter den Schlössern Ostpreußens. Die zweite Auflage von Friedrichstein bietet neben neu aufgetauchten Quellen (wie etwa dem Fluchtbericht des letzten Schlossbewohners Graf Dietrich Dönhoff) und einer Überarbeitung aller Texte unter Berücksichtigung aktuellster Forschungsergebnisse, drei neue Beiträge sowie eine digitale „Auferstehung" des Schlosses im Rahmen des deutsch-polnisch-russischen Forschungsprojekts „Virtuelle Rekonstruktionen in transnationalen Forschungsumgebungen" des Marburger Herder-Instituts. Zahlreiche neue Abbildungen, darunter digitale Rekonstruktionen der Schlossanlage in ihrer heutigen Umgebung, eröffnen einen Blick auf eine beinahe verloren gegangene Architektur und Inneneinrichtung. 380 Seiten
Nr. P A1408 **Gebunden** **48,00 €**

Petra Cnyrim
Das Buch der leider vergessenen Wörter
200 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1216 **14,99 €**

Unsere Sprache ist einem steten Wandel unterworfen. Während heute der Babo eine nice WhatsApp kriegt, erreichte dereinst womöglich eine poussierliche Depesche den Offizianten – natürlich nur, sofern diese unterwegs nicht gefringst wurde. Petra Cnyrim hat mit ihrem Bestseller Das Buch der fast vergessenen Wörter bereits gezeigt, wie spannend es ist, alte Wörter wieder hervorzukramen, sich zu wundern und zu erinnern. Mit ihrem neuen Buch begibt sie sich nun in die Welt der Wörter, die komplett in Vergessenheit geraten sind. Was zum Beispiel ist ein Schlotbaron? Was ein Ehegaumer? Und was bedeutet der Ausdruck weidlich? Eine spannende Zeitreise durch die (Sprach-) Geschichte unseres Landes.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ..... Name .....
Straße/Nr. ..... Telefon .....
PLZ/Ort .....
Datum ..... Unterschrift .....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

AUFGESCHNAPPT

Covid-19-Befürchtungen an sich spielen im Leben von immer weniger Menschen eine akute Rolle, man „gewöhnt“ sich an die Gefahr, geht mit ihr um. Neue Absurditäten irritieren da umso mehr. Die Polizei patrouilliert durch den Park. Via Lautsprecher erfolgt eine Ansage. Man versteht kein Wort, die Botschaft – das Volk möge sich gefälligst vereinzeln – ist aber jedem klar. Gern kontrolliert das Volk sich auch selbst, Zurechtweisungen in Supermarktschlangen sind Legion. Es heißt, über zwei Drittel der derzeit eingehenden Anzeigen beträfen Denunziationen wie: Man wisse, der Herr gegenüber lebe allein, nun höre man aus der Wohnung aber drei verschiedene Stimmen. Ein um die Ecke wohnender Bekannter will sich nur noch per Bildschirmtelefonat verabreden. Die 98-jährige Uroma darf im Pflegeheim nicht mehr besucht werden. Einsam kann sie offiziell sterben, Hauptsache nicht an „Corona“. Der Nachbar klingelt Sturm, in der Drogerie gäb’s Küchenrollen, man möge sich beeilen. Alltagswahnsinn vor und hinter der Haustür. *E.L.*

DER WOCHENRÜCKBLICK

Allumfassend

Wie Trump seine Gegner in die Falle lockte und was durch Corona alles möglich wird

VON HANS HECKEL

Endlich haben sie ihn von allen Seiten eingekreist, diesen Trump. Anfang der Woche ist die Falle zugegangen, aus der dieser Kerl nie wieder herausfinden wird. So dachte man jedenfalls.

Die Jagdtechnik war simpel, schien aber überaus erfolgreich. Diesem Kesseltreiben konnte der US-Präsident gar nicht entkommen. Erst hieß es, der Mann ist an allem schuld, jeder Covid-19-Tote in den USA ist „sein“ Toter, ist Trumps persönliches Opfer. Der linksgerichtete Gouverneur des besonders heimgesuchten Bundesstaates New York, Andrew Cuomo, wurde uns dagegen als Anti-Trump präsentiert, als der gute Mensch, der verzweifelt versucht, die Fehler in den Griff zu kriegen, die Trump verursacht hat.

Trumps mediale Hinrichtung war eigentlich perfekt konstruiert, doch nun ging etwas schief: Der US-Präsident hat die Schlachtordnung seiner Jäger nämlich entziffert und in aller erdenklichen Dreistigkeit reagiert: „Na und?“, hat er sich wohl gefragt, „wenn ich hier die allumfassende Verantwortung tragen soll, dann habe ich ja wohl auch die allumfassende Macht.“ Genau so hat er es laut Medien in die Öffentlichkeit getragen. „Allumfassende Macht“? Wie bitte? Etliche Gouverneure waren außer sich, selbst ein republikanischer Parteifreund Trumps gesellte sich unter die Protestler. So hatten sie sich das nicht gedacht: Natürlich wollten sie alles, was schiefläuft, ablassen auf den Einen, den sie hassen wie keinen. Doch Leistungen und Erfolge im „Corona-Krieg“ sollten doch bitte schön auf ihr Konto überwiesen werden.

Andrew Cuomo schimpfte sichtlich erregt, dass die USA keinen König hätten (selbst schuld, Anm. d. Red.), sondern eine Verfassung, wo auch die Bundesstaaten ihre Rechte besäßen. Da war‘s passiert. „Bingo!“, hören wir den Beraterstab von Donald Trump jubeln: Sie sind uns auf den Leim gekrochen! Wenn gewisse Gouverneure demnächst noch einmal versuchen sollten, alle Verantwortung für die Misere allein auf Washington abzuwälzen, werden wir sie an die Cuomo-Rede erinnern.

Die meisten deutschen Medien waren über diesen Trump-Auftritt verständlicherweise empört. Entweder haben sie dessen Schachzug gar nicht verstanden, dann ist ihre Erhitzung durchaus verständlich. Oder aber sie haben sehr wohl durchschaut, was der Chef im Weißen Haus mit dieser Einlassung erreicht hat, nämlich das Eingeständnis der Mitverantwortung durch die Gouverneure, und reagieren noch weitaus empörter.

Sähen die politischen Verhältnisse in den USA anders aus, würden die deutschen Medien ohnehin ein völlig anderes Bild vom Umgang mit dem Corona-Problem jenseits des Atlantiks zeichnen. Hätte Hillary Clinton die Wahl 2016 gewonnen, läsen wir heute mit größter Wahrscheinlichkeit, wie begrenzt die Möglichkeiten einer US-Präsidentin wären, um in einem derart föderalen Land wie den USA eine solche Krise zentral zu managen. Und wäre nicht der von den Demokraten regierte Staat New York, sondern das republikanische Texas die Region mit den meisten Todesfällen, würde dies sicherlich als Beweis für die besondere Unfähigkeit konservativer US-Landespolitiker gewertet.

Auch was Europa angeht, wird nämlich sehr fein abgemessen, ob und inwieweit man die jeweiligen Regierungen in den Senkel stellt für die lausige Corona-Lage in ihrem Land. So kann sich der Konservative Boris Johnson ruhig in sein Landhaus nach Checkers flüchten, der vollen Verantwortung für die schlimme Pandemie-Situation in Großbritannien entkommt er nicht. Die linksgerichteten Regierungen in Madrid und Rom erscheinen in unseren Qualitätsmedien hingegen als Getriebene eines schrecklichen Naturereignisses, für das sie im Grunde nichts können. Und wo der blöde Johnson als zu zaudernd verurteilt wird, hat man uns erst Anfang der Woche einen Emmanuel Macron als „nachdenklich“ ans Herz gelegt. Dem französischen Staatschef haben deutsche Presse-Erzeugnisse frühzeitig das strahlende Etikett des „Hoffnungsträgers“ und „Visionärs“ umgehängt und verteidigen seitdem verbissen ihre damalige Entscheidung.

Indes: Nach Wochen der angespannten Trostlosigkeit dreht der Wind langsam. Nachdem wir uns eine kleine Ewigkeit lang nur über Gefahren und Risiken, über Opfer und „Infektionskurven“ gebeugt hatten, beginnen helle Köpfe, auch die großen Chancen zu erspähen, welche uns die Covid-19-Erfahrung geschenkt hat.

Seit es die freiheitlich-demokratische Ordnung gibt, sinnen gewisse Leute darüber nach, wie man sie wieder abschaffen oder zumindest so gründlich durchlöchern könnte, dass sie kaum noch wiederzuerkennen ist und die Mächtigen auch nicht mehr so schrecklich beim Machtausübern stört. Überall standen ihnen Gesetze im Wege. Und zudem die deutschen Bürger, die sich ihre Rechte als Staatsbürger eines demokratischen Gemeinwesens ganz bestimmt nicht mehr so leicht entwinden lassen, oder?

> Die Medien messen fein ab, wen man für Covid-19 in den Senkel stellt und wen nicht: Der blöde Johnson „zaudert“, Macron dagegen ist „nachdenklich“

Durch die Corona-Krise haben wir erkannt: Die Furcht vor den Bürgern war massiv übertrieben. Sofern „Seuchenbekämpfung“ draufsteht, geht plötzlich so gut wie alles. Der Plan der sächsischen Sozialministerin von der SPD, „Quarantänebrecher“ in die geschlossene Psychiatrie einzuweisen, steckt den Rahmen ab, wie weit man sich bereits vorwagt. Zwar ist das Vorhaben vorerst gescheitert, der Protest war dann doch zu laut, die Erinnerung an die psychiatrischen Haftanstalten für politische Abweichler in der sozialistischen Diktatur noch zu frisch. Aber für die Verantwortlichen dürfte das kein Grund sein, die Flinte ins Korn zu werfen.

War einen Versuch wert. Aber so weit waren die Deutschen eben noch nicht (wieder), dass sie sogar schon solche Maßnahmen schweigend hinnehmen. Probieren wir es später wieder. Immerhin lassen sich die bisherigen Teilerfolge auch ohne den sächsischen Frühstart durchaus sehen.

Wer hätte es vor Kurzem für möglich gehalten, dass die Polizei eine Demonstration von rund 50 Bürgern für die Grundrechte des Grundgesetzes in Berlin einfach so auflösen kann? Dass sich unbescholtene Bundesbürger an Landesgrenzen abweisen oder aus dem Bundesland, in dem ihr Sommerhaus steht, rauswerfen lassen, ohne dass wir einen mittleren Volksaufstand, zumindest eine heftige Protestwelle, erleben?

(Nebenbei: Hätten die Leute statt des deutschen einen afghanischen Pass in der Tasche und das Wort „Asyl“ auf den Lippen gehabt, hätte man sie an jeder von deutschen Behörden kontrollierten Grenze natürlich passieren lassen.)

Das alles sind wertvolle Erfahrungen, welche die Mächtigen im Staate mitnehmen in die Zukunft nach Corona. Wenn es dieses „Nach Corona“ überhaupt geben wird. Ausnahmezustände lassen sich den Erfahrungen nach recht lange aufrechterhalten. In Eritrea herrscht seit der Unabhängigkeit im Jahre 1993 ein „Übergangspräsident“, dem offenbar immer neue Ausreden einfallen, warum die Lage im Lande noch nicht „normal“ genug sei für demokratische Verhältnisse.

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

STIMMEN ZUR ZEIT

Wolfgang Reitzle, Aufsichtsratsvorsitzender der Linde AG, warnt in der „Welt“ (9. April) eindringlich vor „Corona-Bonds“, welche nur ein Trick seien, um den Deutschen dauerhaft enorme Summen Geld abzunehmen, ohne dass sie sich dagegen wehren könnten:

„Betrachtet man die (ohne ‚Corona-Bonds‘, d. Red.) von der EU angebotenen Unterstützungsprogramme in Höhe von 500 Milliarden Euro, so kann das nur als großzügige und solidarische Hilfe bewertet werden ... Eine Ablehnung dieser Hilfe und die Forderung nach Corona-Bonds zeigt, dass es hier in Wirklichkeit um etwas anderes geht. Offensichtlich soll die Notsituation genutzt werden, um etwas durchzusetzen, was auch Frankreich schon immer wollte: den freien Zugang zur Deutschen Mithaftung vorbei am deutschen Parlament.“

Johannes Boie, Chefredakteur der „Welt am Sonntag“ (12. April), meint, „die Untertänigkeit der Menschen“ sei schon „erstaunlich“, und mahnt bei aller berechtigten Vorsicht in Pandemie-Zeiten:

„Wer essenzielle Freiheiten aufgebe, um ein wenig temporäre Sicherheit zu gewinnen, verdiene beides nicht, sagte Benjamin Franklin. Das Zitat sollte uns als Mahnung dienen, gerade in einer Zeit, in der Sicherheit zweifellos besonders wichtig ist.“

Helmut Markwort weist im „Focus“ (11. April) den Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) energisch zurück, ältere Menschen sollten „gebeten“ werden, auch nach Aufhebung der Corona-Sperre noch mehrere Monate zu Hause zu bleiben:

„Keine Vorschrift und keine Polizei darf gesunde Menschen vom öffentlichen Leben aussperren. Eine verordnete Spannung zwischen Alten und Jungen wäre eine soziale und psychische Katastrophe. 14 Millionen Mitbürger würden ihrer Freiheit beraubt.“

In seinem Blog „Liberale Warte“ (6. April) weist Autor Ramin Peymani auf einen brisanten Nebeneffekt der Corona-Krise hin:

„Auch das ist eine Wahrheit, die uns Corona vor Augen führt. Dass man sich nicht recht zu trauen scheint, die Beschränkungen bei allen Religionsgruppen gleichermaßen durchzusetzen, birgt zusätzlichen gesellschaftlichen Sprengstoff. Nicht ohne Grund werden erste Warnungen vor einer fortschreitenden Erosion des Rechtsstaats und der Demokratie laut.“

WORT DER WOCHE

„Die Regierung stachelt das Volk zur Panik auf, Panik aber entsolidarisiert. Angst schwächt den Mut, sich zu wehren. Angst wird als Machtfaktor eingesetzt.“

Angelika Barbe, DDR-Bürgerrechtlerin, auf dem Blog von *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld (14. April) zum politischen Umgang mit dem Coronavirus